



112

Bib l. Mont



<36625397670010

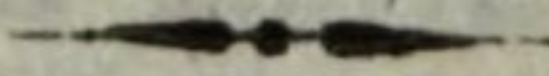
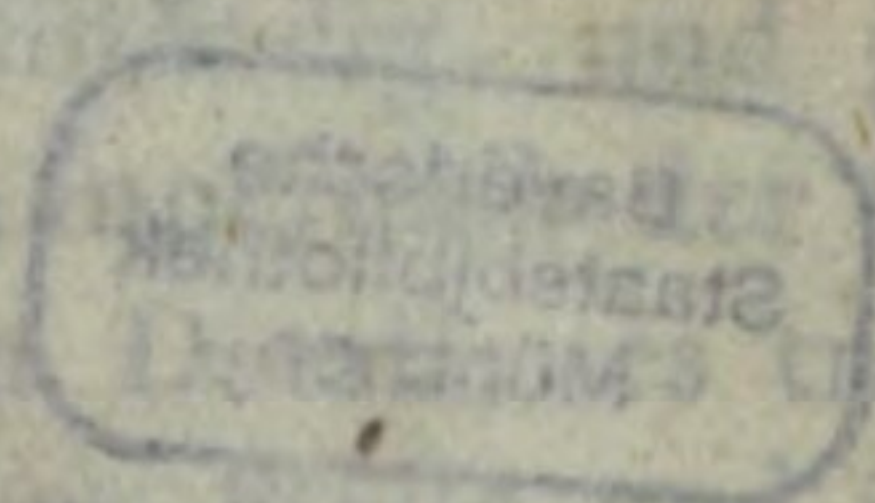
S

<36625397670010

Bayer. Staatsbibliothek

Leitfaden
der
Einwohner - Ordnungslehre
(vulgo Polizey)

von
Dr. W. Butte.



Erstere Hälfte bis zum Schlusse des Sommersemesters 1807.

211 Seit, 8vo.

Landshut,
gedruckt mit Thomann'schen Schriften.

Leipzig

der

Einwohner - Ordnungsgesetze

(vnlgo Polizey)

von

Dr. W. Bitter.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Erstere Hälfte bis zum Schluss des Sommersemesters 1897.

am 2. Sept. 1897.

Landshut

gedruckt mit Theodor'schen Schriften

Vorerinnerung.

Ein *wahres* Compendium gehört überall zu zu den schwierigsten Aufgaben des literärischen Fleißes. Es umfaßt das Ganze der Wissenschaft vollständig, und giebt Veranlassung zu jedem innerhalb der Grenzen derselben beliebigen Detail; es trägt alle ihre Theile an richtiger Stelle und in genau erwogenem Ebenmaße vor. Solche Reichhaltigkeit und Kürze fodert den Meister der Kunst: *quot verba tot pondera!* eine solche richtige Artikulation gelingt kaum irgendwo, bevor die einzelnen Theile in der ganzen Vollständigkeit bearbeitet wurden, deren sie fähig sind. Erst nach solchen Vorarbeiten läßt sich ein alles in gleichem Grade verjüngender Maßstab anlegen und jedem Theile seine Stelle anweisen, deren Bestimmung das Resultat seiner sämtlichen, allseitig aufgedeckten Berührungspunkte seyn soll.

Vermöge der so grossen Menge und Vielartigkeit der Gegenstände über welche sich die *Einwohner- Ordnungslehre* zu verbreiten hat, wird jeder Sachverständige ein *wahres* Kompendium derselben für eine unter den schwierigen noch besonders schwierige Aufgabe halten. Wirft aber ein Solcher, von unverückt wissenschaftlichem Standpunkte aus, einen Blick auf die im Geiste und in der Wahrheit erzeugten Vorarbeiten, so findet er ihrer hier so wenige, dafs er sich sagen mufs, die Periode sey noch nicht gekommen, in welcher sich ein wahres Kompendium dieser eigentlich *ganz neuen* Wissenschaft liefern lasse.

Es ist Zeit, dafs man über die alte *Pölizey* den Staab breche, sie zum gerechten Todtenopfer der (neben den vielen kleinen) zum Theil wahrhaft grossen Männer darbringe, die in der Gestaltung derselben das Unmögliche versuchten. *Einwohner- Ordnungslehre* soll sich in wissenschaftlicher Selbstständigkeit auf ihren Trümmern erheben und in wechselseitiger Hülffleistung heranwachsen mit ihrer lieblichen Schwester der Nationalökonomie, welcher letzteren der Name der *Einwohner- Reichthumslehre* gebührt. Jene ent-

winde sich einer Polizey, die das Prinzip der Einwohner - Ordnung nur ahnend, dabei aber an die Politik verkauft, ein ungenießbares Mittelding aufstellte. So entwand sich ohnlängst Nationalökonomie der Finanzwissenschaft: in gleichfalls unnatürlicher Spatgeburt das Aeltere dem Jüngern! Der Verfasser dieses hat es versprochen, den Versuch eines wahren Kompendiums dem grössern Publikum vorzulegen, aber die Bedingungen, von welchen er die Erfüllung dieses Versprechens abhängig machte, sind noch nicht erfüllt, und ihm fehlt noch namentlich die belehrende Kritik, welche er durch seine Schrift: *Versuch der Begründung eines endlichen und durchaus neuen Systems der sogenannten Polizey*, hoffentlich nicht vergeblich einlud.

Die nachfolgenden Bogen können und sollen demnach weiter noch nichts als eine *Handschrift* seyn, ein, vor seiner völligen Reife, durch den Drang der zu haltenden Vorlesungen abgenöthigtes, dem freyen Buchhandel noch gar nicht angehöriges Produkt.

Möge dieses offenherzige Bekenntniß der weiten Entfernung in welcher sich der

Verfasser dermalen noch selbst von seinem Ideale sieht, besonders dazu beitragen, den ohnehin immer so wichtigen, *eigenen Prüfungsgeist* seiner Zuhörer hier ganz vorzüglich rege zu erhalten. Die Natur, welche das Gold in die Stufe senkte, läßt Wahrheit, die Tochter des Himmels, den Sterblichen nur verschleiert erscheinen, und selbst der Glücklichste unter ihnen, vermag diesen doch immer nur an einzelnen Stellen zu lüften. — Man würde in jenes Bekenntniß der Unreife mehr legen als darin liegen soll, wenn man es gleich achten wollte dem, daß sich der Verfasser mit den Hauptideen seines Systems noch nicht im Reinen dünke. — Wo in diesen Bogen einzelne Sätze von Sätzen der obgedachten grösseren Schrift abweichen sollten, da bitte ich, jene als das Resultat der weiter fortgesetzten Forschung zu betrachten. Die Forschung wählt sich das Streben nach Wahrheit, keineswegs die Vertheidigung früherer Ansichten zum höchsten Gesetz.

Landshut den 10^{ten} Novemb. 1806.

D. V.

Allgemeine Einleitung. Vorbegriffe.

§. 1.

Wissenschaft überhaupt ist die Uebersetzung des wirklichen Seyns in ein nothwendig zusammenhängendes ideelles Schauen, und eine jede Wissenschaft insbesondere ist der Inbegriff einer Erkenntniß als System.

§. 2.

Das System ist in der Welt der Ideen, was der Organismus in der Sinnenwelt ist, und so wie diesem das Aggregat oder der Haufen, so steht jenem die Rhapsodie und das Fragment entgegen.

Eine Parallele zwischen Organismus und System führt auf die verständlichste Deduktion der Foderungen, welche jeder Wissenschaftliche an solche Kenntnisse zu machen hat die den Namen einer Wissenschaft in Anspruch nehmen.

Wie aber, von den letzten Regungen der Organisation bis zu der Darstellung des menschlichen Leibes, eine unermessene Abstufung der Lebendigkeit der individualisirten Organisationen Statt findet, dort der göttliche Geist fast ganz in Körper erstarrt, hier der Körper ganz vom Geiste durchdrungen erscheint: eben so verschieden erscheint die Lebendigkeit der Systeme, dort in der Tiefe, wohin kaum noch etwas mehr als technische Anreihung zu dringen vermag, bis zu dieser Höhe, wo die Idee, in freiem Spiele wallend, die Wirklichkeit des Seyns nur nach ihrem ideellen Schauen verstattet.

§. 4.

Schon in der Kindheit der höheren Kultur mußte man darauf verfallen, zu unterscheiden, zwischen Wissenschaft im *engen* und im *weiteren* Sinne. Nennt man jene die Wissenschaft aus Begriffen; so ist es nicht unpassend diese Erfahrungswissenschaften zu nennen. Indessen hüte man sich ja, den unverkennbaren Unterschied so weit zu treiben, daß man vergessen könnte, wie jede wahre Erfahrung und die systematische Verknüpfung der einzelnen Erfahrungen unter sich, nur durch Begriffe möglich wird. Ein Geist herrscht auf dem ganzen wissenschaftlichen Gebiete, und wo er herrscht, da ist nothwendiger Zusammenhang, also Wechselwirkung der Erkenntnisse oder System. Man darf das System die nothwendige Form der Darstellung jenes Geistes nennen.

§. 5.

Die erste Bedingung des Lebens einer Wissenschaft ist die, daß ihr *vollkommener Begriff* fest stehe. Dem Keim und der Knospe gleich, ist zunächst dieses das Heiligthum in welchem jene *leitende*, die Manigfaltigkeit der Kenntnisse zur Einheit der Kenntniß ordnende, Idee wohnt, die sich im Ganzen der Wissenschaft entfaltet.

§. 6.

Der *vollkommene Begriff* ist *adäquat*, d. h. er ist nicht zu eng und nicht zu weit; ferner ist er *positiv bezeichnend*; er *hebt* die leitende, schöpferisch ordnende Idee nach Würde aus.

§. 7.

Wo die Wissenschaft sich eines solchen Begriffs erfreut, da zögert sie nicht ihr Leben zu bethätigen. Von nun an ist das Hetrogene entfernt, das Homogene gerufen, die Selbstständigkeit und Individualität der Wissenschaft deklariert, der Weg für die innere Oekonomie jener Kenntnisse die hier unter der leitenden Idee zur Einheit gedeihen sollen gebahnt.

§. 8.

Die Frage: „*welcher unter mehreren von einander abweichenden Begriffen, und ob deren überhaupt Einer der wahre sey?*“ beantwortet sich durch die Art und Weise, wie ihm gemäß jenen unerläßlichen Foderungen und nothwendigen Wirkungen des wahren Begriffs Genü-

ge geschehen kann oder nicht. — Wer dagegen die Grenzen, selbst die Erfahrungswissenschaften, nur nach ihrem oft so zufälligen Besitzstande abstecken wollte, der würde den höheren Genius aller Wissenschaftlichkeit verbannen, und die wissenschaftliche Perfektibilität unter das Vorurtheil einer hier durchaus unstatthaften Präscription gefangen nehmen.

§. 9.

Die Frage: „*was pflegte man unter diesem Namen zu lehren?*“ kann also nie die Aufgabe reguliren: *was man darunter lehren soll.* Jene Frage behält jedoch immer ein gewisses, besonders für den sich bildenden Geschäftsmann oft sehr wichtiges, historisches Interesse.

§. 10.

Man zählt die Wissenschaft die wir beginnen werden in der Regel zu den Staatswissenschaften, pflegt Rechts- und Polizeysache einander entgegen zu setzen, spricht doch auch wieder von einem besondern Polizeyrecht, und der Satz „*das Gesetz straft, die Polizey züchtigt*“ ist aus den Werken tiefdenkender Männer fast in das Sprichwörtliche übergegangen. Diese und verschiedene andere, vorläufig unberührt zu lassende Rücksichten, bezeichnen die Gegenstände auf welche, besonders bei dem jetzt noch so schwankenden, also einer festeren Begründung bedürfenden Zustande unserer Wissenschaft, die allgemeine Einleitung sich einigermaßen einzulassen nicht umhin kann.

§. 11.

Wir erforschen zuerst den Begriff des *Rechts* und dessen obersten Grundsatz, dann den Begriff und Zweck des *Staats*, endlich den verschiedenen Charakter der *Strafe* und der *Züchtigung*. Bald wegen der häufigen Verwechslungen, bald wegen der fast noch häufiger unrichtigen Art zwischen beiden zu unterscheiden, hängt für den Gewinn des reinen Rechtsbegriffs sehr viel davon ab, daß man keine falsche Ansicht von dem Wesen der *Tugend* habe. Die diese letztere betreffende anscheinende Episode, ist für den Vortrag unserer Wissenschaft um so wesentlicher, als in ihrem praktischen Gebiete eine *Sittenpolizey* spukt, welche nicht selten die, dem tiefer Denkenden, lächerliche Zumuthung zu realisiren wähnt, daß sie ihren Untergeordneten die Tugend und den Himmel verleihen könne.

§. 12.

Recht?

Der alten Welt lag Tugend- und Rechtslehre in der Wissenschaft zusammen, welche die Griechen *Ethik* nannten, und das weltberühmte, wirklich auch so tief in die menschliche Brust geschrieben, „*quod tibi non vis fieri alteri ne feceris*“ galt, hier stillschweigend dort ausdrücklich an die Spitze gestellt, für das beiden gemeinschaftliche Prinzip.

§. 13.

Seitdem *Gerhard* und *Gundling* den Zwang, als Charakter gebend, auf das Gebiet des Naturrechts einführten, (CH. II. 11)

gieng man immer weiter in der Foderung, daß Recht und Tugend geschieden werden müßten. Besonders aus der Wahrnehmung, *daß unsittliche nicht immer rechtswidrige Handlungen seyen*, folgerte man die Unmöglichkeit das Rechtsgesetz von dem Sittengesetz abzuleiten.

§. 14-

Bei der sich immer klarer entwickelnden Vorstellung, daß sich das Recht auf den *koexistentischen* Menschen, demnach auf etwas Aeusseres, die Tugend aber lediglich auf die Innerheit des Menschen beziehe, gieng man endlich verschiedentlich so weit, den Rechtszustand und das rechtliche Handeln *von aller Gesinnung* unabhängig zu erklären, den bürgerlichen Gesetzen ganz den Charakter von Willensgesetzen abzusprechen, zu behaupten, daß das Recht unter lauter Teufeln eben so gut wie unter den Besten bestehen könne.

§. 15.

Wenn Männer, wie ein *Grolman*, auch noch an dem Requisit des Willens für den Rechtszustand festhalten, so wirft man ihnen doch bald die Blöße vor, daß sie die Gesinnung auch getrennt von der Handlung nach dem Rechtsgesetz berücksichtigt wissen wollten, bald vermag sie nichts von der Inkonsequenz frei zu sprechen, in welcher ihre Ansicht sich vermischt, dem Willen, dem allein unter allem im Menschen von der Aussenwelt unerreichbaren, in dem Zwangsgesetz vorschreiben, ihn von *aussen* geben

zu wollen. Der Satz: „*Das Zwangsgesetz giebt Willen*“ scheitert durchaus an dem Bewußtseyn jedes Mannes.

§. 16.

Wenn es wahr ist, daß der Werth der Tugend nicht gewürdigt werden kann, nach den Gegenständen der Aussenwelt, an welcher sie sich thätig erzeigt, noch nach den Erfolgen mit welchen sie hier gekrönt wird; so müssen auch die Verhältnisse der Aussenwelt, unabhängig von der Tugend ihrer vernünftigen Bewohner, in anderen ihr mehr eigenen, festen und ewigen Gesetzen hangen. Es folgt, daß ein Tugendprinzip nach welchem die Aussenwelt auch vor der größten Verwirrung nicht geschützt wäre, dadurch doch nicht verwerflich erscheinen könnte: ist doch diese Aussenwelt von anderer Seite her berathen und geschützt. Genug, wenn nur die höchste Ordnung in dieser Sphäre mit jenem Prinzip bestehen kann.

§. 17.

Wem sein Bewußtseyn den schlichten inneren, in einem reinen, unmotivirten Sollen ausgesprochenen Beruf zur Tugend vorhält, der weiß von keiner solchen, die sich *lehren* oder *lernen* lasse, ja er sagt sich selbst, daß auch das Schätzbarste was sich lehren und lernen lasse, etwas der Tugend Fremdartiges seyn müsse.

§. 18.

Wer die Gottheit als das Absolute und das Absolute als die Gottheit verehrt, den täuscht nicht jener nicht blos

unerwiesenen , sondern wahrhaft unerweislich , ja *leere* Begriff einer solchen moralischen Freiheit, die den Menschen adeln soll, indem sie zwischen ihm und der höchsten Nothwendigkeit, und zwar auf seiner eigentlich göttlichen Seite, das Band zerreiße. Freiheit ist (mir) nichts als das Vermögen der absoluten Nothwendigkeit.

§. 19.

Es sind zunächst die in §. 16 — 18, freilich hier nur leise berührten Sätze, nach welchen sich alle dem Verfasser denkbaren Einwendungen gegen den Satz widerlegen lassen, daß es ein anderes Prinzip der Tugend gebe, als das in den wenigen Worten liegende:

Handle überall nach Gewissen!

Das Gewissen kann mit keinem Gefühle verwechselt werden. Ein irriges Gewissen ist ein baarer Widerspruch. Es giebt nur scheinbar und uneigentlich sogenannte Gewissenlose. Vor Allen tief in das Wesen der Tugend eindringend, zeigen sich in der alten Welt *Zeno*, in der neuen *Kant* und ihre ächten Schüler. Das von dem letzteren aufgestellte Tugendprinzip macht jedoch die Tugend, auf eine mit der Allgemeinheit des Berufs zu ihr unvereinbare Weise, zu dem Resultat einer immer ängstlichen, oft nothwendig sehr gelehrten Prüfung, und wenn man bei der Annahme von diesem noch Recht und Tugend scheiden will, so bleibt für jenes kaum etwas mehr übrig als ein geist- und herzloses Gerippe, würdiger der Uarmungen des Heuchlers, als des Rechtlichen.

§. 19,

Etwas ganz anderes als *die* Tugend sind die Tugenden. Unter diesen finden Kollisionen Statt, sie lassen sich lehren und lernen, oder besser, sie sind fast immer das Werk der Erziehung im weiten Sinn, ihr System ist eine wahre *Glückseligkeitslehre*. Wenn *die* Tugend und das Recht zwei ganz verschiedenen Welten angehören; so findet zwischen dem Recht und den Tugenden nur eine zufällige Trennung Statt. Die Tugenden haben für den Beobachter auf glücklichem Standpunkt einen änfserlich erkennbaren Charakter, während sich über *die* Tugend des Menschen noch nie ein zuverlässiges Urtheil fällen liefs. Tugenden lassen auf Tugend höchstens einen muthmafslichen Schluss zu. Bei höher steigender Kultur tritt immer mehr von dem was bisher lediglich von den Tugenden der Mitglieder der Gesellschaft erwartet wurde unter das äufserre Gesetz und offenbart seinen Charakter des Rechtlichen in dem so ungezwungenen Uebergang in das was Rechtens ist. Z. B. Almosen, Rettungsgeschäft etc. — Die Sprache sollte hier besser unterscheiden. Vielleicht wäre es passend das nie gesetzlich zu Erreichende, nie von menschlichem Tribunal zu Beurtheilende *Tugendhaftigkeit* zu nennen. Die Ausdrücke: *Sittlichkeit* und *Legalität* blieben sodann für die Bezeichnung anderer Begriffe aufgespart.

§. 20.

Wir kennen jetzt die Tugend als des wichtigen Satzes „quod tibi non vis fieri etc. nicht nur nicht bedürftig; son-

dem denselben sogar für sich verschmähend. Denn der darin -gegebene Maßstab fällt dem Egoismus anheim, welcher, auch in seiner feinsten und sonst liebenswürdigsten Gestalt, doch nicht der Tugend verwandt ist. Weit entfernt alle Gesinnung, allen Willen und Selbstzwang als der Tugend angehörig zu setzen, und dadurch alles *wahre* Handeln von andern Gebieten, z. B. von dem Rechtsgebiete, zu verweisen, bleibt uns noch vieles übrig, womit wir auch das Recht als des Menschen würdig ausstatten können.

§. 21.

Unter den neueren philosophischen Rechtslehrern hat nach *Kant* keiner sich vollständiger, bestimmter und mit allgemeinerem Beifall über das Wesen des Rechts erklärt, als *Fichte*. Seine Theorie kann für die herrschende des Zeitalters angesehen werden, und der heutige Gelehrte muß mit ihr vertraut seyn.

§. 22.

Die Fichtische Theorie knüpft doch das Recht an den immer transcendentalen Begriff der Freiheit, also an etwas dem Rechtsgebiete Fremdartiges; sein Berechtigter ist ein *unzugänglicher* Egoist, jeder sich ihm Näherende schränkt ihn nur ein, ohne ein Mittel der Aussöhnung zu haben; der ganze Zusammenhang der Berechtigten reduzirt sich auf eine Negation, ihm fehlt Lebendigkeit; die Rechte mancher Individuen (z. B. die der Kinder, der wahnsinnigen

Menschen, welche sich auf dem *Rechtsgebiete* doch nie als *freie Wesen* ansehen lassen) können danach nicht deduziert werden; von jenem Analogon des Rechts, welches wir tiefer unten als dem Regulator des Zusammenlebens der Thiere entdecken werden, findet sich hier keine Spur.

§. 23.

Statt zu polemisieren, stehe hier des Verfassers eigne Ansicht des Rechts: sie ist für das neue System der Einwohner-Ordnungslehre fundamentell.

Die Natur im Großen kennt und achtet nirgends den Begriff, welchen auch der gemeine Menschenverstand mit dem Worte Recht verbindet. Fast jedes Thier ist ein Raubthier, keins ist es mehr als der Mensch, jedes verzehrt seine *immer unschuldige* Beute, und wenn der Löwe, der Hayfisch und Konsorten selbst den Menschen tödten, so thun sie darin wenigstens nicht *unrecht*: die Natur hat sie es geheissen. Wir finden es anders da wo sich die Natur nach Gattungen und Arten einengt. Der Wolf unter Wölfen wohnt fast sicherer vor seinen Brüdern als der Mensch unter Menschen!

§. 24.

Darüber ist man einverstanden, daß das Recht sich nur in der *Koexistenz* zeige, und daß zu der Realisation eines jeden *Forderung* und *Leistung* gehöre.

In dem Streite, der von der Alternative ausgehen würde, daß der Mensch sein Recht entweder *in die Gesellschaft mitbringe*, oder solches *von ihr erhalte*, wäre die ganze Voraussetzung falsch. Die wahre Ansicht ist die: das Recht *entsteht in der Gesellschaft*, kann aber weder ihr noch den Einzelnen, sondern es muß *beiden zugleich* zugeschrieben werden. So entsteht der Funke in der Reibung zweier Körper, *ein neues Produkt*, dessen überraschende Existenz unleugbar *keinem von beiden*, wohl aber beiden zugleich angehört. — Es kann keine *Urrechte* geben!

Existiren heißt: Seyn mit Bewußtseyn, und das mit Bewußtseyn Seyende heist ein *Wesen*. Das Nebeneinanderseyn der Wesen überhaupt heißt *Koexistenz* im weiten; das der *gleichartigen* Koexistenz im engeren Sinne.

§. 25.

Foderung und Leistung liegen allerdings in jedem Rechte: dennoch ist das Recht keines von beiden; sondern in jeder *rechtlichen* Foderung liegt das Bekenntniß zu der dem Fodernden obliegenden *gleichen* Leistung, und in jeder rechtlichen Leistung wird eine *gleiche* Foderung geltend gemacht. — Unterschied zwischen Foderung *machen* und Foderung *haben*. —

Es giebt demnach eigentlich gar kein „*mein Recht*“ sondern das Recht liegt immer, *als etwas streng Gemeinschaftliches*, in der koexistentischen Mitte, ruhend mit den Punkten von welchen dasjenige ausgeht was

zu der gegenseitigen Reibung erfordert wird, in wenigstens zweien der Koëxistenten. Hat einmal der Funke gezündet, so verändert er zu beiden Seiten hin die Natur dessen was von den Koëxistenten ausgieng. Versinnlichung des Gesagten. Vergl. Versuch p, 202.

§. 26.

Für die Fälle wo in der Behandlung des Rechts abstrahirt wird von der darin liegenden Leistung des Fordernden, würde man sich füglich des Ausdrucks „*Foderungsrecht*“; für die wo man von der darin liegenden Forderung des Leistenden abstrahirt, des Ausdrucks „*Leistungsrecht*“, bedienen. Keins von beiden ist das *ganze* Recht (*jus integrum*) um dessen Realisation es dem Gesetzgeber und Richter zu thun ist; sondern offenbar läßt es die Abstraction bei beiden, und zwar genau an demjenigen fehlen was bei dem anderen herausgehoben wird: die jedesmalige Elypse ergänzt sich durch den jedesmaligen Plenoasmus. — Man nenne immerhin das Leistungsrecht, die (rechtliche) *Pflicht*: aber man hüte sich ia Recht und Pflicht gegeneinander über zu stellen, wenn unter jenem schon das *ganze* Recht verstanden werden soll. In diesem leszteren Fall ist das Abstrahiren von der darin schon enthaltenen Pflicht eine wahre *Verstümmelung*, also etwas Unstatthaftes. — Das sich gegenüberstehende Foderungs- und Leitungsrecht sind verschieden wie *Höhe* und *Tiefe*, d. h., ihre nur scheinbare Verschiedenheit ist

lediglich in dem Standpunkte eines *von sich* ausgehenden Beobachters gegeben. — Die obgedachten hier vorgeschlagenen Ausdrücke enthielten treffliche Winke gegen den Uebermuth des Fodernden, gegen die Kleinmuth und unzeitige Klage des Leistenden: selbst die Auspfändung des Debtors geschieht für die Erhaltung eines Guts das so gut diesem als dem Kreditor angehört.

§. 27.

Die Täuschung welche die wesentliche Einerleiheit des Foderungs- und des Leistungsrechts verhüllt, wird durch eine Menge von Nebenumständen, für Viele auf immer, unterhalten.

Hauptrolle unter diesen Nebenumständen spielen folgende;

1) Die Konstituierung des Rechts kann angesehen werden als ein Depot von Kapitalen, welche zwar der Egoismus, aber doch der über sein wahres Interesse *aufgeklärte*, in einem *richtigen Takt fühlende Egoismus* hier zusammenschloß. Hierdurch ist der *unaufgeklärte* — man sollte ihm den Bastardegoismus nennen — keineswegs von der Erde verbannt. Der Bastardegoismus verräth sich durch sein Gravitiren zur Selbstzerstörung. Die von diesem verstrickten Fodernden, wie dergleichen Leistende, fallen mit ihrer ideellen Anschauung des Rechts ganz dem Punkte anheim wo für einen der Mitgenossen des gemeinschaftlichen Guts in diesem Augenblick ein Privatvorthail zum Vorschein kommt. Die-

ser Punkt ist für die Disposition ihres kranken Auges in der ganzen Ansicht des Rechts der einzig helle.

2) Auch für den nicht an jenem *Bastardegoismus* Kranken, eröffnen sich doch auf jedem der beiden obgedachten Standpunkte manche nur hier zu gewinnenden Ansichten, deren eigenthümliches Interesse aber für den Begriff des Rechts nur ein mittelbares ist. Der Standpunkt des Gesetzgebers und Richters ist der einzig wahre für das tiefere Eindringen in das Wesen des Rechts.

3) Das Bedürfnis des Handgreiflichen macht, daß immerhin nur Wenige sich von dem Uding, genannt *Sachenrecht*, losreißen werden.

„Dieser Acker, dieses Pferd ist mein: habe ich hier „nicht ein ausschließendes, nicht ein *mein* Recht?“ — Der Acker ist Dein, aber das Recht, der Titel des Besitzes wodurch diese Sache zufällig gerade auf Dich kam, Dir gesichert wird, jenes Recht ist das *gemeinschaftliche* Gut zwischen Dir und allen denen die Dich hier ungestört lassen sollen. — Wenn also *Fichte* sagt „ein Recht ist „offenbar das wovon ich Gebrauch machen kann oder „nicht;“ so scheint er damit Recht und Sache zu verwechseln, ob er gleich sonst kein Sachenrecht annimmt.

Selbst der Privatvorteil welcher aus einer Servitud erwächst, ist nur scheinbar ein *ganzes* Recht, und löst sich bei weiterem Nachdenken in sein Höheres, in das *gemeinschaftliche* auf. Wir kennen jetzt das Recht als: *die*

in der köexistentischen Mitte indifferenzirte Foderung und Leistung; als ein eigenthümliches Produkt aus diesen beiden Faktoren.

§. 28.

Wenn die fast allgemeine Stimme der Neuern bei der Frage:

„Wo in dem Menschen es liege, daß für ihn ein Rechtszustand möglich sey? *sich durch mehrere Trugschlüsse täuschend*, so leicht auf die ihm ausschließend zukommende *Freiheit* und Vernunft verweist, so ist dagegen das Wesentliche bereits oben §. 22 erinnert worden.

Für den Unbefangenen offenbar, muß das Rechte **Ge-**bende (wir wollen es das *Princip des Rechts* nennen) was es auch sey, in dem *Koëxistenten* liegen: denn nur in der Koëxistenz entsteht ein Recht, und nur in ihr ist ein solches möglich. — Nun aber koëxistiren nicht die *Körper*, weil ihnen keine Existenz, nur ein Seyn zugestanden werden kann. Eben so koëxistiren nicht die *Geister*, weil hier das Geistige an die vergänglichen Formen des Raums und der Zeit geknüpft wäre, Hierzu kommt, daß der Begriff des Rechts ein Bedürfnis und eine Abhängigkeit setzt, welche der Sphäre des Geistes nach jener beliebten Trennung nothwendig fremd seyn müssen. Das Princip des Rechts könnte, so zu sagen, nur *lehnsweise*, für die Periode seiner Darstellung in der Sinnenwelt in den Geist gesenkt seyn,

als etwas ihm ausser dieser Darstellungsperiode schlechthin Unnützes.

§. 29.

Sie mit denen ich und die mit mir koexistiren, zwischen welchen und mir Rechte möglich sind, sind nicht Körper und nicht Geister, sondern *Menschen sind sie*. Man suche das Rechte Gebende in etwas genau *Menschlichem*, welches schlechterdings jener Trennung nicht unterliege.

Ein solches zwischen Körper und Geist untheilbares Etwas, findet sich in dem Menschen: die Sprache nennt es *Gefühl*. Ohne Schwere und selbstständige Ausdehnung, immer ohnfehlbar entfliehend mit dem Geiste, wie könnte man es dem Körper zutheilen? Gefühle dagegen auf die ausschliessende Rechnung des Geistes zu setzen, kann unter den Freunden jener Trennung doch keinem einzigen Denkenden einfallen: die Idee des Geistes trübt sich einem Solchen nicht in dergleichen anthropopathischen Ansichten,

§. 30.

Alle diejenigen welche (wie ein *Claproth*, *Hommel*, *Schmaus*, *Rousseau* u. a. m.) das Naturrecht auf *Triebe* zu bauen versuchten, waren auf dem, jedoch von ihnen nicht immer genau eingehaltenen, Wege, dem Gefühle die obgedachte Rolle zu übertragen. — Es fehlt nicht an wichtigen Gegnern. Unter diesen verdient vorzüglich der

scharfsinnige Verfasser der Kritik des N. R. gehört zu werden.

Die gegnerischen Gründe scheinen dem Verfasser dieses sich gründlich beantworten zu lassen durch die Erläuterung folgender Sätze;

1) Vernunft und *menschliches* Gefühl bilden keinen reinen Gegensatz. Wer also etwas auf das menschliche Gefühl baut, schließt damit die Theilnahme der Vernunft nicht aus.

2) Das Rechte *Gebende* muß unterschieden werden von dem über dieses Gebende und über des dadurch *Gegebene* Reflektirenden. — Der so große Bau der Sprache ist das ohnfehlbare Werk des Gefühls: aber so wenig sich von diesem eine *Sprachlehre*, eben so wenig läßt sich davon eine *Rechtslehre* erwarten.

3) Ohnerachtet der unleugbaren Wandelbarkeit der Gefühle im Einzelnen, herrscht dennoch in ihrem Gang im Großen eine eben so unverkennbare Gleichheit.

4) Die Schattirungen der Gefühle im Einzelnen (die bei fortschreitender Kultur nothwendig immer vielfacher und abstechender werden müssen) tragen das ihrige bei zur Erklärung des überall so bald fühlbaren Bedürfnisses eines positiven Rechts, und zur Erklärung der Mehrheit von Systemen desselben. Ohne die Dazwischenkunft mancher Nebenumstände würden wir wahrscheinlich solcher Systeme eine eben so große Menge haben als wir eine Menge

von Sprachen zählen. — Wer das Recht direkt von der *Einen* Vernunft ableitet, wird sich schwerer in diese Erscheinung finden.

§. 31.

Darin dafs es in jedem Menschen vorhanden ist; dafs es in der Koexistenz eine früher nicht gehabte Modifikation annimmt; dafs es die Beleuchtung der Vernunft vor jedem anderen Gefühle aushält, in solcher nur noch schöner strahlt; dafs es in unzähligen Fällen ein schlechthin unverkennbares Vorgefühl und zugleich allen sicheren Erfahrungen zugänglich ist — in allen diesen Eigenschaften zeigt sich das Gefühl der *eigenen Verletzbarkeit*, die Quelle der *Sympathie*, würdig für das Rechte Gebende gehalten zu werden. — Diese wichtige, hiermit niedergelegte Wahrheit, die, als solche erkannt, unter andern die ganze Basis des heutigen Naturrechts verändern müfste, setzt sich den meisten Angriffen vielleicht dadurch aus, dafs sie sich vermißt aus dem *ganz nahe Gelegenen* zu erklären, was man schon so lange in viel gröfserer *Ferne* zu suchen gewohnt ist. — Sollte jenes Drängen der naturrechtlichen Schriften unter sich, nicht fast auf die Präsumtion eines solchen Fehlers in der Grundlage führen?

§. 32.

Das Seyn des gedachten Gefühls in seiner wissenschaftlichen Uebersetzung liefert uns keinen anderen Grundsatz als jenen berühmten obigen:

„*Quod tibi non vis fieri etc.*“

Das von jenem Gefühle Gegebene tritt in diesem Grundsatz, welchen die Apperzeption eines mit *Selbstbewußtseyn* begabten Geistes schuf, vor den *Richterstuhl der prüfenden Vernunft*. Hier wartet seiner eine herrliche Verklärung, für welche der Verfasser dieses zunächst *drei* wichtige Momente setzte.

§. 33.

Diese Momente sind:

1) Anerkennung des Zwecks den die Natur in der Schöpfung eines Gefühls realisirte, welches auf der einen Seite höchster Sporn und stete Wache für die Selbsterhaltung seines jedesmaligen Inhabers, des *Individuums*, auf der anderen zugleich die Aegide der *Gattung* wird.

Wäre dem Gefühle der eigenen Verletzbarkeit die Sympathie (das Sich Fühlen in dem gleichartigen Anderen) nicht natürlich; so wären die Wesen seiner eignen Gattung jedem Individuum unter allen Feinden die gefährlichsten. Die *Eine*, in den Geschöpfen der Gattung individualisirt ausgesprochene, Idee wäre, weit entfernt von innerer Harmonie, in diesen Individualisationen in einem *Widerspruch* gesetzt, welcher *Zerstörung unter sich* zur unausbleiblichen Folge haben müßte.

Nota. Man achte auf die nothwendigen Wirkungen welche die auf immer gleiche Objekte angewiesene Begehrlichkeit der Gleichartigen haben müßte, wäre sie nicht

gerade hier besonders gezügelt. Die Gleichheit der Waffen, die keinem imponirt, läßt das Selbstgefühl leicht vor dem Ausgang des Kampfs sich den Sieg zuschreiben, macht also unternehmend. Jedes der Gleichartigen kennt vor allen die verletzbarste Stelle seines gleichartigen Gegners.

2) Empörender für jenes Gefühl wäre nichts, als wenn Einer dem Anderen aufzudringen sich vermessen wollte wie sein Nichtwollen beschaffen seyn müsse: dieses Attentat gieng auf nichts Geringeres als auf die gänzliche Vernichtung der gegenüberstehenden *Persönlichkeit*. — Wer bist Du — sagt Jeder zu Jedem — der Du so etwas von mir zu fodern Dich erkühnst? — Aber kaum ist das Nichtwollen jedes Einzelnen vor dem Richterstuhle der Vernunft als ein *Einzelnes* erkannt (welches eben so wenig geeignet ist fremde Befehle anzunehmen wie den Befehlshaber über die Willensfähige seines Konflikts zu machen) als die Aufgabe besteht, sich dennoch mit allen diesen Einzelnen in Harmonie zu setzen. Die Beschränkung auf ein *Nichtwollen können*, liegt viel zu nahe, als daß sie länger und allgemeiner sollte übersehen werden und es bildet sich aus dem Gegensatz der Einzelnen ein *allgemeines* Nichtwollen = *dem was nicht gewollt werden kann*.

Die Vernunft hat bereits früher — dort nemlich wo sie sich der Einsicht des Zwecks bemächtigte den die schöpferische Natur in obigem Gefühle verfolgte — bereits dort hat sie den Maßstab für die Bestimmung eines solchen Könnens gefunden. Das wovon sich nachweisen

läßt, *dass es, von Allen als ein Gewolltes verfolgt, den Flor der Gattung hemmt, eben das muß angesehen werden als das allgemein Nichtgewollte.* — Es kömmt ein Uebergewicht in die Stimme des Rathes der Alten: es beginnt ein Studium des Rechts, und es sondert sich alles Nichtwollen ab welches nicht mit Veränderungen in der koexistentschen Sphären in Berührung steht.

§. 34.

Fortsetzung.

3) Vor diesem Richterstuhle erhebt sich der Grundsatz aus dem *negativen* zur Annahme des *positiven* Charakters. Also: *quod tibi vis fieri etc.* die koexistirenden Menschenkräfte sind etwas zu Vollkommenes, als dass sie sich nicht für gegenseitige positive Unterstützung in Anspruch nehmen sollten, und das dahin tendirende Gefühl reicht in dem Menschen auch völlig so weit. Die Willen der Einzelnen in dieser positiven Tendenz gerathen doch bald in noch kräftigeren Widerspruch und weil, mit der, Jedem zuständigen, Appellation an sein Inneres, alle Versuche der gegenseitigen Widerlegung scheitern müssten; so bleibt auch hier nichts übrig, als sich zur Formation eines *allgemeinen Willens* zu bestimmen. Die Vernunft macht diese Aufgabe, aber das Material des Maßstabes wird hier, wie oben bei dem Nichtwollen, ebenfalls in der Aussenwelt gewonnen. Es kann nur gewollt und als ein Gewolltes gefodert werden, das wovon sich *nachweisen* läßt, dass es als *Maxime* des gegenseitigen

Benemens der Koëxistenten den Flor der Gattung befördert; dafs es ferner als ein Gefodertes auch von dem Foderer selbst *geleistet* werden könne. Wie hier rechts und links Launen und Unverschämtheiten, die sonst zu besorgenden, wegfallen! — Dafs das Individuum, dessen Liebe zur Gattung stets bei sich anfangen soll, nie aufgeopfert werden könne, versteht sich von selbst.

Ein solches Wollen nun heifst, im Gegensatz des *empyrischen*, vorzugsweise das *vernünftige*, und als abgewogen für die Sphäre der Koëxistenz das *rechtliche*. Die individuelle Beschränkung, dem es sich in dem Konflikte mit anderen Willen unterzog, war das Schliessen zu einem solchen Ganzen, welches sich in die höhere Einheit eines *allgemeinen* Willens auflösen konnte.

Uebrigens, da der Zweck dieses Wollens *in der Koëxistenz rein aufgeht*, und da es das von dem Egoismus diktirte *eigne* Fortkommen zur Wurzel hat; so darf man nicht wännen, sich hier schon in der Sphäre der Tugendhaftigkeit zu befinden. Beziehen sich doch (man vergl. ob. §. 19) die — *für alles Weitere Inhaltsleeren* — Aussprüche des Gewissens, lediglich auf das *in sich Zurücklaufen* der Vernunftthätigkeit; beginnt und schliesst sich doch jener ganze Akt welcher *der Tugend angehört* mit der Erfüllung des unbedingten Gebots: *um der Herrschaft der Vernunft willen!* Eine Welt in der Willensfähige koëxistiren sollen, würde den *rechtlichen* (allgemeinen) Willen zu Stande bringen müssen, wenn darin auch

nicht das mindeste *um* der Herrschaft der Vernunft willen geschähe.

Die Möglichkeit, daß sich jemand um einer solchen Handlung willen, die als Folge seiner Tugendhaftigkeit existend werdend in die koexistentische Sphäre eingriff, hier sogar ein durchaus gerechtes Todesurtheil bewirken könne, ist gleich denen Fällen, wo ein Retter in edlem Berufe ein Raub der Flamme wird. Diese Vorfälle ereignen sich in ganz verschiedenen Welten, und wir werden das positive Gesetz kennen lernen, als mit der Naturnothwendigkeit in gleiche Kategorie tretend.

§. 35.

So weit als die Anlage zur Furcht, man kann also sagen, ohnfehlbar sehr tief in die Animalität und wahrscheinlich durch die ganze Animalität hin, reicht das Gefühl der eigenen Verletzbarkeit.

Nimmt man hiezu wie das dunklere Bewußtseyn des Brutums ihm die Diagnose seiner überhaupt erschweren, folglich mitwirken müsse, um es in der Art von Täuschung befangen zu halten, vermöge deren es in dem Gleichartigen, das ihm als ein Gleichgestaltetes in die Sinne fällt, *sich sieht*; so hört das *im Ganzen* so ungestörte Zusammenseyn der Thiere bei Gattungen und Arten, auf Räthsel zu seyn. Die sich gegenseitig bewiesene Schonung der gleichartigen Bruten, wird hier vielmehr erkannt, als hängend in einem unmittelbaren Ableiter des-

jenigen Gesetzes in welchem jedes der Gliedmassen seines eigenen Leibes schon.

Sind die Individuen einer jeden Thierart — wie es schon die dadurch bedingte Möglichkeit der Bildung eines Artbegriffs beweist — sind sie nichts anderes als die sinnliche Darstellung *Einer* sich hierdurch individualisirenden schöpferischen Idee; so muß alles was die Art der Art zu leide thun würde, angesehen werden als ein *Wühlen in das eigene Fleisch*. Das *sich fühlen* in dem gleichartigen Anderen: wenn es auch dem Bastardegoismus *Täuschung* ist, zeigt sich hier, in der göttlichen Idee, der höchsten *Wahrheit* angehörig.

Leidenschaftliche Zustände und Anomalien — welche immer einzeln sind und eine Regel voraussetzen — stoßen dem denkenden die Regel selbst nicht um. Der Nichtdenkende vermag es ohnehin nicht zu finden, daß die so weit verbreitete und die so glücklich gehaltene thierische Koexistenz in der Untersuchung über das regulative Prinzip der menschlichen Koexistenz eine größere Aufmerksamkeit verdienen.

Ob die, meistens von Spielart zu Spielart bemerkbaren *Antipathien* nicht Folge eines Eindrucks seyn dürfen, der dem des *Zerrbildes* ähnlich sey?

Geselligkeitstrieb der Thiere.

Jene Eintheilung der Thiere, in welcher nur die *Fleisch-fressenden* Raubthiere genannt werden, steckt die

lezte Grenze unseres beschränkten Mitgefühls ab: nur dem Dichter gelingt es bisweilen uns über sie hinaus zu führen und uns zu der theilnehmenden Erinnerung zu bringen, daß auch die Blume und der Baum leben.

§. 36.

Folgendes erklärt zureichend wie das Recht unter den Menschen eine Ausbildung erhalten konnte und mußte, in dem Vergleich mit welcher den übrigen Thieren nur ein *Analogon* desselben zugeschrieben werden darf

1) die menschliche Bildung ist geeignet wie keine andere

a) Um sich über alles *auszusprechen* was in dem Koexisten vorgeht.

b) Um gegenseitig dieser Sprache *zugänglich* zu seyn.

2) Wenn auf der einen Seite das dunklere Bewußtseyn der Bruten allen Gefühlen, demnach auch dem der eignen Verletzbarkeit, einen Takt und eine Innigkeit geben muß, welche sie in der Kontemplation des besonnenen Menschen nur verschwächt zu behalten nicht verfehlen können; so muß doch die Klarheit zu welcher das „*Ich*“ in der menschlichen Koexistenz durchbricht, es muß die Möglichkeit *sich* (das *Ich*) im Anderen zu fühlen, unvergleichbar mehr verstärken, als sie dort verschwächt wurde. Der Umstand, daß die thierische Koexistenz der Basis jener einzig vollkommenen Existenz ermangelt, in welcher das Bewußtseyn sich zum *Selbstbewußtseyn* zu verklären vermochte,

vermochte, macht es ihnen unmöglich sich an die Stelle eines der Individuen ihrer Köexistenz zu setzen. Eben deswegen kann sich ihr Analogon des Rechts nicht aus dem *negativen* Charakter (Ungestörtheit) in den *positiven* (Hülffleistung) erheben; ihr Benehmen kann nicht der *Individualität* der gegenseitigen köexistentischen Lage *angepaßt seyn*. Der Mensch dagegen findet diesen Individualitäten der Lagen seines Konflikts nothgedrungen eine *ideelle Allgemeinheit* in welche sie sich ihm auflösen, und in welcher er bald *sich selbst* befangen sieht. Er unter Hungrigen unter Winzelnden *hann* nicht froh seyn: er als Nothleidender von den Hülffsfähigen seines Konflikts unerhört, ist ihr entschiedener Feind. Dafs man im allgemeinen nur nicht den Glauben eines Solchen an seine Zwangsbefugnifs in Zweifel ziehe. (M. vergl. unten: Bettelwesen.).

Recht (die Art von) welches sich zwischen dem Menschen und besonders denen sich ihm annähernden Thieren bildet, und zwar bemerkbar nicht bloß in dem Betragen des Menschen gegen die Thiere, sondern auch umgekehrt,

Doch auch hier schon kriegerisches Zusammenhalten einiger Thierarten, als Hülffleistung gegen den gemeinschaftlichen Feind u. s. w.

§. 37.

Andere Vorzüge des unter dem stetenⁿ Schirm und unter dem nie ganz davon zu trennenden Einfluß der immer nahen Vernunft stehenden *menschlichen* Gefühls, wurden bereits oben (§. 33. 34.) erwähnt.

Noch einmal: das *menschliche* Gefühl ist von Geburt aus ein *vernünftiges* Gefühl, und dieser anscheinende Widerspruch ist schlechterdings nicht größer als das *vernünftige Thier* selbst! Mögen immerhin das Thier und die in ihm wohnende Vernunft (jenes z. B. in dem Verdauungsgeschäfte; diese in der Tugendhaftigkeit) ihre eigenthümlichen Sphären haben — die Sphäre der Köexistenz muß beiden angehören, und wir können ihr diesen gemeinschaftlichen Regulator nicht finden, wenn wir ihn nicht in dem *Gemüthe* suchen.

Schon *Adam Smith* leitet die Idee der Gerechtigkeit, eben so wie alle andere moralische Unterschiede — (mir: die Tugenden) — aus dem Prinzip der Sympathie her. M. s. dessen Werk: *Ueber die moralische Empfindungen*.

Feuerbach hat doch den merkwürdigen Satz;

„Das Recht muß in einem eigenen Rechte gebenden
„Vermögen der praktischen Vernunft gegründet seyn.“
Vergl. meinen Versuch p. 181.

§. 38.

Wir kennen jetzt das Recht als:

Das Produkt der, nach dem Maassstaabe des Gefühls der eignen Verletzbarkeit vernünftig ausgeglichenen (indifferenzirten) Foderung und Leistung in der köexistenz-tischen Mitte.

Wir sehen ferner aus dem obgedachten Gefühle in seiner wissenschaftlichen Uebersetzung jetzt lichtvoll als obersten Grundsatz hervortreten:

Fodere für Köexistenz was Du zur Befriedigung deines sympathetischen Gefühls leisten mußt; leiste für Köexistenz was Du in umgekehrter Lage mit Zustimmung jenes Gefühls fodern würdest!

Wir haben als Motiv die Stimme der Natur, und zwar insofern sie näher geprüft sagt:

Dafs es dir wohlgehe, mußt es Euch wohlgehen! oder - wenn jeder „Du“ strebt, dafs es Uns wohl gehe, so wird es jedem „Du“ wohlgehen, während die entgegengesetzte Tendenz dich zu erst in der Gattung, und denn dadurch unglücklich macht, dafs du keinen Augenblick der nur so möglichen köexistentischen Hülfe entbehren kannst. Bis hin zur Möglichkeit der Freude treibt

alles, oft treiben ganz entgegengesetzte Ursachen den so qualificirten Menschen zum Festhalten an Köexistenz. Er in welchem, isolirt gedacht, eines des *vollendetesten* Ganzen der Schöpfung, die heilige Menschheit zerrissen wäre, kann Köexistenz, selbst um einen sonst hohen Preis, doch nur mit Gewinn erkaufen, und der sogenannte Naturzustand ist entschieden sein unnatürlichster.

§. 39.

Unser oberster Grundsatz sagt uns nicht *blos* *dass* ein Recht seyn solle; sondern auch *was* das Rechtgemäße sey, und erfüllt in diesem Letzteren eine nach des Verfassers Einsicht schlechthin *unerläßliche Foderung* an einen solchen. Vers. p. 278. — Unsere sich zu Rechte gebender Köexistenz Begegnenden, können sich nicht tödten; können sich nicht abhalten von dem zu theilenden Vorrathe Hunger, Durst, das Bedürfnis der Decke u. s. w. zu befriedigen. Ja er den das Raubthier anfällt, oder der Sturz verwundet, darf schon auf einen Beistand rechnen der ihm selbst nicht weiter als für die ohnehin schon *vor* seinem Unfall begründete Foderung eines gleichen Benehmens angerechnet wird. Man schadet sich nicht, man dient sich schon aus Beifalls würdigem Egoismus, und wir sehen sich bereits eine gemeinschaftliche Wehr gegen den Ungerechten bilden.

§. 40.

Welchen Verdacht der zu grossen Weite man auch vorläufig gegen den hiermit im *allgemeinen* aufgestellten Begriff und obersten Grundsatz des Rechts hegen dürfte: der Denkende kann ihm doch nicht vorwerfen, dafs hier das Recht und *die* Tugend vermischt sey, denn wir motiviren ja jenes ganz durch einen richtigen *Egoismus* (vergl. oben §. 27 et 34.) Hiernächst haben wir jedoch noch keineswegs auf jene Gesinnung verzichtet, welche, wohlwollend und verständig, z. B. keine Freude Stöhre-
rinn seyn will, dem Hungrigen ihr Brod bricht u. s. w. Reine Egoisten haben wir, aber keine Teufel: letztere so wenig, dafs uns vielmehr die alte, ohnehin nicht aufzuopfernde, Basis: *quilibet praesumitur bonus etc.* unerschütteret steht, und dafs wir vielmehr einsehen, wie das Recht, in einer so innigen Verwandtschaft mit der (besonderen) Glückseligkeitslehre (gemeiniglich *Moral* genannt), so lange her als „*qualitas illa moralis*“ definirt werden konnte.

Unsere weitere Aufgabe wäre jetzt die:

1) Rechts - und Tugendlehre (Lehre der Tugenden) zu sondern;

2) Aus dem *jure sensu latiori* ein *jus strictum* zu gewinnen, und zwar ohne den, allen diesen Sphären

gemeinschaftlichen obersten Grundsatz, *als den gemeinschaftlichen aufzugeben.*

§. 41.

Das Gebot *der Tugend* heisst, wie wir wissen, „*so soll ich, weil ich so soll*“ — also auch wenn ich darüber zu Grunde gehen müßte! — Die unbestrittene Absolutheit dieses Gebots (welche schon hin und wieder auch in der alten Welt wissenschaftlich anerkannt wurde, und die praktisch nie verlohren gehen konnte, nie verlohren gehen wird), zeigt uns die, ihrer individualisirten Darstellung ohnerachtet, noch von Einer Seite unveräußerte, ja *unveräußerliche* Heimath der Vernunft an. Das Absolute als solches wäre es nicht, wenn ihm nicht *höchste Einheit* zukäme. Es folgt, was unser Bewußtseyn unvertilgbar bestätigt, daß dem Pflichtgebote die von dem Wohlseyn des „*Ich*“ entlehnten Motive fremd seyn müssen. Es folgt weiter, daß es — man darf sagen noch viel weniger ein — *Wir* und *Euch* kenne, d. h., alle Thätigkeiten regeln sich hier durch die Tendenz der unmittelbaren Aufgabe (dem „*sibi religioni ducere*“) Genüge zu leisten. Vielleicht, doch Einigen verständlich, besser so:

Die unendliche Liebe des Einen im All, dem die Vernunft in höchster Selbstbeschauung angehört, diese nach Offenbarung ihrer strebende Liebe zu sich, ist nicht

jene Liebe wodurch das Individuum sich als solches (d. h. in seinem Gegensatze) behauptet.

Gerade umgekehrt ist es in den Sphären der Tugenden und des Rechts. Hier geht alles von der (nur relativ unendlichen) Liebe des *individualisirten* „Ich“ aus. Und so wie das Werk des bildenden Künstlers immerdar von Nützlichkeit befangen seyn *muß*; eben so kann auch die höchste Verfeinerung der Tugenden und des Rechts nie diese Abstammung verleugnen, selbst die von uns erzweckte Zufriedenheit mit uns gehört derselben an, nicht zu gedenken der priesterlichen Tratte auf die 1000 Himmelsprocente.

Die unendliche Liebe der Individuen zu sich, ist so nützlich und nothwendig als sie in Allen verbreitet ist: bis zu dem Krümmen des Wurms, bis zu der Sehnsucht der Pflanze nach Nahrung und Licht, jedem nicht ganz gemeinen Auge unverkennbar. — Dennoch heist sie von einer anderen Seite mit Recht eine *kleinliche*, denn sie konnte der Natur nur *in ihrer Vereinzelung* abgewonnen werden, ihr immerdar fremd bei ihrem Riesengang im Großen. Daher die Wahrnehmung der Wirkungen dieser Liebe nur da wo wir die Natur auf *synthetischem* Wege, ich möchte sagen, zusammenbuchstabiren. Aber so wie sich der Buchstabe in der Sylbe, diese in dem Worte, letzteres in der Rede verliert, ohne als Einzelnes unter zu gehen: eben so verliert sich allmäh-

lich diese vereinzelte Liebe zu sich den Individuen bei den Fortschritten ins Grofse, bald mit Mühe die Art, endlich die Gattung, nirgends das zu ergreifen vermögend was nur *das Eine* ist. Die vereinzelte Liebe des Individuums zu sich, setzt offenbar eine höhere, allumfassende voraus, die, dem zeitlichen Seyn alles Individuellen voraus gehend, solches bedingte, und die Liebe zur Gattung ist nur auf der Grundlage der Liebe zu sich möglich. Kann nun der Widerschein je den Glanz seiner Urquelle erreichen? und mufs der abermalige Reflex des Widerscheins nicht wieder schwächer seyn?

Für andere Zwecke erklärt sich uns hier der Inhalt von §. 23., ferner sehen wir, wie der Egoismus, wenn er liebend die verwandte Mehrheit ergreift, als etwas *der Tugend* Aehnliches erscheint. Aufs neue himmelwärts strebend, sinkt er jedoch auf der Grundlage des Endlichen in solches zurück, da wo die so veränderte Darstellung ihm das eigne „*Ich*“ unkenntlich macht. *Die Tugend*, welche sich damit nie befaßte, kann nicht in diesen Fall kommen.

Es giebt nun eine Wissenschaft der Maximen für Menschenwohl. Wir wollen diese W. *allgemeine Glückseligkeitslehre* nennen: sie ist die weise Deutung des: quod tibi vis et non vis fieri. Glückseligkeitslehre durchgeführt auf dem *existentischen* Standpunkte, ist die Lehre von den Tugenden oder Moral: eben diese durchgeführt

auf dem *köexistentischen*, ist Rechtslehre. Beide haben mit dem Bastardegoismus (vergl. §. 27) zu kämpfen, und das Zartgefühl eines Gemüths zu erhalten, welches unter Elenden nicht froh seyn kann (vergl. §. 38). — Beispiel an dem Diebstahl der (vielleicht) aus *Tugendhaftigkeit*, der aus der Tugend der *Ehrlichkeit*, der aus *Rechtlichkeit* unterlassen wird.

Nennt man alles was durch Menschenwohl motivirt für das Wohl der Menschen (denen man als Individuum angehört) geschieht, *eine* Tugend; so ist die Rechtlichkeit die höhere, weil sie den Egoismus in einer höheren Potenz ergreift, folglich den rein bei sich als Einzelem stehenden bleibenden, zu ihrem Substrat hat. Doch wird die Rechtslehre auch uns kein Kapitel der so eben geschiedenen Moral, und wenn jene die *vielseitige* Köexistenz in einem großen Ganzen (z. B. in einem Staate) berathen soll; so kann sie nicht verfehlen Forderungen zu machen, für welche die Moral nur die allgemeine Rubrik „von dem Gehorsam gegen die Gesetze“ hat.

Der Mann welcher ein solches Ganze selbst als Ganzes zu ergreifen und liebend zu schützen hat, kommt in einen Fall ähnlich dem Gang der Natur im Großen. Verhältniß des *Rechts* zur *Politik*. Wie sich Nepotismus, Pennalismus, selbst Patriotismus u. s. w. doch in Egoismus auflösen.

§. 42.

In der vorgetragenen *allgemeinen* Bedeutung finden wir das Recht als das durch seine Gemeinnützigkeit motivirte *Gemeinnützige*, und das Billige unter sich begreifend. So soll es seyn. Das wahrhaft Gemeinnützige und das wahrhaft Billige liefern der sich vervollkommenden Gesetzgebung den täglichen Stoff ihrer zweckmäßigen Verbreitung. — Es giebt hier eine Grenze — die Möglichkeit des unfehlbaren Ergreifens in der nöthigen Allgemeinheit steckt sie — welche, von legislatorischem Wohlwollen überschritten, Wirkungen hervorbringt, die den beabsichtigten gerade entgegen gesetzt sind. Es ist die menschliche Schwäche, welche sich genöthigt sieht, für das *Recht im engeren* Sinne eine engere Grenze zu ziehen.

Das *Gemeinnützige* zerfällt in das *absolut* und *relativ* Gemeinnützige. Jenes hat seinen Wirkungskreis in dem Ganzen der Menschheit; dieses hat ihn in den so vielfach verschiedenen Gruppen, welche, unter so vielfach verschiedenen Gesichtspunkten, in jener hervortreten. Der Rechtszustand im Ideale erlaubt solche Gruppierungen, verbietet jedoch alles Losreißen, und wie z. B. der Egoismus mit dem Familiensinn, mit dem Geist der Korporation und dem Patriotismus besteht, eben so soll dieser mit dem Kosmopolitismus bestehen können.

Jedes nicht an sich verwerfliche Ganze entfaltete seinen eignen Geist bis an die Grenze des Bestehens mit einem höheren Ganzen. *Diese Entfaltung ist Rechtsgemäßs.* Das höhere Ganze welches solche zu erdrücken suchte, würde sich selbst der treflichsten Grundlage zur vollendeteren Steigerung berauben, die jenes, innerhalb angemessener Grenzen entfaltet, ihm darböte.

Korollarium.

Wenn das Recht ursprünglich das Gemeinnützige ist, mit dem relativ Gemeinnützigen aber die Frage nach dem *Gemeinsamen*, d. h. nach *dem* Ganzen gegeben ist für welches das Nützliche gefördert werden soll, diese Ganzen selbst aber ihrer Natur nach sehr verschieden seyn können — so folgt, daß etwas in der Einen Sphäre Recht seyn könne, was uns in der anderen nicht als solches anspricht. Dieser Erinnerung sagt das zu, was man von Rechten behauptet die dem Gatten, dem Vater, aber nicht dem Bürger *als solchem* zu kommen.

§. 43.

Von den mehreren Gesichtspunkten aus welchen man das Recht zu betrachten, ihm aber oft ganz fremde Eintheilungen aufzudringen pflegt, für unsere künftige Wissenschaft der entschieden wichtigste ist der, wo es

als *vollkommenes*, in dem Gegensatz des *unvollkommenen* erscheint. Auch das, vielleicht wenig passend, so genannte *unveräußerliche* Recht, müssen wir berühren. Was *Zwangsrecht* sey und wie sich eine *eigene Billigkeitssphäre* absondere, wird sich aus jener Erörterung von selbst ergeben. — Lossagung von dem *aus dem Sittengesetz* entlehnten Theilungsgrunde, für die vollkommen und unvollkommen Rechte.

§. 44.

Folgendes sind (mir) die Erfordernisse eines vollkommenen Rechts:

1) Die Köexistenten sind vollkommen Rechtsfähige, d. h. *Vollbürtige*.

Der *Vollbürtigkeit* entgegen steht die *Unbürtigkeit*. Diese ist entweder Unter - oder Ueberbürtigkeit. Beide haben die zu weite Entfernung von dem *Fallpunkte* menschlicher Existenz miteinander gemein, und sind verschieden dadurch, daß jene der auf- diese der absteigenden Linie angehört. — Man soll noch weiter unterscheiden die *anomalische* Unbürtigkeit, welche bald als ein Mißgriff der Natur, bald als das Werk eines feindseligen Zufalls, mit unter als das einer ganz besonderen Vernachlässigung, hier den ganzen Menschen verstrickt, dort nur diejenigen Kräfte desselben, die wir als Körper-

oder die wir als Geisteskräfte unterscheiden. — Vers. p. 58. Wenn das Wesen der Vollbürtigkeit die Harmonie der Thatkraft und der Reflexion ist, die sinnige Thätigkeit der Reflexion aber mit von dem ihr verliehenen *Standpunkte* abhängt; so folgt, daß Fälle eintreten können, in welchen das sonst gereifte Reflexionsvermögen sich nur durch die *diesmalige* Begebung seiner Stimme, d. h. durch das Zugestehen einer *relativen* Unbürtigkeit beurkunden kann. Z. B. Der Nichtarzt in der Athmosphäre der Seuche.

§. 45.

2) Die das vollkommene Recht realisirende, so wie die verbrecherische Handlung hat, gleich dem Subjekte von welchem sie ausgeht, Geist und Körper in völliger Untrennbarkeit, d. h., *nur sie* ist eine vollkommen rechtliche oder unrechtliche, das köexistentische Verhältniß ganz ergreifende Handlung, welche und in wie fern sie sich durch unzweideutige Erscheinung in der Sinnenwelt ausdrückt, und zugleich als Folge eines dafür gefassten Entschlusses da steht. — Bei dem völlig angelegten Mordbrande der nicht zündete, bei dem Mordschuß der nicht traf u. s. w., wird zwar die durch andere Kräfte verhinderte Wirkung, mit eben dem Rechte der That supplirt, mit welchem sie bei dem Jagdschuß, der den Menschen traf, abgezogen wird. Aber der, in beiden Fällen unvermeidliche, Prozeß, tendirt eben zur Auflösung dieser Einseitigkeit, und die ihn schließende

Sentenz wendet das Gesetz an, nur in wie fern durch ihn jene Einseitigkeit als aufgehoben zu betrachten, die verlangte Untrennbarkeit als hergestellt anzusehen ist. Auch die vollendeste Anstalt kann hier doch die Möglichkeit des Irrthums nur approximativ vermeiden. — Das Weitere gehört nicht hierher.

§. 46.

3) Die äussere Unerreichbarkeit des Entschlusses, den der Rechtszustand dennoch fodert, ist die Klippe bei weitem unserer meisten Rechtslehrer. Der Verfasser überlässt es der Prüfung Denkender, zu entscheiden, in wie fern sie auf folgende einfache Art vermieden werde?

Der vollkommen Rechtsfähige gilt für den Herrn seines Entschlusses, oder eigentlich wird nur er eines solchen fähig geachtet. Zwei hierher gehörige Wahrheiten sind unleugbar: a) Der Zweck der rechtlichen Gesinnung geht auf ein Handeln, welches, *auch in der Aussenwelt des Gesinnten*, von dem Köexistenten als unfehlbares Produkt begehrt wird. b) Das Erkennen des wechselseitigen Entschlusses ist auf *direktem* Wege unmöglich. Hier führt nun der *indirekte* zum Ziele, giebt höchstmögliche Gewissheit für das Produkt, *ohne jedoch das Produzierende aufzugeben*, und lässt uns den richtigen Blick in die Natur der Strafe thun.

Der Mensch der Erfahrung verräth bald an seinen Mitmenschen, ja die eigne menschliche Natur dieses letzteren läßt ihn leicht bei sich erkennen, wie die Gewinnung und Erhaltung gewisser Güter auch jenem Egoismus der sich noch nicht bis zur zärteren Blüthe der *Sympathie* entfalltet, der sich wohl gar so üppig ausgebildet haben sollte, daß er *einseitig* die dazu erforderlichen Kräfte verschlang, wie sie selbst einem solchen Egoismus zur *nothwendigen* Aufgabe der Natur bestehen, dergestalt, daß Jeder Jeden als für ihre Erhaltung und Gewinnung entschlossen ansehen kann. — Man vereinige sich in dem Bekenntniß solcher Entschlüsse, welche das *köexistentische* Fortkommen erheischt; lasse Jeden die *Bürgschaft* für die Wahrheit und Unwandelbarkeit der Entschlüsse mit welchen er beitrith, in solchen Gütern seines Privatinteresse setzen, an welchen dem Egoismus, auch wenn er über sich die Gattung oder das Ganze dem er angehört vergessen haben sollte, schlechthin gelegen seyn muß; treffe die Anstalt, daß die Bürgschaft wo möglich den Reiz zur Antastung des Verbürgten überwiege; daß sie, einmal gestellt, so wenig als möglich durch *List*, nie durch *Gewalt* könne vereitelt werden — und die Köexistenten können auf die sich wechselseitig stipulirten Entschlüsse, in der Regel mit eben der Gewissheit rechnen, mit welcher man auf die allgemeine Begehrlichkeit für die Erhaltung des *Pfandes* rechnen darf. Ein solcher, so verbürgter, gemeinschaftlicher Entschluß, bringt Einheit in das Mannigfaltige der

Handlungen, und zwar mit eben der *Nothwendigkeit*, mit welcher die Liebe zur Erhaltung des Pfandes eine nothwendige Aufgabe jener Natur ist, die wir in dem Handelnden dargestellt finden. — Ein so gereifter Entschluß erklärt sich in dem *Gesetz*. Ich definire das (uns hier interessirende) Gesetz als: *Ausdruck der Nothwendigkeit des Gleichen, in der Verschiedenheit der köexistenzstentischen Handlungen.*

Das Gesetz welches den Todtschlag, den Diebstahl u. s. w. verbietet, bringt in die verschiedene Handlungsweise aller derer in denen es *ausgedrückt* ist, jene Gleichheit, die sich in der Sicherheit, als ihrem Produkte, offenbart.

Weit entfernt das Kausalverhältniß zwischen der Handlung und dem Willen aufzuheben, oder auf Selbstbestimmung zu verzichten, lassen wir jedoch den Willen nicht erst durch das Pfand entstehen. *So sind die Gesetze Willensgesetze!* Es versteht sich, daß die gehörige Promulgation in den nicht politisch freien Staaten zugleich die Stelle der Abstimmung vertritt. — Das gesetzte Pfand macht dem ungewissen Ausgang der Berathschlagung ein Ende; scheidet das Gesetz von allen Arten der bloßen *Persuasion*; postulirt den Staat; ist aber dennoch nur für unerwartete Fälle hingegeben (M. vergl. unten Strafe.)

Das vollkommene Recht geht aus dem Gesetz hervor!

§. 47.

In der Kindheit der Nation sind die Einsicht und der Wille der *Schiedsrichter* das Gesetz. Sobald die Nation zur Selbstbeschauung reift, in steigender Kultur die Individualität ihrer Glieder (bei Einzelnen und bei Gruppen), sich mehr ausbildet, ist die Periode des Schiedsrichteramtes *für das öffentliche Leben der Bürger* unwiederbringlich vorüber: denn ihre Grundlage, die gleich einfache und feste Sitte, ist erloschen. Dem Eintritt der Nation in ihren *Reflexionspunkt*, folgt also nothwendig der sublimen Akt der *deklarativen Gesetzgebung*.

Das Gesetz aus welchem das vollkommene Recht hervorgeht (s. §. 46) ist ein deklaratives?

§. 48.

Die deklarative Gesetzgebung, wie sie in den Leben der Staaten den Eintritt in die Periode der Vollbürtigkeit bezeichnet, eben so spricht sie selbst durchaus nur zu vollbürtigen Individuen, und das gegenseitige Verhältniß dieser regelt sie, unter der zwiefachen Voraussetzung, daß sie ihre nicht bürgerlichen Verhältnisse bloß mit Hülfe des gesetzlichen „*pacta und servanda!*“ selbst zu

berathen wüßten, und daß sie weit genug gediehen seyen, um die ihnen angehörigen Unbürtigen unter ihre Leitung zu nehmen und diesen dasjenige zu sichern, was der Staat als Resultat ihrer Pflege für die Rekrutirung seiner Mitglieder erwartet, und in seiner Aeusserheit unterstützt. Hierdurch engt sich der Wirkungskreis dieser Gesetzgebung sehr, er engt sich aber fast noch mehr dadurch ein, daß ihre wirksame Sprache weiter bedingt ist, durch die Objektifizirung — besser *Personifizirung* — der Handlungen, und zwar solcher, die, nicht minder als sie *vor* ihrer Erscheinung vollkommen signalisirt waren, auch *nach* ihr treue Spuren zurücklassen. — Hierzu kommt, daß sie nur solche Kräfte in Anspruch nehmen kann, welche auch in der ganz gewöhnlichen Menschennatur der Vollbürtigen mit Sicherheit vorausgesetzt werden dürfen. Das Schiedsrichteramt hatte hier einen merklichen Vorzug.

Wie weit folgt jetzt nothwendig das, „*wo kein Kläger ist, da ist kein Richter*“?

Charakter der *bürgerlichen* Freiheit, welche leicht das frühere Spiel der *politischen* in Vergessenheit bringt, und keiner Staatsverfassung ausschliessend, vielmehr jeder angehört in welcher der Bürger als solcher nie anderst als durch die Allgemeinheit des, sich auf *künftige* Handlungen beziehenden, Gesetzes ergriffen wird. Wo bürgerliche Freiheit ist, da ist also der Herrscher selbst —

gleichviel ob seine doch immer nur *Eine* moralische Person zugleich physische Einheit habe oder nicht — er selbst ist von der Allgemeinheit des gegebenen beschränkt, hinsichtlich alles Thuns welches seine Zeit *diesseits* des Moments der förmlichen Abschaffung des Gesetzes hat. — Wo diese wohlthätige Beschränkung in der bürgerlichen Sphäre fehlt, da ist *Despotie*. Despotie kann also gar wohl mit einer gewissen Milde bestehen, und muß angesehen werden als eine Krankheitsform der *alle* Staatsformen unterworfen sind, wenn gleich die monarchische (also unter allen die vollkommenste) dafür die meiste Empfänglichkeit hat. — Dafs man den Charakter der wahren Monarchie nur nicht in der Unabänderlichkeit anderer Reichsgrundgesetze suche, und das Wesen der Despotie nicht verkenne, wenn zufällig keine Tyrannei ausgeübt wird.

§. 49.

Wollte man den Staat (z. B. mit *Achenwall*) nennen „den Inbegriff alles dessen was in einer bürgerlichen Gesellschaft und deren Landen wirkliches angetroffen wird“ und wollte man dann ferner der bürgerlichen Gesellschaft zu zählen jeden Menschen jedes Alters, wie er in den Umfang der Nation gehört; so würden, nach der Einführung des deklarativen Gesetzes, täglich Millionen Handlungen *in dem* Staate vorgehen, bei welchen der

Staat nur den müssigen Zuschauer machen könnte, oder bei welchen seine direkte Einmischung ihn, so zu sagen, nur zum Besten geben könnte. Denn alles Eingreifen seiner, welches nicht mittelst *solcher* Gesetze geschieht ist *despotisch*, und doch reicht *dieses* Gesetz in unzählige Verhältnisse nicht hin, die gleichwohl berathen seyn müssen. Wohlthätig zwar sanctionirt der Staat die besonderen Verträge, welche die Bürger, keiner höheren Ansicht widerstreitend, eingehen; stipulirt solchen, in vorgeschriebener Form verfaßt, die Vollgültigkeit der vollkommenen Rechte: aber selbst hierdurch ist bei weitem noch nicht das ganze Thun und Treiben der menschlichen Köexistenz regulirt.

§. 50.

Die anscheinend ungeheuere Lücke öffnet den Spielraum für die Entwicklung des *eigenthümlichen* Lebens und der besonderen Gestaltung jener Menge von eigenthümlichen Verhältnissen, welche, durch die dafür vorhandenen besonderen Prinzipie, zu einem in ihre Art eigenthümlichen Leben berufen sind, (vergl. oben §. 42.). Während nun das deklarative Gesetz nur jenes Gemeinnützige Rechtens macht, dessen Gemeinsames der Staat ist (vergl. ob. ebend.), verzichtend der Regulator in der *Innerheit* anderer Gemeinsamen zu seyn, die sich eines eigenthümlich wirksam Bestimmenden erfreuen; so hält er dennoch bei allen die Wache über die *Aeusserheit*

in der sie ihn berühren; spricht in dem deklarativen Gesetz das „*bis hierher und nicht weiter!*“ aus; duldet in Beziehung auf sich kein Geheimniß des dieselben be-
seelenden Geistes; fodert namentlich, daß die Anstalt getroffen sey, im Vertrauen auf welche er sich, ohne Gefahr für *sein* Ganzes, der direkten Einmischung enthalten konnte. Erläuterung an dem Beispiel der Ehe; an der dem Staate nicht zustehenden Kinderzucht u. s. w.

Aufzählung der Merkmale der *unvollkommenen* Rechte.

Ueber die *unveräußerlichen* Rechte (s. m. unten Strafe.)

§. 51.

Staat? (m. s. ob. §. 11).

Menschen machen den Staat aus, und schaffen ihn!
In der ersteren Rücksicht ist der Staat eine (Art von) *Gesellschaft*, und alles was nicht Mensch ist, kann nur als ein Akzessorium des Staates angesehen werden; in der zweiten erkennen wir ihn für ein *Vernunftprodukt*.

Man muß namentlich durchaus unterscheiden, zwischen *Staat* und *Land*, auch in so fern das letztere *Gebiet* heißt: eben so unterscheide man zwischen Staat und

Nation. Bildlich mag man den Staat immer einen *Organismus* nennen, wer es aber damit eigentlich nimmt, baut auf die Trümmer des von ihm selbst zerstörten Begriffs eines Organismus. Jeder *eigentliche* Organismus ist ein physischer; kann, selbst in seiner höchsten Vollendung, nur Glieder nie *Mitglieder* haben und ist, bis hin an die unerforschliche Grenze der Schöpfung, nie das Werk *von sich* oder präexistirender Glieder, sondern das Erzeugte eines gleichen Organismus der ihn als Keim trug.

§. 52.

Gesellschaft ist: *die in des Zwecks Gemeinschaft zur Totalität gediehene Mehrheit von Individuen.* Ein Individuum, sofern es der Gesellschaft angehört, heisst ein *Mitglied*. Varianten s. Vers. Seit 369 u. f.

§. 53.

Der Staat ist: *eine ewige Gesellschaft Vollbürger, die sich für den Gewinn des Zustandes der möglichsten Selbstständigkeit, öffentlich zu Macht und Recht bekennt* — Die Mitglieder des Staates heissen *Bürger*. Der Bürger ist: *ein moralisch - animalisches Naturwesen, gedacht in dem bestimmten Verhältniss der Wechselwirkung des Staats.* — Vers. Seit 399. vergl. Seit 57.

§. 54.

Eine solche Gesellschaft unterscheidet sich von allen möglichen hinsichtlich ihrer *Glieder*, ihres *Zwecks*, ihrer *Mittel*.

§. 55.

Die *Glieder* sind *Vollbürtige*: ausgeschlossen, d. h., nur eines *mittelbaren* Zusammenhangs mit dem Staate fähig, sind demnach die *Unbürtigen* aller Art. (v. §. 42) Der Beweis, daß *nur* Vollbürtige Mitglieder des Staats seyn können, liegt darin, weil nur ihnen die Mittel für den Staatszweck zu Gebot stehen, und weil nur sie von dem Staate in seiner höheren Vollendung erreicht werden können. — Die uralte Observanz der, wenigstens durch gewisse Jahre bedingten, besonderen Aufnahme in das Bürgerthum, sagt dem zu. — Uebrigens erhellet von selbst, daß eine unserer Voraussetzung gemäß *ewige* Gesellschaft, von Mitgliedern deren jedes seiner muthmaßlichen Unterbürtigkeit und seinem sicherem Tode entgegen lebt, daß eine solche, *schon um ihrer selbst willen*, so gewiß für Alle sorgen müsse, als ohnehin Alle auf die Vollbürtigen des Zeitalters, als auf den jedesmaligen Kern desselben, angewiesen sind. Wo die Natur den Unbürtigen seines Repräsentanten beraubt haben sollte, wird ihn der Vertrag ersetzen, und die Kindermörderinn kann schon deswegen von den Vollbürtigen nicht in ihrem Kreise geduldet

werden, weil sie die Gesinnung beurkundet hat, in welcher schlechthin kein Rechtsverhältniß zu bestehen vermag.

§. 56.

Die Frage über den *Staatszweck* (s. §. 53) gehört heute zu denen am meisten streitigen der ganzen Staatslehre, ohne daß jedoch die Staaten der Erfahrung, abgesehen von der oft sehr irrigen Wahl ihrer Mittel, im Ganzen je den wahren aus den Augen verlohren hätten.

Hauptsächlich mit dem Entstehen der kritischen Schule wurde das allgemeine Wohl als Staatszweck heftig bestritten: an dessen Stelle wurde die Sicherung des *Rechts* als solcher aufgestellt. Politische *Puristen*. Vers. Seit 158 — 161.

Die alten Vertheidiger des *allgemeinen Wohls* hießen jetzt *politische Eudämonisten*, und der aufgeregte Streit veranlafte sie zur Aufsuchung solcher Gründe, welche zugleich bestimmte Rücksicht auf die Widerlegung der Puristen nahm. Vers. 163 — 168.

In ihrer Ansicht unbefriedigt von beiden, traten Männer auf, denen die Erreichung des *Menschheitszwecks* Staatszweck war. Politische *Moralisten*. Vers. S. 168. u. 169. — Auch jene Lehre, von des göttlichen

Platons tief denkendem Schüler unserer Zeit erneuert, scheint um so mehr diese letzte Ansicht theilen zu müssen, als sie es überall versucht, den Staat zu der Gestalt einer vollendeten Menschheit zu erheben. Setzen wir indessen die Menschheit für alles Menschliche = der *reinen*, also nicht durch Differenz getrüben, *Einheit*; so wird uns der Staat, auf dem Wege der von hier ausgehenden Entwicklung des Besonderen, er in seiner Geschlossenheit, wird uns erscheinen, *die Menschheit negirend*, auf die Art, wie wir das Universum von dem Sonnensystem, oder dieses von jedem seine Hauptplaneten negirt finden.

Folgende, vielleicht gewagte Idee, kann der Verfasser an dieser Stelle doch nicht ganz unterdrücken:

Der Mensch;

Die Gegatteten und

Familie;

Die Nation;

Die Menschheit.

Hier — so dünkt mir — erkenne ich eine so zu sagen *unabhängig* von dem Menschen bildende Natur!

Der Vollbürtige;

Die Ehe des Vertrags;

die Korporationen;

Der Staat.

Hier — so dünkt mir — erkenne ich den Staat als das Höchste einer Reihe von Ganzen, die, in *selbstge-*

schaffenen Zwecken, die Natur so zu sagen in den Hintergrund drängen, wenn gleich endlich alles doch von ihr kommend, eben so in sie zurückläuft. Zwecksfähigkeit und *Zwecksgemeinschaft* schaffen ideelle Ganze, die, wie ein feines geistiges Gebilde, den *Gereiften* noch eine unsichtbare Welt in der sichtbaren eröffnen; ihnen einen Zusammenhang geben, in welchem sie, Schöpfern gleich, *im eignen Werke* leben.

Am meisten von der Wahrheit entfernt, scheinen die zu seyn, welche aus dem Satze „*dass der Staat eine Idee sey*“ die Folgerung machen wollen, *dass er als solche die Frage nach einem Zweck gar nicht zulasse!* Bei dem unverkennbaren Bedürfniss, die Güte oder Verwerflichkeit von allen *im Staate* und *für ihn* zu nehmenden Massregeln nach einem Zweck zu bemessen, sie hier einzuschränken, dort zu verdoppeln, da gegen den kühnen Widerstand zu rechtfertigen und durchzusetzen, wird in solcher Behauptung nur gewaltsam der Knoten zerhauen, den man lösen sollte. *Das Ideale ist das Zweckgemässe!* selbst die *Schönheit* (auf welche man sich hier meistens zu berufen pflegt) sie gedacht „*als der äussere Ausdruck der organischen Vollkommenheit*“, kündigt eben darin ihren Zweck an. Will man uns diese Behauptung nicht zugeben; so ist doch auch damit noch nichts gegen das *dringende* Bedürfniss des zu erforschenden Staatszwecks gesagt, indem der Staat, verlassen von der Natur als unmittelbarer Bildnerinn, *nur* in seinem (wo nicht deutlich

wenigstens dunkel) erkannten Zweck, Daseyn und Haltung hat.

§. 56.

Fortsetzung.

Da der Staat eine Gesellschaft ist, diese aber überhaupt nur in der Zwecksgemeinschaft lebt; so hat er erstlich einen *generellen* d. h., einen ihm in der Gattung zukommenden Zweck, genannt: *allgemeines Wohl*. Das allgemeine Wohl einer jeden Gesellschaft ist hiernächst verschieden, wie es die Natur der mehreren selbst ist, und führt in der weiteren Forschung, direkt auf die Frage nach dem die Gesellschaft gegen andern charakterisirenden, also nach dem *speziellen* Zweck hin. Ist die Gesellschaft eine Handlungsges.; so heisst das dort gesuchte allgemeine Wohl *Bereicherung*; in der gelehrten G. heisst es *Belehrung*; in der Spielg. *Belustigung* u. s. f. Eben hierin drückt sich sodann der jedesmalige *spezielle* Gesellschaftszweck aus.

§. 57.

Fortsetzung.

Der *spezielle* Zweck der Staatsgesellschaft, auf welchen allein die Aufmerksamkeit der Streitenden gerichtet seyn kann, heisst:

Selbstständigkeit:

bey den Alten, namentlich bey *Aristoteles* „Autarkie“ (*αὐταρκεία*). Hätte die in dem vorigen §en aufgestellte

sich jedoch vorläufig noch als gewagt ankündigende Idee, Wahrheit; so würden alle Gesellschaften als unvollkommene Wiederholungen des Staats anzusehen seyn, in allen würde sich das Ringen nach einer gewissen Selbstständigkeit offenbaren müssen, welches jedoch nur in der Konstituierung des Staats zu seiner Ruhe gelangen könnte.

Uns liegt ob, zuerst die Idee der Selbstständigkeit zu entwickeln, sodann den *Beweis* zu führen, daß ihre Realisation Staatszweck sey.

§. 58.

Die Idee der Selbstständigkeit ist: *die Negation alles fremden nicht assimilirbaren Einflusses, und das Setzen jenes Zustandes des Lebendigen und in sich Geschlossenen, in welchem die volle Entwicklung desselben aus sich, in freier Nothwendigkeit besteht.*

Wie weit im Reiche des Seyns die Tendenz zur Selbstständigkeit verbreitet seyn möge: eigentlich heimisch ist sie nur in *der Region*, in welcher ein *eigner*, von angemessener Thatkraft unterstützter, Wille waltet. Dem gemäß erscheint sie hier, als die *wahre Harmonie* eines solchen selbstgeschaffenen *Könnens* in welchem keine unverklärte Kraft schlummert und dem kein Widerstand zu leisten ist; dann eines *Wollens*, das, der ganzen Kraft seines Substrats zusagend, mit aller weiteren Begier ausgesöhnt, nirgends mehr Leere findet."

Absolute Selbstständigkeit wäre da, wo der Wille That, die That Wille, der Ausdruck selbst das Schöne, das Wahre und das Große, alles von sich und aus sich wäre. Es erhellet, daß die *vollendete* Selbstständigkeit, als das höchste Gut, nur dem Absoluten zukommen, ja solches selbst seyn müsse, und daß da wo man nicht von diesem spricht auch nicht die Rede von jenem seyn könne. — Diese Behauptung gehört keiner besonderen Schule an, ist nur das Alte: „*ens a se*“, welches überall in die Lehre von dem „*enti perfectissimo*“ verwebt ist.

Unter der Voraussetzung, daß ihm eigener Wille, als die ewige Weisheit, inwohne, würde der Blick zum Firmament, sich das bekanntere Sonnensystem zur Kontemplation ersehend, darin einen Ausdruck vollendeter Selbstständigkeit wahrnehmen!

So wie aber das Setzen einer ewigen Weisheit und Allmacht, uns, die wir in der Sphäre des Endlichen befangen sind, nicht abhalten kann, noch Weisheit und Macht zu setzen die *dieser* Sphäre angehört: eben so kann uns jene *unendliche* Selbstständigkeit, die nur Gott zukommt, nicht abhalten noch eine *endliche* zu setzen, die dadurch in die Nähe des Menschen gebracht, das Streben nach ihr aufrege.

Das Können was wir dazu postuliren wird kein unendliches; eben so wenig wird das dazu erforderliche Wollen ein unendliches seyn dürfen. Dennoch muß darin gekönt werden was ein endlicher Wille heischt, und es darf nur gewollt werden was ein endliches Können ver-

mag. Die Aufhebung der Harmonie zwischen beiden, würde unmittelbare Zerstörung des Wesens der Selbstständigkeit seyn. Kraft und Wille sind Vorbedingung, ihnen darf *Abgemessenheit* die ihrer Endlichkeit angemessen sey, ihnen darf die *Uebereinstimmung* unter sich, ihnen darf das *Selbstgeschaffene* nicht fehlen, so weit sich dieses von dem Endlichen überhaupt prädiciren läßt.

Eine durch das Bewußtseyn des Grades ihrer Wirkungsfähigkeit gezügelte, durch das ihrer Tendenz geregelte Kraft, heist *Macht*, verschieden von der Gewalt. Diese, wenn sie von ihrer Thätigkeit *nur sich* Rechenschaft zu geben schuldig ist, heisse uns *die Macht*.

Nur in jener Ausgleichung, wo das Wollen des Menschen als ein *allgemeiner* Wille auftreten kann, sich demnach als ein Wollen - Können bewährt, zeigt es sich, so weit es von ihm abhängt, über inneren und äusseren Widerstand erhaben, und sich sehnend nach dem wünschenswerthen Bunde der Macht. Ein solches Wollen, übergetragen in die Sphäre der Köexistenz, zu welcher der Mensch nie den Beruf verleugnen kann, heist uns *Recht*, und unter der Sanktion des Staates *das Recht*.

Wir haben ein *Können* und ein *Wollen* gefunden, dessen der Mensch sich zu versichern nicht verzweifeln darf. Daß es mit innerer Abgemessenheit die gegenseitige, die in so fern äussere, vereinige, und diese Harmonie wird die Idee der Selbstständigkeit für endliche Wesen

erschöpfen. Was uns abgeht leistet *Kultur*. Dafs sie herzutrete, die Kräfte wecke, die geweckten bemesse und leite, die Begehrlichkeit aufrege, sie dann in dem vernünftigen Willen adele, nachahmend die ewige Weisheit: — und die Aufgabe ist gelöst, so weit sie in der Endlichkeit gegeben seyn kann.

Unverkennbar hat der Vollbürtige (§. 41.) dieses Ziel. Sein fester Schritt, sein kräftiger Arm, seine volle Stimme, sein besonnener Blick und sein Entschluß, der unerschütterliche wenn er einmal gefafst ist, — welche Anzeigen, und doch in dem Einzelnen *nur Bruchstücke*! Die Unvollkommenheit des Geschlechtsunterschieds, hinsichtlich welcher er nicht als Totalität dasteht, wird getilgt durch die *Ehe* für die er reif ist, und als Ehe des Vertrags krönt sie den eignen Willen zum Herrscher des thierischen Triebes. Einer kann nicht alles: Korporationen füllen die Lücke. Aber wer schützt die Verträge? wer schlichtet den immer möglichen Streit? wer trifft die Anstalt dafs die Korporationen sich selbst nicht verschlingen und dafs so viele Millionen Kräfte, die bis jetzt doch immer nur Einzelnes versuchten, den Punkt ihrer *möglichsten Konzentration* erreichend, nicht vergeblich *für einander neben einander* sind. „Selbst die Tausende die sich mir entgegenstemmen könnten, fürchte ich nicht mehr als jeden einzelnen Feind“ — so müfste Jeder Sagen können, hinweisend auf seine Brüder im Bunde, die hier mit ihm Eins sind. Dann wäre er doch selbstständig! — Wie

heißt wohl die einzige Anstalt unter allen die dieses gewähren kann?

Πολις, το των τοιςτων πληθος ικανος προς
αὐταρκειαν ζωης!

Aristot.

Die griechische Bedeutung in welcher Autarkie unserm Deutschen „Genügsamkeit; Zufriedenheit“ entspricht.

§. 59.

Ἡ δ' αὐταρχεια τέλος.

Der Beweis für den *autarkistischen* Staatszweck zerfällt in den *philosophischen* und *historischen*. Jener läßt sich so wohl *negativ* als *positiv* führen; dieser aus der Geschichte der Staaten des *alten* und des *neuen* Zeitgeistes, — Der historische hat allerdings nur auf der Grundlage des philosophischen Werth: ist aber diese gegeben, so vergewissert die Uebereinstimmung des von jeher Gewesenen mit dem was seyn soll, daß sich in der letzteren Hinsicht der Speculation nicht verirrt habe.

§. 60.

Philosophisch- *negativer* Beweis.

Wir kennen die (m. s. §. 56.), heute *dreifach* getheilte Meinung, über den in Frage stehenden Zweck.

Unser negativer Beweis ist also gleich dem „dass weder das *allgemeine Wohl*, noch das *Recht*, noch endlich *vollendete Vernunftthätigkeit* specieller Staatszweck seyn könne.“

§. 61.

So wenig es auch an Achtbaren fehlt, welche das *allgemeine Wohl* setzen = dem Wohl jedes Einzelnen, so klar haben die, besonders von dieser Seite eindringenden, Puristen dargethan, dass diese Ansicht schlechthin eine Täuschung sey. Jene vermischen im besten Fall die ganz verschiedenen Begriffe „*Individuum* und *Mitglied*.“ Mag immer der reine Egoismus die Gesellschaft zu Stande bringen: der Gesellschaftszweck ist doch nicht der Privat-zweck, und es ist *grundfalsch*, dass die Gesellschaft, als ein Ganzes der Totalität (§ 52), gleich sey allen ihren Theilen zusammengenommen. Weniger noch als der zersägte Baum forthin ein Baum ist, hat der Gesellschaftszweck es mit den *individuellen* Verhältnissen der Individuen zu thun, welchen schon in der Benennung „Mitglieder“ noch ein *eigenthümliches* und *freies Nebenleben* zugestanden wird, nicht zu verwechseln mit dem *besonderen* welches das organische Glied an dem Organismus führen mag. — Dass die Ostindische Handlungsgesellschaft Handlungsge-
winn mache, so geht es ihr *wohl*: dass sie dem Bankerott entgegen eile, so geht es ihr *schlecht*, mag es übrigens daheim, in hundert anderen Rücksichten, bei jedem Ein-

zeln aussehen wie es wolle. Man sollte in jedem Fall den Streit von dieser Seite als geschlossen ansehen. Das neuste Beispiel unzweckmäßiger Erneuerung desselben liefert: *Crome* (P. W.) *Ideen über Nationalök.* Leipz. 1807. — Giebt aber der Eudämonist die Vertheidigung eines solchen unstatthaften allgemeinen Wohls auf; so steht er, eben dadurch, unwillkührlich an der Frage nach dem speziellen Staatszweck, empfänglich der Widerlegung:

Das allgemeine Wohl kann nicht spezieller Staatszweck seyn, eben weil es der generelle, d. h. der Zweck aller (von dem Staate durch ihren Zweck zu unterscheidenden) Gesellschaften ist.

§. 62.

Dass das *Recht* nicht der spezielle Staatszweck seyn könne, haben, meines Erachtens, schon die pol. Eudämonisten dargethan, wenn es auch gleich ihnen selbst nicht gelingen konnte, ihre, in jener Allgemeinheit schwankende Ansicht, an die Stelle zu setzen. Was das Recht gleich den ersten sich zu irgend einer Köexistenz Begegnenden ist, nemlich das *Mittel* sich die Vortheile der Köexistenz anzueignen, eben das bleibt es immerdar. Und in der That, es wäre eine unbegreifliche Abweichung von den Gesetzen der *Teleologie*, wenn das was in jeder noch so einfachen und geringfügigen Köexistenz leicht als *bloßes* Mittel erkannt wird, in dem höheren und umfassenderen Ganzen Zweck seyn, wenn also hier die sonst

allgemeine Ordnung der Dinge, geradezu umgekehrt seyn sollte. Ich finde diesen apriorischen Grund nirgends geltend gemacht, aber dennoch von grossem Gewicht. Ausser ihm sprechen folgende:

a) Auch das Recht zerfällt in das allgemeine und besondere. Mag es immer einige Rechte geben deren Anerkennung, alle Köexistenz bedingend, nirgends fehlen darf: die Ausbildung des Rechts, wie es als ein besonderes, namentlich als *Rechtens geworden* erscheint, fodert immer das *Bemessen nach dem Zweck* dieser Art von Köexistenz. Ein solcher Zweck muss also höher und älter seyn als das was nach ihm geregelt werden, was erst dadurch ins Leben gerufen werden soll.

b) Wenn der Purist das Recht, z. B. der Trifberechtigten oder sonstigen Privilegirten, glaubt aufheben zu können, *damit* das Recht bestehe; so dreht er sich in einem unverkennbaren Zirkel. Will er Mafsregeln dieser Art ganz verbannt wissen; so führt er eine zwar imponirende Katonen Sprache, die aber die Möglichkeit jener allein wünschenswerthen Regierung vernichtet, ich meyne derjenigen die dem Zeitgeiste und dem Bedürfnis angemessen sey.

Nichts ist Recht, weil es recht ist!

c) Wenn die Aufrechthaltung des Rechts Staatszweck wäre; so wäre kaum abzusehen, was ein in anderen

(das Recht gleichfalls und vielleicht noch vollkommener schützenden) Staaten untergehender Staat verlohren habe. Eigentlich würden alle Diskussionen wegen Uebermacht, alle politischen Rücksichten auf sie wegfallen, sobald jener gefährlich präponderirende Staat nur über Justiz hielte.

d) Alle Anforderungen an den Staat, daß seine Werke den Stempel der Grösse tragen sollen, bleiben in dem bloßen Rechtszweck unbefriedigt, man sieht kaum ab wie er da zu die erforderlichen Beiträge erhalten könne, ohne sie etwa bittweise einzuholen, oder unrecht zu thun. Auf diesem kleinlichen Tummelplatz haben nur spizfindige Advokaten, im Schutze eines solchen Zwecks, freie Hände, aber die Hände des weisen Gesetzgebers und des Regenten liegen in Fesseln, es sey denn, daß diese so oft als Ungerechte erscheinen wollten. — Besonders auffallend ist es, daß der Rechtszweck seine meisten und größten Vertheidiger unter solchen Gelehrten fand die das Recht sogar als etwas blos Negatives aufstellten.

Der Kürze wegen wird für das Weitere verwiesen auf Vers. Seit 169 u. f.

§. 63.

Die Vertheidiger des *Menschheitszwecks* als Staatszweck sind vielleicht deswegen besonders schwer zu widerlegen, weil auf ihrer Seite die große Wahrheit steht, daß

der zu billigenden Zwecke keiner (demnach am wenigsten der welchen sich die höchste von Menschen zu realisirende Anstalt aufsteckt) dem Menschheitszwecke widersprechen darf, und weil sie, das Höhere ergreifend, eine so zu sagen bezaubernde Poesie des Staats zu liefern vermögen. Folgende Gegen Gründe muß der mündliche Vortrag gegen Mißverständniß sichern:

a) So gewiß als *Menschheit* in Jedem dem der Name „*Mensch*“ gebührt, schlechthin ganz enthalten seyn muß, eben so gewiß muß die Erreichung des Menschheits Zwecks den *Individuen selbst* heimfallen, und diejenigen von ihnen die einstens vor oder die überhaupt *ausser* der Möglichkeit eines Staates lebten, müßten dennoch *diesen* Zweck erreichen können. *Es kann nicht die unmittelbare Aufgabe des Staats seyn, etwas von ihm Unabhängiges zu realisiren.*

b) Die Aufnahme eines jeden vernünftigen Zwecks, besonders eines solchen der zu ewigen Zeiten hin und von Millionen verfolgt werden soll, ist unzertrennlich mit der Reflexion über die Mittel zu seiner Erreichbarkeit verbunden. Fehlten diese; so könnte ein solcher Zweck schlechthin nicht anhaltend verfolgt werden: er könnte sich höchstens als *Wunsch* behaupten. Nun aber ist vollendete Vernunftthätigkeit (m. s. *Bensen Staatslehre* 1798. §. 30 vergl. 39) ein Zweck welcher ganz in der, jedem dritten unerforschlichen, Innerheit jedes Einzelnen

liegt. Hier kann Bürgschaft nicht aushelfen, die doch immer unentschieden läßt: ob nicht das gegebene Pfand einziges Motiv war. *An diesem Zweck scheitert also der ganze Machtcharakter des Staats.*

c) Da der Staat nur durch seinen Zweck Individualität und Totalität hat, mit anderen Worten — nur dadurch ein Ganzes ist; so *vernichtet ihn die Unterlegung des Menschheitszwecks in seiner Geschlossenheit.* Hierdurch geht ein Ganzes zu Grunde, das, schon auf solcher Höhe und bei so vieler Ruhe in sich, der Thatkraft ein Ziel steckt, dessen abermalige Hinwegnahme unendlich viele Kräfte gänzlich unaufgeregt lassen müßte. — Schon der Umstand daß der Satz „alle Bürger sind Menschen“ sich nicht umkehren läßt, kündigt in dem Staate ein *eignes Ganzes* an, dem also — wenn wir es anders für ein Ganzes im Zweck gelten lassen — auch ein *eigener Zweck* zukommen muß.

d) In der Erforschung des adäquaten *Begriffs* droht uns bekanntlich die zwiefache Gefahr denselben bald zu *eng*, bald zu *weit* zu greifen (§. 6.). In der Erforschung jenes *Zwecks* welchem die diesmalige Rolle des Endzwecks gebühre, droht eine ähnliche Gefahr welche zu dem zwiefachen Mißgriff veranlaßt, dafür bald den zu *nahen* bald den zu *fernen* zu nehmen. Der diesmalige Endzweck durchdringt die ganze Sphäre des unter ihn gestellten Ganzen in Lebendigkeit, bildet gleichsam den

Lichtquell der in der Mitte dieser Sphäre seinen Heerd aufschlägt; er ist in dem Zwecksganzen die Seele und bewährt seine Würde eben dadurch, daß sich alle in dieser Sphäre zu nehmenden Maßregeln in ihm, gleich ungewungen und vollständig, nachweisen lassen. Dies gewährt, — wie wohl aus ganz entgegengesetzten Ursachen — weder der zu nahe noch der zu ferne, und eben darum kann keiner von beiden der seyn den wir suchen. Wenn nun der Rechtszweck *kalt* läßt, z. B. für die an die größte der menschlichen Anstalten doch unerlässliche Anforderung, daß in dem Staate das Grosse realisirt werde; so erkennt man ihn als den zu nahen. Man muß hier — wenn ich mich so ausdrücken darf — an den Zwecken *steigern*, um *jenen* zu finden welcher in dem Staate seinen Fokus hat; man muß diesen angeblichen Endzweck in die subalterne Reihe der Mittel herabdrücken. Der Menschheitszweck kann in allem Menschlichen nie diesen, wohl aber könnte er den entgegengesetzten Fehler der zu grossen Ferne haben. Der Beweis daß er ihn hätte wäre geführt, wenn man irgend eine von dem Staate zu nehmende Maßregel anführen könnte, die in dem Menschheitszweck keine andere Rechtfertigung zu finden vermöchte, als dadurch, daß man ihre Nothwendigkeit ihm Staate nachweise, dann weiter schließend, daß sie dem Menschheitszweck nicht entgegen seyn könne, weil sie der im zusagende Staat fodere. Hiermit wäre so fort bewiesen, daß man auf der Skala der Zwecke *herabsteigen* müsse, um den zu

finden, der — wie ich mich oben ausdrückte — im Staate seinen Fokus habe. Jetzt von vielen Fällen folgenden, hofentlich zur vollgültigen Instanz:

Kaum ist für den Staat irgend etwas wichtiger als ein richtiges quantitatives Verhältniß der, durch die Gleichheit ihrer Arbeiten konstituirten, Stände. Die Möglichkeit des Falls, in welchem eine eintretende Disproportion gesetzlich berathen werden müßte, kann schlechthin keinem Zweifel unterliegen, weil oft nur aus dem Gesichtspunkte des Ganzen über die richtige Proportion geurtheilt werden kann. Gesetzt jene Disproportion gehe auf Kosten des unproduktiven Standes, der bekanntlich für den Staat der unentbehrlichste, für die Kultur in gewissen Sinne der *ungünstigste* ist: wird hier den Staatsmann der Rechtszweck wird ihn der Menschheitszweck leiten können? Dennoch soll er einen Damm setzen und wenn er es soll, so muß er es auch dürfen, d. h., der Zweck der ihm als Maafsstab verliehen ist, muß ihn hier nicht verlassen.

In wie fern man sagen könne „der Staat sey nur Uebergangsstufe zur vollendeten Menschheit, und diese werfe den Staat, wie jedes andere Aussenwerk, ab“?

§. 64.

Philosophisch - positiver Beweis (§. 59).

a) Selbstständigkeit ist *ein Gut an sich*, würdig, daß sie der Mensch zum Zweck der größten seinen Anstalten

make, und ganz geeignet im Nothfall jedes Opfer in Anspruch zu nehmen. Ihnen die sich einmal zu ihr erheben konnten, frommt forthin kein Genuß, der nicht unter ihrer Bedingungen gegeben sey: selbst die Dornenbahn der *Versagung*, wenn sie nur zu diesem Ziele führt, ist ihnen nicht freudenleer.

b) Gerade in jenen die einzig den Staat bilden können, sind die Elemente ihrer, und zwar sind sie hier auf eine Art gegeben in welcher die, alles was an ihr liegt dafür thuende Natur, doch nicht vermögend ist, die dabey unerlaßliche *Selbstthätigkeit des Vollbürtigen* aus dem Vordergrunde zu verdrängen. (§. 56 S. 58). Will man zwischen Körper und Geist trennen; so haben zwar beide an der Aufstellung jener Elemente den entschiedensten Antheil, dennoch schwebt, nach Gebühr, das Geistige in der herrschenden Höhe, und das Getrennte stellt sich hier wieder als jenes Ganze her, dem der Begriff der Köexistenz entspricht (§. 28.). Denn nicht Körperkraft, nicht Seelengröße *allein*, geben dem Bürger Selbstständigkeit!

c) So unverkennbar wie in dem Vollbürtigen die *Elemente* der Selbstständigkeit hervortreten (§. 58. S. 63), eben so zeigt sich die Lage jedes Einzelnen (oder auch die der Wenigen) schlechthin nicht geeignet ihr als seiner Aufgabe allein Genüge zu leisten. Ja selbst jeder

kleine und prekäre Bund Einiger, wird, gerade in dem was er für die Annäherung zu ihr gewährt, der eigne Verräther seiner Unzulänglichkeit, so lange, bis die grosse und befriedigende Anstalt gelungen ist, die wir Staat nennen. So postulirt die Idee der Selbstständigkeit den Staat; er ist das Werk ihrer Offenbarung in der Zeit unter den freigebornen und gereiften Kindern der Natur. Sage man immerhin der Staat sey *sich selbst* Zweck: das Wahre dieser Behauptung besteht völlig mit unserer Ansicht, ohne jedoch die *Unterthanen* den Einfällen der Regierenden preis zu geben, und ohne die *Regierenden*, bei der gefährlichen Last des Ruders, der Vortheile des Kompasses zu berauben. — Dem möchte zwar Selbstständigkeit und Abhängigkeit im Staate sich zu widersprechen scheinen; aber die Aufhebung dieser Antinomie ist eben das Problem welches der Staat zu lösen hat und zu lösen vermag.

„Trouver une forme d'association, par la quelle
„chacun s' unissant a tous n'obéisse pourtant qu'a lui —
„même, et reste aussi libre qu' auparavant:” *Rousseau*.
Ideo servi sumus, ut magis liberi esse possimus! Cic.

Das Bestehen des *Egoismus* mit dem *Patriotismus*, drückt jener glücklich aufgehobenen Antinomie den Stempel auf.

d) Der Staat soll *Macht* haben, ja er soll *die* Macht seyn (§. 58.): dennoch soll er nicht *alle* Kräfte in seinem aktiv Dienste haben; sondern er soll auch noch welche für den freien Spielraume der nicht bürgerlichen Verhältnisse übrig lassen. (§. 42. vergl. §. 50.). Der Staat soll *Rechte* schützen und schaffen, ja *das* Recht soll sein Werk seyn (§. 58.): aber eben damit ist gesagt, daß er sich nicht in alles zu mischen habe, was etwa in den *allgemeinen* Begriffe des Rechts gehörte (§. 42.), und eben so muß er, unter Umständen, ein bisheriges *jus strictum* als solches aufheben können (§. 62. lit. a.).

Der Staat muß, um sein selbstwillen, *Kultur* wollen, und noch hat sich keine der verschiedenen Ansichten des Staatszwecks von dieser Forderung losgesagt: dessen ohnerachtet kann auch die Kultur eine Richtung nehmen, die in jedem Einzelnen völlig untadelhaft, vielleicht gar lobenswürdig, dennoch den Staat zu Zwangsmafsregeln für den Gewinn einer anders modifizirten Richtung nöthigte (§. 63. lit. d.).

In dem autarkistischen Staatszweck findet sich der Mafsstaab für die Abgemessenheit jener beiden Faktoren der Selbstständigkeit und ihrer Kopula! In diesem Zweck sind sie genau bezeichnet die Grenzen:

- 1) Wo die *Macht*, noch nicht genug der vorhandenen Kräfte in ihrem Dienste habend, an Un-

macht krankt, und wo sie in sich selbst zerstörender *Uebermacht* ausartet.

2) Wo das *Recht*, geeignet und gereift Rechtens zu werden, den Schutz des Gesetzes erheischt, und wo dagegen das Rechtens Gewordene, als ein unzeitiges oder übertriebenes Recht, in gehöriger Abrogation dieses Schutzes beraubt werden muß.

3) Wo endlich die *Kultur* noch mit *Rohheit* zu kämpfen hat, und wo dagegen das Staatsganze durch das Eintreten des Charakters der *Ueberfeinerung* bedroht wird.

e) Unter *diesem* Staatszweck treten die verschiedenen *Staatsgewalten* in einer sich auf den ersten Blick durch Natürlichkeit empfehlenden Ordnung hervor. Hier sind die Sphären der Macht (*potest. execut.*) und des Rechts (*potest. judic.*) sich koordinirt, und sie sind subordinirt jener Sphäre, wo der Staat, in der Selbstbeschauung seines nothwendigen Zwecks lebend, alles nach diesem bemißt (*potest. rector. siv. legislativ.*), so nach *innen* wie nach *aussen*.

f) Alles was *in* dem Staate und *für ihn* Grosses geschieht, findet seine Bedeutung unter dem autarkistischen Staatszweck. Denn wo Selbstständigkeit ist, da muß sich auch der Stempel der Majestät in ihr angemessenen Symbolen ausprägen!

g) Man kann hinzusetzen:

Da hier ein allgemeines Wohl fixirt (*Eudämonisten*); das Recht als Hauptfaktor postulirt (*Puristen*); endlich ein Zustand gesetzt wird, worin möglichst alle Hindernisse gehoben sind, welche die Aussenwelt der Offenbarung einer vollendeten Vernunftthätigkeit (*pol. Moralisten*) entgegenstellen könnte: so söhnt sich in dieser Ansicht der Streit aller bisherigen Hauptpartheien aus, dergestalt, daß jede das Verdienst hat, das in ihr liegende Wahre gegen die Ueberwältigung der Nebenbuhlerin aufrecht erhalten zu haben.

*) Ueber den etwaigen Einwand: „Selbstständigkeit sey nur Bedingung und Mittel“ s. m. am Schlusse dieser Materie.

§. 65.

Historischer Beweis (§. 58).

Nennen wir Sparta unter Lykurg, Rom unter Numa Pompilius, Germanien wie es Tacitus auffasste das *alte* Sparta u. s. f.; so sollten wir nie vergessen, daß die in *diesem* Sinne alten Staaten und der in ihnen herrschende *Zeitgeist*, nothwendig in *umgekehrtem* Verhältniß stehen. Der *Zeitgeist* der jedesmaligen *alten* Welt des gegebenen Staats, wird sich also als *jugendlich*; der der jedesmaligen *neuen* Welt desselben als *gereift*, als *alternd* oder *alt* ankündigen. Der Charakter welcher in dem Leben der Staaten, wie in dem der Individuen, die besagten beiden Hauptperioden scheidet, ist der der *unausgebildeten* und der *ausgebildeten Individualität*. (Vers. S. 448)

u. f.). Der historische Beweis den unsere Staatengeschichte liefern könnte, würde die höchste von ihm zu erwartende Gewissheit geben, wenn er sich unter allen Wechseln des Zeitgeistes treu bliebe. Theilt man die sogenannte Universalgeschichte in die alte und neue, so wird jede dieser Perioden den vollendeten Wechsel des Zeitgeistes mehrfach darstellen, so gewiss als in jede derselben das vollendete Leben mehrerer Staaten fällt.

Belege für die Richtigkeit der angegebenen Charaktere des Zeitgeistes (Vers. 465).

Ursachen der sich ausbildenden Individualität (Vers. 490).

Das Ziel der alten und neuen Politik *dasselbe*, wenn gleich von gerade entgegengesetzten Wegen her verfolgt.

Wichtigkeit des Festhaltens dieser Vorerinnerung über den Zeitgeist und zwar:

a) Theils um die *Einheit* des historischen Staatszwecks unter der Verschiedenheit jenes Geistes nicht zu verkennen;

b) Theils um sich einen richtigen Blick in das, unten (s. allg. Theil) näher zu erörternde, bisherige Schicksal der Einwohnerordnung vorzubereiten;

c) Theils um sich deutlich zu überzeugen, daß eine *heterogene Funktion*, die in den Staaten des alten Zeitgeistes noch immer hingehen mochte, dem ganzen Wesen

der Staaten des neuen Zeitgeistes zu wider ist. (Vergl. unten §. 67.).

§. 66.

Fortsetzung.

Während die Fakta selbst, der Kürze wegen, dem mündlichen Vortrage zu beliebiger Auswahl vorbehalten bleiben, möge das Kompendium einige Sätze aufstellen, deren historische Bestättigung unserem Staatszweck zusagte. Dergleichen sind:

- 1) Von jeher spielen die *Männer* die erste Rolle in den Staaten. Sollte das Weib weniger rechtsfähig seyn? Sollte der Menschheitszweck diese Rangordnung haben einführen können? Wie dagegen der potensive Charakter des Mannes, unter der Voraussetzung des *autarkistischen* Staatszwecks, dazu gelangen *musste*, bedarf kaum einer Erläuterung.
- 2) Von jeher galten *Muth*, *Ehrliebe* und *Abhärtung*, letztere hin nach den zwei Seiten des drohenden Elends und des lockenden Ueberflusses, sie galten für die ersten *Bürgertugenden*: ihnen pflegte man auf diesem Schauplatze unendlich vieles zu gute zu halten, was man in dem Privatleben höchlich mißbilligte. Nun aber sind es unleugbar vor allen *sie*, welche jenes Gut mit lauter Stimme fodern, in ihm ihren Lohn finden, ihm den mächtigen Arm der Helden daheim und im Felde leihen.

- 3) Von je her, d. h., mit kaum nennenswerthen Ausnahmen, drangen die aufgeklärtesten Staatsmänner, in denen Staaten die sich zu ihrem Reflexionspunkte (§. 47) erhoben, vor allen auf das Emporheben jener Stände deren Arbeiten dem Staate wenn auch nicht immer den größten Gewinn, wenn auch nicht der grösseren Zahl einen höheren Lebensgenuss, wohl aber ihm *Unabhängigkeit* gewährten, also das wodurch in der Sprache die negative Seite (§. 58) der Selbstständigkeit bezeichnet ist.
- 4) Dafs der Staat bedroht war in irgend einem anderen, sonst vielleicht geschätzten, unterzugehen: und man sah Helden aus den sonst Feigen, verschwenderisch Freigebige aus den sonst Geitzigen entstehen etc. Jetzt pflegte die Zwietracht zu verstummen, meistens sogar die welche in dem Fanatismus ihren Stützpunkt hatte. Privilegien aller Art wurden leicht in diesem Falle zum Opfer gebracht. Die Verjagten, von dem Orte wo es der letzten durch ihre Gegenwart gehinderten Vertheidigung galt, klagten laut über ihr Elend — aber nur nicht über ihnen gethanes Unrecht. Jener König will lieber das letzte im Unglück erfahren, als einen Frieden unterzeichnen, der seinen Staat von der Höhe eines *selbstständigen* herabschleudere. Man will den gewaltsam getheilten polnischen Staat wieder herstellen. Will man

man dem Polen eine im Ganzen bessere Justiz als die preussische, einem milderen Scepter als den österreichischen, einen mächtigeren Staat als den russischen in die Perspektive stellen? — Alle Proklamationen sprechen von *Selbstständigkeit*, und die Praktik eilt auch hier, in richtigem Gefühle, der Theorie voraus. — Neulicher Kampf der Reichsstädte um ihre — Selbstständigkeit! — Selbstständigkeit, das Princip nach welchem alle Kolonien sich, früh oder spat, von dem Mutterstaate loszureissen tendieren. —

- 5) Von jeher fand unter Staaten die sich, in nur einigermaßen gegenseitig anreichenden Kräften, berührten, jene *Eifersucht* statt, die dem Kenner der Geschichte in so vielen Proben vorliegt. Nicht aus herrscherischer Eroberungssucht, und noch viel weniger aus jenen kleinlichen Leidenschaften, die ihren Sklaven in dem Glück des Dritten sein Unglück finden lassen, erklärt sich dieses Phänomen vollständig; aber es erklärt sich vollständig und, trotz seiner so oft traurigen Wirkungen, nicht selten wahrhaft *milde*, unter der Voraussetzung des autarkistischen Staatszwecks. — Bedeutung der Ansprüche auf eigne Vergrößerung, wenn die Staaten des Konflikts sich vergrößern.

§. 67.

Die Selbstständigkeit des Staats ist eine *absolute*, wenn er, im Kampfe mit allen die ein Interesse gegen ihn nehmen könnten allein stehend, dennoch nicht ihre unfehlbare Beute zu seyn fürchten dürfte; sie ist eine *relative* insofern sie aus einem Staatensystem abgeleitet wird. Die letztere nähert sich der ersteren in dem Grade, in welchem der Austritt, oder doch der Uebertritt des Bundesstaates zu einem anderen, für *diesen* die Wagschaale senken würde. Die Ausführung liegt hier ausser unserem Zweck.

Die Selbstständigkeit der Staaten hat eine *zwiefache* Grenze, die nach *innen* und die nach *aussen*. Diese ist verletzt, so bald der Staat, nicht zufrieden sich dem fremden Angriffe mit voller Wahrscheinlichkeit des Erfolgs entgegenstellen zu können, den Ehrgeiz faßt, den Gebieter in den inneren Angelegenheiten anderer, wohl gar solcher Staaten zu machen, welchen die wesentlichsten Vorbedingungen des Gedeihens zur politischen Einheit fehlen. (Z. B. zu entfernte Lage der Gebiete, ganz heterogenes Genie der Nationen etc.). Jene — die uns hier allein unmittelbar interessirt — ist verletzt, so bald der Staat in der Regel solche Kontingente fodert, daß die Bürger nicht mehr die Kraft und den Spielraum behalten, um sich in den Sphären der Individualität und anderer gesellschaftlichen Verbindungen, welche dem Menschen zu seiner vollen Entwicklung Bedürfnisse sind, um sich

darin der durch den Staat errungenen Selbstständigkeit *pro rata* zu erfreuen, solche in seinen Privatzwecken zu verarbeiten (§. 58 S. 63). Der Staat der diese letztere Grenze überschreitet, spielt die, meistens nur kurze Zeit täuschende, Rolle des Verschwenders der von seinem Kapitale zehrt. Denn wie wir oben, sehend auf ihre *Bestandtheile*, Selbstständigkeit für das Produkt der *Macht* und des *Rechts* erkannten (§. 58), so müssen wir solche, sehend auf die sie schaffende *Kraft*, erkennen „als das Produkt der von dem Staate immerwährend zu reproduzierenden Selbstständigkeit der Individuen.“ Diese haben als Mitglieder ihre Kontingente zu stellen, müssen aber eben dazu von dem Staate erstärkt werden, und können, begreiflicherweise, deren forthin entweder keine, oder doch nur sehr verschwächte stellen, wenn ihnen die Gelegenheit benommen ist, sich den Vorrath zu sammeln der allein solche Einlage zu machen vermag. Genau so wie das *Staatsvermögen* in seinem Verhältniß zu dem *Nationalvermögen* — (Vermögen im engeren Sinn genommen, und letzteres gedacht als der Inbegriff des Eigenthums der nicht politischen Korporationen und der Individuen) — wie also jenes im Verhältniß zu diesem nicht bloß zu klein, sondern auch *zu groß* seyn kann: eben so hat auch die Selbstständigkeit des Staats ihr *Maximum*. Jenseits dieses Maximums ist sie nicht bloß werthlos, sondern sie führt auch den Staat, der über dem Bürger den Menschen erdrückt, oft mitten unter blendenden Großthaten, zu gewaltsamen Umsturz. Das Hauptkriterium

dafs dieses Maximum von ihm überschritten sey, ist, wenn sich nachweisen läßt, dafs der Staat als solcher den Regulator innerhalb solcher Thätigkeitssphären machen will, wofür sich ein besseres, unabhängig von ihm wirkendes Princip vorfindet. Der Staat im Staate ist ein Ungeheuer, selbst wenn dieses den Schaafpelz der Kirche anzöge: der Staat der seine höchste Politik in das *Vielregieren* setzt, weiß weder was er soll, noch was er kann. *Il faut regner peu!* Canard oeconomie politique. chap. VIII. Soden Nat. Oek. Thl. II. Seite 253 die schöne Stelle aus Forster.

Das neue System der Polizey wird, als *Einwohnerordnungslehre*, dem Staat *als solchem* vieles von einer Last abnehmen, deren unnatürliche Bürde seine Selbstständigkeit auf die Art verschwächte, wie sie verschwächt seyn würde, wenn er z. B. (etwa nach Lykurgischen und Platonischen Ansichten) die in der Elternliebe weit besser berathene Erziehung der Jugend auf sich nehmen wollte. Die Hauptgegner dieses Systems dürften sich unter den *Plusmachern* der Staatsgewalt finden, denen es kaum je einfällt, dafs sie mit den Bildnern der Staaten im Staate, nur von entgegengesetzten Richtungen her, doch zu *Einem* Ziele führen.

§. 68.

Anhang. (Vergl. §. 64 Anmerk.).

Unter den Ursachen aus welchen Selbstständigkeit solange in ihrer Würde des Zwecks der Staaten von der

Theorie verkannt wurde, zeichnen sich, nach der Einsicht des Verfassers, folgende zwei aus:

1. Der mehrgedachte Philosoph, dem die Ehre gebührt diesen Zweck namhaft gemacht zu machen, unterliefs es, den Begriff der zu realisirenden Idee in bestimmten Merkmalen anzugeben. Die Folgezeit hieng so fort eigentlich nur an ihrer *negativen* Seite, in unserer Sprache *Unabhängigkeit* genannt. Gleitet aber einmal die Aufmerksamkeit über den feineren Unterschied dieser nur anscheinenden Synonymen hinweg, so ist man eben dadurch in der Täuschung befangen, die es stets mit der bloßen *Bedingung* eines Guts zu thun zu haben wähnt, da, wo man das *Gut selbst* vor sich hat, in welchem jene Bedingung desselben Bedeutung und Werth findet. Weit entfernt, daß die auf solche Art nur von Einer und zwar von ihrer schwächeren Seite erfasste, die nichts reelles gewährende Selbstständigkeit, Genüge leisten könne, regt sie die Forschung nach ihrem, innerhalb des Staats zu realisirenden Zweck, nur noch lebhafter auf.

2) Bei unseren Privatzwecken sind wir uns des in der Erreichung derselben befriedigten Bedürfnisses, der damit erlangten Vorthelle bewußt, dergestalt, daß wir Jedem, auf die Frage „wozu wir dieses oder jenes erzwecken?“ Rede stehen könnten. Kurz unsere

Privatzwecke sind, uns den Zwecksverfolgern, *Genüsse!* — Die Frage „wozu dem Staat *als solchem* Selbstständigkeit nütze?“ erlaubt keine solche Antwort, vielmehr wird Jeder sagen müssen, daß derselbe, als solcher, sie nicht weiter verbrauchen könne, und daß dagegen der ganze Genuß ihrer in eben so viele Privatkanäle ströme als der Staat Mitglieder hat. Man ist mit allen Gesellschaftszwecken in gleichem Fall. Diese alle, obgleich nie in ihrer Reinheit Privatzwecke, obgleich von solchen Mitgliedern denen sich der Geist des Ganzen (*esprit du corps*) mittheilte, auf eine Art verfolgt, die den Egoismus, hier hedeutend dort anscheinend ganz zurückdrängt, sie alle können doch nur in Privatzwecken völlig aufgehen. Das Gesagte folgt nothwendig aus der *Idealität* einer jeden Gesellschaft (§. 52. vergl. §. 56 Seite 58) und muß sich besonders klar bei derjenigen bewähren, die bestimmt ist alle anderen Gesellschaften zu umfassen (*περιεχειν*. Arist.), alle Gereiften der Generation in sich aufzunehmen. — Wenn demnach Manche sich sollten abhalten lassen, Selbstständigkeit für den wahren und einzigen Staatszweck zu halten, weil sie in ihr nur das *Mittel* und die *Bedingung* zum Vollgenuß des Lebens sehen; so vergessen sie, daß der Staat selbst, auf jenem Standpunkte wo der Mensch nur sich und der Menschheit angehört, nie etwas anderes als eine Maschine (*Jacob N. Ock. §. 582*) seyn kann, die, unfähig

des eigenen Genusses, solchen bloß zu gewähren hat. Diese Gegner raisonirten also aus einem ganz anderen Gesichtspunkte als aus dem politischen. — Man könnte ihnen antworten, daß sie den Zweck der *Schöpfer* der Maschine (nur diesen suchten wir), mit jenen anderen Zwecken verwechselten, welche mittelst ihrer von denen gesucht werden die sich derselben bedienen. Dem Verfasser dieses scheint es, daß ein etwas tieferes Nachdenken solche Gegner belehren müsse, daß ihr vermeintlicher Vorwurf gerade die Seite des wahren Staatszwecks in besseres Licht setzt, von welcher allein es begreiflich wird, wie Nationen, die sich einmal zu der Idee des Staats erhoben, solche unter jedem Wechsel des Egoismus und der Schicksale zu verfolgen niemals aufhören konnten. Das Trachten nach individueller Selbstständigkeit liegt ja dergestalt in dem ganzen Wesen des Gereiften, daß wir den für keinen solchen gelten lassen können, dem diese Tendenz fremd wäre. Das Erreichen dieses Zieles aber ist jedem schlechthin unmöglich, wenn und in wiefern der Staat nicht das grosse Depot ihrer bildet. Daß der Staat *diese* Formation zu seinem Zweck mache, nur *diesen* realisiere: und es werden dem nicht politischen Drängen und Treiben der Menschen (welchem noch so unendlich vieles was der Staatsmann nie ergreifen kann, hier im Wege steht dort helfend zueilt) Erfolge gelingen, die ihn als Mensch enthusiastiren, während

er nie sagen darf, daß sie sein des *Staatsmannes* oder auch nur des *Bürgers* Zwecke wären.

§. 69.

Strafe und Züchtigung? (§. 10 u. 11).

„Durch ein Gesetz erklären daß dieser oder jener „Akt verboten sey, heißt diesen Akt zu einem Verbre- „chen (*delit*) machen. — Die Begriffe: *Gesetz*, *Ver- „brechen*, *Recht*, *Pflicht*, *Leistung* (*service*) sind Be- „griffe die sämtlich mit einander entstehen, mit einander „leben, die unzertrennlich sind und bleiben. — Man „kann sie, ohne den Sinn der Rede zu ändern, für ein- „ander gebrauchen. Z. B. Verbiethet mir das Gesetz dich „zu tödten? Macht es deine Tödtung mir zum Verbre- „chen etc.?”

So *Bentham* in seinem Werk über Civil und Crimi- nalgesetzgebung Tom. I. Seite 153 u. 54 der französische. Uebersetzung von *Dumont*. Paris 1802.

Der Engländer mit dessen Ansicht, so weit sie hier vorliegt, die des Verfassers manche Berührungspunkte gemein hat, hätte auch den wichtigen Begriff der *Strafe* in diese Verwandtschaft des Gesetzes bringen sollen. Denn, denen Fragen „verbiethet mir das Gesetz dich zu tödten? gebietet mir ein solches deines Lebens zu scho- nen?

nen eine von mir wahrgenommene Tödtung anzuzeigen?
„solchen Fragen völlig gleich ist die: *bin ich einer Stra-*
fe ausgesetzt, wenn etc.?

Unser Thema ist:

Kein Gesetz ohne ihm — für den Fall seiner Ver-
letzung — inwohnende Strafe; keine Strafe ohne ein
Gesetz; jedes dem Bürger, als solchem, zufügbare Uebel,
nur Strafe nicht Züchtigung; folglich alle Züchtigung
ausgehend von einer anderen als der unmittelbar bür-
gerlichen Behörde!

Die genaue Bestimmung des Begriffs und des Wesens
des Gesetzes ist, in dieser so vielseitig wichtigen Unter-
suchung, fundamentell.

§. 70.

Alles hat sein Gesetz!

Dieser Ausspruch huldigt der weitesten Bedeutung
des Wortes. M. s. *Montesquieu, de l'Esprit des loix* Tom.
I. p. 1. u. f. — Das in dieser Bedeutung allumfassende
Gebiet des Gesetzes, wird sodann gewöhnlich in drei
große Hauptparthien getheilt, genannt: *Natur-Instinkts-*
Vernunftgesetze. — Der Mikrokosmos, Mensch, gehört
einer jeden derselben an! Dieses Axiom bedarf doch des
Zusatzes: „von verschiedenen Seiten aufgefaßt; ferner, nach

den verschiedenen Perioden seines Lebens und den verschiedenen Graden seiner Ausbildung, gehört er bald mehr der einen, bald mehr der andern, jedoch gehört er in keiner, wo man ihn anders mit vollem Rechte Mensch nennt, Einer derselben ausschliessend an.“

Nach einem anderen, dem Menschen sehr nahe liegenden Theilungsgrunde, theilt man die Gesetze füglich ein, in solche die *unabhängig von ihm bestehen* (Naturgesetze im weiten Sinne) und in solche die *von ihm ausgehen*. Nennt man diese, welche sämmtlich Vernunftgesetze sind, oder doch seyn sollen, *Menschengesetze*, so darf man sagen:

Was unter den Gesellschaften der *Staat*; in der Sphäre der Macht *die Macht*; in der Sphäre des Rechts *das Recht* ist: eben das sind unter den Menschengesetzen die *bürgerlichen*. Der Inbegriff ihrer, wie er in einem gegebenen Staate vorhanden ist, wird auch wirklich von der emphatischen Sprache genannt — *das Gesetz*.

In diesem *engsten* Sinne des Gesetzes giebt es vieles was *kein Gesetz hat, noch haben kann*.

§. 71.

Alles Gesetzliche hat *Nothwendigkeit* und *Allgemeinheit*.

Der Naturforscher sagt, er habe von dieser Erscheinung das Gesetz gefunden. Unstreitig will er damit sagen, dafs es ihm gelungen sey, hindringen zu jenem Heiligthume, aus welchem eine solche Erscheinung in dem Verhältnifs der Wirkung zur Ursache *immer* und *als nicht anders seyn könnend* hervorgehe, dergestalt, dafs man bei dem Erkennen dieses Gesetzes, unter den gegebenen Bedingungen seiner Anwendbarkeit, an dem Wirklichwerden derselben nicht mehr zweifeln dürfe. — Das Thier folgt seinem Instinkte. Der ruhige Beobachter gesteht zu, dafs es ihm habe folgen *müssen*, und dafs es ihm, sich selbst überlassen, in *jedem gleichen Fall* (relativ allgemein) folgen werde. — Der Mensch, welcher von einem für ihn bestehenden Gesetze spricht — gleichviel ob er es für ein sich selbst entworfenen oder aufgenommenen ausgiebt — sagt gleichfalls es sey ihm *nothwendig* in diesem, und in *jedem gleichen Fall* (relativ allgemein), gerade so und nicht anders zu handeln. — Dem zu Folge definirt der Verfasser den Begriff des Gesetzes (in jener allgemeinen Bedeutung, wo man sagen kann dafs *alles* sein Gesetz habe):

Ausdruck der Nothwendigkeit und Allgemeinheit des Verhältnisses zwischen dem Wirkenden und Gewirkten. — Ein solches Verhältnifs heisst im vollen Sinne des Wortes ein festes: seine unzweideutige Offenbarung ist, die stete Gleichheit des Produkts. Ein

einzigster Fall, welcher gegen diese Gleichheit volle Instanz macht, drückt das Gesetz herab in die Klasse der bloß vermeintlichen, er *bricht* den bisher bestandenen Charakter der festen Nothwendigkeit.

Not. Standpunkt der Einen Nothwendigkeit; Standpunkt der dreifachen, entsprechend den drei Hauptparthien des Gesetzlichen. Hinsichtlich jener sagt man mit gleichem Rechte: alles was ist, ist nothwendig! Auf dem Standpunkte der Entfaltung der Einen, liegt das Reich der Natur, als Inbegriff der leblos gedachten Kräfte; des thierischen Lebens, abgesondert von dem Geistigen; des Vernünftigen — jedes derselben liegt wie eine je eigne Welt vor dem kontemplativen Auge. Rohe Kraft, Trieb, der, Lust verfolgend und Schmerz fliehend, nicht sieht was er im höheren Dienste der ewigen Weisheit muß, und daher (wenn gleich isolirt auf immer richtigem Wege) der blinde heißt; endlich Wille — sie sind die Hüllen dieser dreifachen Nothwendigkeit, die Zwingherren ihrer Welten, und die wenigstens Vielvermögenden in der jedesmaligen untergeordneten. Die Reihe in welcher sie hier aufgeführt werden, ist zugleich die Bezeichnung ihrer Rangordnung, in welcher der unüberwindliche Wille an der Spitze steht. — Die Harmonie des Mikrokosmos fodert besonders laut eine solche Unterordnung: aber die Philosophie erklärt, und die Erfahrung bestätigt es, daß, trotz jener Unterordnung, dennoch eine jede dieser einzeln aufgefaßten Welten eine innere Haltung haben müsse und habe, die zugleich Grenze für die Wirkungen des Eingreifens der höheren sey. — Wichtige daraus fließende Folge hinsichtlich der Responsabilität unserer Handlungen (§. 46). Selbst der Vollbürtige ist doch nur der Herr seines lebendigen Entschlusses, d. h., sei-

nes Willes. — Einige berichtigende Anmerkungen zu Versuch p. 76 — 107. — Besonders tadelhaft ist die dortige Wahl, welche, zwischen Willkühr und Belieben unterscheidend, mit jenem Worte bezeichnet was an Gesetzen der Lust, mit diesem was an dem Willen hängt.

§. 72.

Bleiben wir bei jenen Gesetzen stehen die den Regulator der *willenlosen* — der thierisch unbelebten oder thierisch belebten — Welten machen; so vermögen wir das *Nothwendige* und *Gesetzliche* nicht zu unterscheiden, d. h., hier ist das Gesetz die Nothwendigkeit und die Nothwendigkeit das Gesetz. Gehen wir dagegen in die Welt des waltenden *Willens*, so sondert sich ein Nothwendiges, und eben so ein Gesetzliches im *engern* Sinne ab. Dem Nothwendigen dieser Art steht so fort das *Zufällige*; dem Gesetzlichen das *Willkührliche* entgegen. Den jetzt nicht mehr identischen, wol aber noch immer nahe verwandten Begriffen, bleibt eine gewisse *Uebereinstimmung*; an ihnen tritt eine *Verschiedenheit* hervor. Das Uebereinstimmende des Nothwendigen und Gesetzlichen besteht in dem Charakter der *Gewissheit*, so wie das des Zufälligen und Willkührlichen in dem Charakter der *Ungewissheit*. Die Verschiedenheit finde ich darin, daß die Gewissheit des Nothwendigen (der physischen Nothwendigkeit) sich bezieht auf das mittelst seiner entfernte *Schwanken der Erfolge* in der physischen

Welt, wogegen die Gewissheit des Gesetzlichen sich bezieht, auf das mittelst seiner entfernte *Schwanken in der Wahl der Bestimmung seiner Thätigkeit* für gewisse Erfolge.

Not. Bei etwas tieferem und von aufgedrungenen Urtheilen freiem Nachdenken, findet man, daß bei den Naturgesetzen kein Setzendes erkannt zu werden vermag, in Beziehung auf welches, ein anders das Gesetzte wäre; sondern das Gesetzte ist hier zugleich das Setzende oder Nothwendigkeit selbst. Die Ausdehnung des Wortes Gesetz über das weite, jetzt wieder zu trennende, Gebiet der Naturnothwendigkeit, geschah wahrscheinlich auf den beiden Stützpunkten die ihm noch heute sein dortiges Behaupten möglich machen. Diese Punkte sind:

- 1) Der am Rande der Naturnothwendigkeit, über die ihm zerrissene Kette der Ursache und Wirkung, verzweifelnde Mensch, suchte das ihm Unergründliche zu berathen. So schritt er zu der Annahme eines Wesens, das, selbst nicht der Welt angehörig, ihr Daseyn, feste Haltung, folglich Gesetze giebt. In der ewigen Weisheit dieses Wesens war sodann das Setzende (die Nothwendigkeit selbst) ein Gesetztes. Man suchte, möchte ich sagen, der zu voreilig blind geachteten Nothwendigkeit (*fatalité aveugle*) dadurch zu entgehen, daß man in selbstgenügsamer Blindheit eine andere darüber und zwar an den Punkt stellte, wo für den Menschen das Sehen zu blossen Versuchen zu Sehen wird.

- 2) Eine Naturnothwendigkeit ist dem Menschen doch nur eine Zufälligkeit, solange zwar, bis ein glücklicher Entdecker das feste Verhältniß der Erscheinung zu ihrer Ursache auffindet. Früher vermag sich der Mensch nicht einmal, ihren Kreis fliehend, vor ihr zu retten, vielweniger solche zu seinem Dienste zu nöthigen: denn alle Herrschaft seiner über die Natur, ist ja bedingt durch den Umfang und die Tiefe seiner Kenntniss des nothwendigen Zusammenhangs zwischen ihren Kräften. Wenn nun der Entdecker auftritt, so erscheint er als der Setzer dessen was vor ihm für den Menschen in dem Chaos des Zufälligen lag: er giebt das Gesetz, wie uns Columbus eine neue Welt gab. — Häufige Benennung der Naturgesetze nach ihrem Entdecker, z. B. das Gesetz des Mariotte. — Einzige wahre Bedeutung des Zufälligen, nicht umstossend den Aristotelischen Satz; alles was ist, ist (in ir- in irgend einer Sphäre) nothwendig! — Bei den Menschengesetzen ist der Unterschied zwischen dem Setzenden und dem was, davon ausgehend, eben dadurch Gesetz heisst, bald in dem Bewusstseyn, bald in der Anschauung gegeben. Der Knoten ist hierdurch nicht gelöst, aber das Bedürfniss ihn zu lösen ist für unzählige Fälle umgangen worden. Der Philosoph der sich dabei noch nicht allseitig beruhigen kann, sollte doch in seinem weiter gehenden Raisonnement nie vergessen, daß der menschliche Wille nicht sowohl selbst der Gesetzgeber, als die Hülle des gesetzgebenden Principis ist. Bosheit und Güte des Willens würden ebenso unrichtig dem Willen selbst zugeschrieben, als Schönheit und Häßlichkeit dem übrigens treuen Spiegelbilde. Wirklich sind alle, direkt auf die Besserung des Willens gerichteten Versuche, gleich zu achten den Versuchen des Kindes, das den Fleck des Spiegelbildes an diesem

zu verwischen strebte. — Anwendung dieser Wahrheit zur Widerlegung derer, die den Willen für etwas von aussen Beherrschbares ausgehen.

§. 73.

Nach dem Schlufs des Textes unseres vorigen Sen hat es also das Gesetz im engeren Sinne direkt doch nicht mit den Erfolgen selbst; sondern nur mit der sich darauf beziehenden und von dem Willen ausgehenden Handlungsweise zu thun. Jene *Wahlfähigkeit*, die den Menschen auf der einen Seite zu dem stolzen Gefühle hebt, in welchem er sich der Natur gegenüberstellt, wohl gar den Plan einer gewissen Herrschaft über sie aufnimmt, eben sie ist es, die ihm von so mancher anderen selbst höchst beunruhigend wird. Bisweilen fürchtet er solche in sich für seine eignen nothwendigen Zwecke und giebt *sich selbst* ein Gesetz. Am häufigsten und allgemeinsten fürchtet er sie für das weiteingreifende Verhältniß, wo er mit den Wesen seiner Art in Wechselwirkung ist. So tritt der Köexistent mit dem Köexistenten unter Ein Gesetz, dessen Aufgabe darin besteht: „Willkühr wohlthätig aus dem köexistentischen Verhältniß zu entfernen und an deren Stelle einen als aufrichtig und unwiederruflich erkennbaren Willen treten zu lassen.“ Vergeblich wird man einwenden, daß die *Erfolge* und nicht der *Wille*, dem Köexistenten die unverkennbare Hauptsache seyen, denn nicht hiervon, sondern blos davon ist die Rede, daß das Gesetzliche die Erfolge zunächst durch die Entfer-

nung des Schwankens in der Wahl zu sichern suche. Dafs hier Willkühr entfernt sey: und es bliebe dem Menschen in dem Willensfähigen Menschen nichts Fruchtbares mehr übrig, als das womit der Mensch reinen Naturgesetzen anheimfällt. Sey mit dem Gebiete der Wahl, auch das des Gesetzlichen geschlossen; so treten dann an die Stelle der, hier im besten Falle *unnützen* Gesetze, helfende *Anstalten*. Letztere sind die Realisation der *An- und Verordnungen*, welche so oft, irrig genug, mit eigentlichen Gesetzen verwechselt werden. — Hier mögen folgende Sätze stehen, welche die nothwendige Kürze weiter, oder überhaupt auszuführen verbietet:

1) Da das Gesetzliche durch Wahlfähigkeit und die Möglichkeit einer festen Willensproduktion bedingt ist so erhellet, dafs sich seine eigentliche Sphäre nur über die *Vollbürtigen* erstrecken könne. Es folgt weiter, dafs der welcher eine *gesetzliche* Regierung des Staats verlangt, den Begriff des Staates im engsten Sinne nicht auf die Unbürtigen ausdehnen könne, ohne inkonsequent zu werden.

2) Die von dem klugen Menschen ersonnene *Pfandleistung* (§. 46, S. 47.) löst das Problem des sonst Un erreichbaren der Innerheit des Willens. Eben diese Ansicht rettet die Gesetze als Willensgesetze. Je vollkommene die Gesetzgebung ist, desto bestimmter und angemessener wird auch die Bezeichnung des für die Vereini-

gung in jedem einzelnen Gesetz stipulirten Pfandes seyn. Die Frage: „ob jemand seine Freiheit, wol gar sein Leben verpfänden könne?“ würde man richtiger so stellen: „ob Jemand alle in seinem Wesen dargebotenen Mittel anwenden dürfe, um sich, ohne Verletzung eines Dritten, Freiheit und Leben zu sichern?“ Alle Stockhäuser und alle Hochgerichte, zu welchen nur das in seiner Tendenz weise Gesetz, einem gerechten, d. h. richtig subsumierenden, Richterspruche gemäß führt, sind der Aufschrift fähig: *Für Freiheit und Leben!* Es ist also nicht eigentlich das Setzen des durchaus unverzinslichen, unter Umständen dem Schwure gleich zu achtenden Pfandes, sondern vielmehr die frevelhafte Ausübung der fälschlich verbürgten That die um jene Güter bringt.

3) Das Gesetz ist zuerst — wie bereits gesagt wurde — *Erklärung des allgemeinen Willens.* Ob Alle einzeln, oder ob einige Subjekte, oder ob wohl gar nur Ein, auf was immer für eine stillschweigende Art dazu erkohrnes Subjekt, diese Erklärung gebe? — nur das macht hierbei keinen wesentlichen Unterschied. Bewahrten auch alle Bürger die Blüthe des Gefühls der eignen Verletzbarkeit, genannt Sympathie, in größter Zartheit; hätten sie alle die Talente des Staatsmannes, und verbänden sie endlich mit beidem ächten Patriotismus: so würde dennoch eine solche ausdrückliche Erklärung des allgemeinen Willens unentbehrlich seyn. Denn nur dadurch könnte das Schwanken jenes Gefühls im Einzelnen (§. 31 n. 3)

entfernt, dem Talente und dem Patriotismus die nöthige Nachhülfe für den so oft fehlenden Standpunkte in der Mitte des Staatsganzen gewährt werden. Ich nenne diese Seite des Gesetzes seine ideale oder geistige. Auf ihr ruht zunächst die *Allgemeinheit*, als die erste *nota originaria* des Gesetzes. Indessen ist damit allein das Gesetz nicht vollendet, wenigstens in keinem Fall das die Köexistenz regulirende. Ihm fehlt namentlich noch die andere *nota originaria*, genannt *Nothwendigkeit*. Man räumt ein, daß eine Nothwendigkeit welche das köexisten-tische Verhältniß ganz ausfüllen soll, nicht blos zu dem *Vernünftigen* reden, sondern den Köexistenten auch in den (uneigentlich so genannten) Gesetzen der *Lust* erfassen, endlich der *physischen Gewalt* desselben, so fern sie in den Dienst eines gesetzwidrigen Willens, oder einer das Gesetz nicht achtenden Lust treten könnte, eine, wo möglich unendlich überwiegende, Gewalt entgegenstellen müsse. Ich nenne die beiden letzten Punkte zusammen, die reale oder die *physische Seite* des Gesetzes. Es ist besonders die Hinsicht auf diese, welche den Köexistenten die sichere Erwartung gesetzmäßiger Kraftäusserungen einzuflößen pflegt. Die geistige und physische Seite des Gesetzes zusammen erschöpfen den Begriff des Gesetzes, wie Wille und That den der Handlung. Der wahre *Gehorsam* will das Gesetz und übt es; das vollendete *Verbrechen* stößt gegen beide an; die Verletzung des Gesetzes auf seiner rein geistigen Seite, hat wenigstens die Besorgniß wegen des gestellten Pfandes zur na-

türlichen Folge. Ihm also, der damit das Pfand schon halb verwirkt hat, aber auch *nur ihm* und seines Gleichen, *droht* das Gesetz, schlechthin nicht Allen die es anspricht und die also gleichwohl dasselbe Pfand setzen.

§. 74.

Soll das Gesetzliche mit dem Nothwendigen übereinstimmen in *Gewifsheit* (§. 72), oder ist es eigentlich diese Gewifsheit welche wir von dem Gesetzlichen als einem Nothwendigen prädiciren; so muß auch *allem* Gesetzlichen eine *vis coercendi*, d. h., *Zwang* inwohnen.

Der Beweis dieser Wahrheit beruht auf dem Satze „dafs alles, was nur immer die Wirklichkeit zu erstreben, oder auch nur sich in solcher zu behaupten sucht, eine Welt vor sich sieht, in welcher alles, wenigstens bis auf einen gewissen Punkt, innere Haltung hat.“ (§. 71 die Not.). Gemäfs dieser Haltung leistet es dem Eingreifenden Widerstand und sucht dasselbe, weit entfernt sich ohne in Passivität versetzt zu seyn ihm zu unterwerfen, vielmehr sich unterthänig zu machen. Soll nun das den Eintritt Erstrebende Gewifsheit, also Unfehlbarkeit haben, so folgt, dafs ihm eine Kraft inwohnen müsse, welche sich in ihrer Anwendung auf entgegenstrebende Kräfte den Sieg verschaffen müsse. Eine solche Kraft heifst *Zwang*. Von ihrer Inwohnung hängt

das Wesen aller Nothwendigkeit, folglich auch das Wesen des Gesetzes ab, in sofern demselben eine Art von Nothwendigkeit als *nota originaria* zukommt. — Ein sich unzähligemal vor unseren Augen bestättigender Beweis von der Unerlaßlichkeit des Zwangs für das Gesetzliche, liegt darin, daß mit seiner Hinwegnahme das Gesetz allemal in irgend eine Art der reinen Persuasion (Rath, Bitte, Ermahnung etc.) übergeht, und daß umgekehrt sein Hinzutreten jede Art von Persuasion wenigstens in einen *Befehl* umwandelt, folglich die Bedingung des Gesetzlichen darreicht, so weit diese nicht von der Allgemeinheit abhängt.

Not. Eintheilung des Zwangs in den inneren oder Selbstzwang und in den Aussenzwang. Man unterscheide in beiden den reinen und gemischten. Nur der reine, aber keineswegs der gemischte Selbstzwang, gehört der Sphäre der Tugendhaftigkeit an, denn nur er hat es mit dem in sich Zurücklaufen der Vernunftthätigkeit zu thun. (§. 34 S. 29). — Folge für den Willenscharakter der Gesetze wenn man, z. B. mit Grolman, von allem Selbstzwang glaubt abstrahirt zu haben, indem man doch nur von dem reinen abstrahirte. Vergl. Versuch 301 u. f.

§. 75.

Die Anwendung des gesetzlichen Zwangs heißt — *Strafe*. Unsere obige Behauptung „kein Gesetz ohne Strafe“ heißt also nichts mehr: „als daß die Erklärung

eines allgemeinen Willens, mit welcher keine *vis coercendi* verbunden wäre, zwar eine trefliche Erklärung, aber kein Gesetz seyn könne.“ Wer — durch was immer für Schlüsse, durch was immer für eine Verstecktheit, in welcher manche Gesetze den inwohnenden Stachel der Strafe bei sich führen, verleitet — kurz wer Gesetze annimmt, in denen keine Strafkraft wohne, nimmt eben damit an, daß es Gesetze gäbe, deren Beobachtung oder Nichtbeobachtung der Willkühr anheim gestellt sey: er spricht von einer Nothwendigkeit die zugleich eine solche sey und auch nicht sey. — Die Definition der *Strafe* glaubt der Verfasser richtig in folgenden Worten zu geben: *der gesetzliche Zwang, welcher als das für den Fall des Ungehorsams pfandweise stipulirte, demnach als dann nothwendig für ihn folgende Uebel erkannt wird.* Vers. S. 312.

§. 76.

Die *Gesetzlichkeit* des Zwangs hat zwei Momente der Zufügung, nämlich:

1) *Ex lege i. e. secundum legem.*

2) *Ob legem i. e. ob creandam necessitudinem legis.*

Kraft des ersteren Moments, sollte immer nur *die* Strafe zugefügt werden, welche das Gesetz für die personifizierte Handlung im voraus bestimmte. (§. 48 S. 50).

Die Unvollkommenheit so vieler wirklichen Gesetze, vermag nichts gegen die Gerechtigkeit dieser Forderung zu beweisen. — Das zweite Moment macht uns mit dem so vielfach ventilirten *Zweck der Strafzufügung* bekannt. Dafs man ihn nicht verwechsle mit dem des Gesetzes, welcher in jeder gesetzwidrigen Handlung als unwieder-
 ruflich verfehlt, nur zufällig und scheinbar *restitutionem in integrum* erlaubend, anzusehen ist. Man verwechsle ihn ferner nicht mit dem Zweck der *Pfandleistung*. Vielsagend ist dem Verfasser das Bild: *die Strafe ist die Elastizität des Gesetzes!* Darin hat die Observanz ihre Bedeutung, welche den kranken Kapitalverbrecher mit aller Sorgfalt und mit allem Kostenaufwande heilen und dann hinrichten läfst; welche die Strafe der Nothzucht, wenn sie z. B. Kettenstrafe wäre, nicht unterlassen würde, gesetzt, dafs dieser Thäter, während dem Laufe seines Prozesses, einen Leibesschaden erlitte, der ihm jede ähnliche That für seine ganze Lebenszeit völlig unmöglich machte. Eben hierin findet ihre schöne Bedeutung jene Feierlichkeit und Milde der Menschen, die sie in die Umgebung selbst des Kapitalverbrechens so gerne und häufig bringen, während sie selbst dem *unerbitterlichen* Gesetze dienen, das über ihn den Streich führt. — Die Strafe, als gesetzlicher Zwang, charakterisirt sich in den obigen Momenten hinlänglich gegen alle andere Zwangsarten, namentlich gegen die *Rache* als den selbstsüchtigen, gegen die *Prävention* als den ängstlichen, gegen die *Züchtigung* als den wohlwollenden Zwang. Keine von diesen

allen geht von dem Gesetze aus; jede hat einen anderen Zweck als das Gesetz. Rache und Prävention sind — wie wohl uns entgegengesetzten Gründen — des Staates unwürdig; die Anwendung der Züchtigung widerspricht wenigstens der ganzen Voraussetzung welche der Staat bei seinen Mitgliedern macht. *Ein gezüchtigter Bürger, ist ein gestraftes Kind!* — Die Behauptung, daß *Besserung* nicht Strafzweck sey, besteht mit der häufigen Wahrnehmung gebesserter *Sträflinge*. Bessert doch bisweilen selbst die Rache. Ueberhaupt ist der Standpunkt der *Aufnahme* gar nicht der an welchen man sich zunächst halten darf, um über den Zweck irgend einer Zwangsart zu raisonniren.

§. 77.

Der Satz „daß der Bürger *nur* Strafe leiden könne“ (§. 69), ist eigentlich bloß der „daß der Bürger als solcher nur durch das Gesetz könne ergriffen, nur von und nach ihm könne gerichtet werden.“ Ihn läugnen heißt, selbst wider Willen, der *Despotie* das Wort reden, deren Begriff mit dem Aufhören der Alleinherrschaft des Gesetzes (im bürgerlichen Kreise) realisirt ist. (§. 48 S. 51).

Der Satz „daß alle Strafe von dem Staate kommen müsse“ ist nur der „daß der Staat der einzige Geber
jener

jener Gesetze sey, deren Inbegriff das Gesetz ausmacht.“

Was man nur immer, ausgehend von einem andern Mittelpunkt als dem des Staats, in der Sprache des gemeinen Lebens Strafe nennt, ist es doch nur in eben dem Sinne, in welchem es ausser dem Staate *Gesetze, Macht, Recht, Selbstständigkeit* giebt und geben kann. Alle die Strafe, ist — wie man mit anderen Worten sagen könnte — bedingt, durch ihren *ununterbrochenen Zusammenhang* mit dem Staatszweck.

§. 76.

Hat das bisherige Raisonnement über Gesetz und Strafe Wahrheit; so zeichnet sich unter denen davon ausgehenden Folgerungen die aus:

„dass eine der wichtigsten Angrenzerinnen der Einwohner-Ordnungslehre, die *Criminalwissenschaft*, in so ferne sie sich ausschliessend, und zur Bezeichnung ihres Charakters, *Strafrechtswissenschaft* nennen würde, noch ihrer genaueren Grenzbestimmung ermangele.“

Denn, geht alles Recht im engsten Sinne aus den Gesetz hervor, und giebt es *kein* Gesetz ohne Strafe; so muss auch dem Civilrechte nicht minder der Name *Strafrechtswissenschaft* zukommen, in so fern man überhaupt

eine Benennung schicklich finden dürfte, die sich nur von dem *strafwissenschaftlichen* Theile des weit grösseren gesetzlichen Umfangs herschriebe. — Wenn es nun gleich der Einwohner - Ordnungslehre nicht *zukommt*, vielweniger *obliegt*, die Innerheit angrenzender Wissenschaften zu reguliren; so leuchtet jedoch ihr hohes Interesse für die richtige *Begrenzung*, besonders einer solchen Nachbarinn, zu sehr ein, als dafs man ihr die Befugnifsstreitig machen könne, über diese gemeinschaftliche Angelegenheit ihre Stimme abzugeben. Der nächste §. liefert die wesentlichsten Züge der sich darauf beziehenden Ansicht des Verfassers. Wie kurz ihre Zeichnung sey, so wird es doch nicht zu vermeiden seyn, sich in ihr mit unter etwas vorzugreifen.

§. 79.

Die *Criminalwissenschaft* darf die Eigenthümlichkeit ihres Wesens *nicht* suchen:

1) In dem *Begriff* der *Strafe* überhaupt. Dieser würde schlechthin zu eng seyn, wenn er nicht eben so gut auf die *gesetzliche* Einbusse von zehn Pfennigen, als auf die des Lebens pafste: auch ist er ja von *allem* Gesetzlichen unzertrennlich.

2) In dem allgemeinen *Begriff* des *vorsetzlichen Ungehorsams* gegen was immer für eins der bestehenden

Gesetze. 'Denn auch das Civilgesetz äussert die ihm von Geburt an verliehene Elastizität da, aber auch erst da, wo Handlungen eintreten, die seine Nothwendigkeit unzweideutig negiren. Wollte man sagen, dass jede vorsätzliche Uebertretung eines Gesetzes Criminalität habe, und dass eben diese Vorsätzlichkeit (*Schuld*) die criminelle Sphäre ausmache; so würde man, gleich unbefriedigend für Wissenschaft und Praxis, fast jede Rechtssache vor das zwiefache Forum zu bringen haben.

3) In der Beschränkung des Civilrichters auf die Beurtheilung *momentaner* Verhältnisse und ihrer Verletzung, *nach* denen dadurch in das bürgerliche Geschäfte kommenden *Graden der Nullität*. Hier bietet der ganz relative Begriff „*momentan*“ keinen Charakter dar, und es scheint darin durchaus jene Eigenschaft des Civilrichters verkannt zu seyn, in welcher auch er *um* des Gesetzes willen aufgestellt wurde.

4) Einen eben so wenig festen Theilungsgrund würde der *Schadensersatz* darbieten. Alles anderen nicht zu gedenken; so lässt sich dieser nicht einmal von dem Criminalrechte völlig ausschliessen. So tendiren z. B. die gewöhnlichen Strafen der Injurie (*palinodina*, *deprecatio*, *declaratio honoris*) zugleich auf Schadensersatz.

Unsere Angrenzerinn suche dagegen die Eigenthümlichkeit ihres Wesens *in der Eigenthümlichkeit der* (vorzüglich wichtigen, und eine eigne Art von Unterpfindern zu ihrer Sicherung in Anspruch nehmenden) *Rechte*, deren Beschützerinn sie ist.

Ob nun gleich alles Recht nur zwischen Personen besteht; so läßt sich doch, auf eine ähnliche Art wie zwischen *Person* und *Vermögen*, zwischen Rechten unterscheiden, die zwischen den Personen über *Sachen*, und solchen, die zwischen ihnen über *Persönlichkeit* bestehen. Ob es gleich ferner keine *Urrechte* giebt noch geben kann (§. 24. S. 18); so hindert dieses doch nicht, zwischen Rechten zu unterscheiden, die, ausser der bürgerlichen, noch eine so grosse *natürliche Sanktion* haben, dafs ihre Verletzung eine gänzliche Verkehrtheit der Menschennatur des Thäters, namentlich ein totales Verstummen jenes sympathetischen Gefühls beurkundet, wodurch die Möglichkeit aller gedeihlichen Köexistenz bedingt ist. Diese Rechte sind es, welche — nach der Ansicht des Verfassers — die philosophische Criminalwissenschaft zu ihrer Sphäre zu wählen; die positive, so weit als thunlich, zu *vollkommenen* zu erheben; der Staat durch die Criminalbehörde, so gegen Verletzung, wie gegen das *vollendete Verbrechen* zu berathen hat.

Fortsetzung.

Das Criminalrecht und die sich darauf beziehende Wissenschaft, zerfällt so fort, gleich dem Civilrechte, in den *Staatsrechtlichen* und in den *Staatsprivatrechtlichen* Theil. Der erstere hat es mit denen Rechten zu thun, welche unmittelbar die (mystische) Persönlichkeit des Staats betreffen. Es werde auch hier besondere Rücksicht genommen auf solche Angriffe, welche eine gänzliche Verkehrtheit der das gute Bürgerthun wesentlich bedingenden Maximen verrathen sollten. Der Staatsprivatrechtliche Theil der Criminalwissenschaft sichert die Persönlichkeit der Bürger unter sich. *Leben, Unverletztheit und Reinheit des Leibes, Freiheit, Ehre*, bilden ihren Umfang. — Wie in *allen* seinen staatsrechtlichen Verhältnissen; so macht der Staat auch in diesem Zweige derselben den Kläger und Richter zugleich. Die Mittel dieses nothwendige Problem, auf eine mit der Freiheit der Bürger vereinbare Art, zu lösen, sind dieselben. Der Staat ist dabei an die zur Zeit des wirklichen oder vermeintlichen Verbrechens bestehenden Gesetze gebunden, und die Sentenz der obersten Criminalbehörde (welcher die Regierung nur die möglichste Beschleunigung des Prozesses zu gebieten hat) ist entscheidend. Die Einwohner-Ordnungsbehörde ist in den meisten der hieher gehörigen Fälle (Aufruhr, Hochverrath etc.) gleichsam der rechte

Arm der Regierung, um Verdächtige zu bewachen, Rä-
delsführer zu ergreifen, solche der Regierung (nicht der
Criminalbehörde) zu überliefern, die zu einem vollen Be-
weise nöthigen Data zu sammeln etc.

Hinsichtlich des zweiten, oder des criminalistisch-*privatrechtlichen* Theils, glaubt der Verfasser dennoch be-
haupten zu müssen, daß der Staat, als solcher, auch dar-
über den Grundsatz „wo kein Kläger ist etc.“, ausdehnen
könne. Man beruft sich dagegen auf die grosse *Wich-*
tigkeit, welche die Bestrafung eines Criminal - Verbre-
chens für die Ruhe Aller habe; man führt ferner leicht
eine Menge von Fällen an, wo die Natur der That dem
direkt Verletzten *die Klage* oft in dem Grade *erschwere*,
mit unter ganz *unmöglich mache*. Ich antworte: es war
nicht die durchgängige mindere Wichtigkeit, welche den
Staat zur Einführung jenes Grundsatzes in die civilistisch-
privatrechtlichen Verhältnisse, bestimmte; sondern viel-
mehr die Wahrnehmung, daß diese Angelegenheiten, auch
ohne direkte Einmischung des Staats, gleichwol ihren Weg
zum Richter so oft finden als es Noth thut. Jener er-
stere Grund würde samt dem zweiten wegfallen, wenn
sich darthun liesse, daß z. B. die richtig organisirte *Ein-*
wohnerbehörde, das höchste *Interesse* und das vorzüg-
lichste *Geschick* habe, um ganz in die Lücke zu treten,
welche dem Staate sonst die Besorgniß einflößen könnte,
daß viele hierhergehörige Verletzungen und Verbrechen,
keinen Körper finden würden, wenn nicht der Staat als

solcher *ex officio* inquirente. — In meiner Theorie spielt die Einwohnerbehörde hier die Rolle der *öffentlichen Anklägerinn*: ihre Funktion in diesen Fällen ist fast ganz die der Regierung bei dem Staatsverbrechen. Es versteht sich, daß die privatrechtlich-criminalistischen Angelegenheiten sie in *unmittelbare* Berührung mit der Criminalbehörde setzen, während sie in dergleichen staatsrechtlichen Angelegenheiten nur mit der Regierung zu thun hat. Einen wichtigen Wink für die Grenze dieses Amtes enthält die sehr richtige Observanz, welche die auch noch so schwere, folglich wahrhaft criminelle, Privatinjurie, nur alsdann und nur in so weit zu ihrer Sache macht, als dem dadurch gekränkten Vollbürtigen der Thäter noch nicht als bekannt gegen übersteht. Dagegen kümmert sie immer das *Libellus famosus*.

Zu dem Thatbestand der wahren Criminalsache gehört die *vollkommene Rechtsfähigkeit* des Thäters. Fehlte diese, so würde die sonst ungezweifelte Criminalsache, als Verletzung eines *unvollkommenen* Rechts, dennoch unter die Kompetenz der Einwohnerbehörde fallen. Die Erkennung über dieses Verhältniß des Thäters ist jedoch immer von der Criminalbehörde zu erwarten.

Da nun die Einwohnerbehörde in den *staatsrechtlichen* Criminalsachen zunächst die treue *Dienerinn* der Regierung; in den *privatrechtlichen* Criminalsachen zunächst die *öffentliche Anklägerinn*; in den *unvoll-*

kommen-criminalrechtlichen die Richterinn, und zwar die mit ausgedehnterer Gewalt versehene Schiedsrichterinn zu machen hat: so ersieht man eben hieraus leicht, wie sie bisher so häufig mit der Criminalwissenschaft selbst in Verwirrung gerathen konnte. Einwohnerordnung als Polizey, d. h. als Politik des Inneren, aufgefaßt, vermag nie diese Verwirrung zu vermeiden. Auch kann die Criminalwissenschaft in sich keinen privatrechtlichen Theil konstituiren, als unter der Voraussetzung einer solchen öffentlichen Anklägerinn, die doch nicht unmittelbar von dem Staate selbst ausgehe.

Uebrigens verstattet der hier vergönnte Raum nicht, in einem näheren Detail zu zeigen, wie die auf jene Grenzen angewiesene Criminalrechtswissenschaft doch nicht so enge Grenzen haben würde, als ihr vielleicht Mancher hiermit auf den ersten Blick angewiesen glauben möchte: daß z. B. der *reine* Diebstahl wegfielen, scheint mir Vermeidung einer Inkonsequenz zu seyn. Hiernächst wird es dem *gegebenen* Staate, dem Schöpfer alles positiven Rechts, der sich und seine Bürger in Verhältnissen finden kann, von welchen die reine Wissenschaft nichts weiß, ihm wird es unbenommen seyn, mit unter Punkte zu bestimmen, auf welchen Person und Vermögen diesmal so innig mit einander verbunden sind, daß der reine Angriff auf jenes dennoch als einen direkten Angriff auf diese involvirend angesehen werden solle. *Dardanariat.* — Die sonst beliebte Eintheilung des positiven

Rechts in *Staats-Privat-Regierungs- und Völkerrecht*,
mufs, konsequent, das Polizeyrecht dem Criminalrechte
koordiniren.

§. 81.

Einiges von dem, was vorzüglich die Allgemeinheit
des Satzes „*kein Gesetz ohne Strafe*“ verdunkeln dürfte,
kann nicht ganz mit Stillschweigen übergangen werden.

1) Die Criminalstrafen sind allein eines Maximums
fähig, welches Civilstrafen nur in der Barbarey erreichen
können.

2) Wenn gleich die Kenntnifs aller Gesetze in dem
ideellen Staate bei jedem Bürger vorausgesetzt werden
mufs; so lehrt doch die in dem gegebenen Staate täglich
zu machende Erfahrung, dafs dem nicht so sey, und der
Blick auf die Vielseitigkeit menschlicher Verhältnisse lehrt,
dafs sich jene Voraussetzung nicht einmal durchaus be-
stätigen könne. Aber nicht blofs ist die Kenntnifs aller,
den Bürger in allen möglichen Fällen verpflichtenden Ge-
setze ein eignes schweres Studium geworden; sondern
selbst die, oft auf so äusserst feinen Nüancen beruhende
Subsumtion unter das an sich bekannte, setzt einen Grad
von Urtheilskraft und Scharfsinn voraus, welcher nie ein
Gemeingut werden wird. Hierdurch tritt nun unzählige-

mal der Fall ein, daß zwei Bürger, als streitende Partheyen, den lebendigen Entschluß erklären, dem Ausspruche des Gesetzes zu huldigen, während jeder denselben für sich deutet. Der richterliche Spruch räumt ihre, unter den oberwähnten Umständen bestehende, Zweifel weg, und bietet eine Seite dar, von welcher er die Stelle der *Belehrung* nachholend vertritt. Gesetzt auch, daß früher einige Handlungen vollzogen worden waren, welche nicht mit dem Willen des Gesetzes stimmten: das bisher in solcher Dunkelheit liegende Gesetz war dadurch allein doch nicht in seinem Charakter der Nothwendigkeit negirt, folglich nicht gebrochen worden, hat folglich keine Elastizität zu äußern. Worauf es indessen immer den Partheyen ankommen möge, der Richter hat dessen ohngeachtet die Pflicht, seine Untersuchung stets mit darauf zu richten: ob nicht Einer unter ihnen einem ihm ohnfehlbar bekannten Gesetze zuwider gehandelt habe? Findet er dieses, so wird gleich der erste Spruch mit Strazufügung verbunden seyn müssen, wie das Gesetz nach dem Spruch immer in seinem wahren, also *Zwang* involvirenden, Charakter da steht. Daß Widerstand — der auch Saumseligkeit in der Erfüllung der Auflage seyn könnte — eintrete: und jener Zwang wird sich als Strafe bewähren, ohne daß dadurch allein die Sache criminal werde. Die oberwähnte natürliche Sanktion der eriminalrechtlichen Sache; die gewöhnlich grössere Einfachheit; die mit Recht weiter getriebene Sorgfalt in der Publikation der Criminal-Gesetze, machen, daß die Cri-

minal - Inquisition meistens auf dem Punkte anfangen kann, dessen sich die Civil-Untersuchung meistens erst durch einen ersten Spruch zu vergewissern hat. Es liegt nicht in der Natur des Civilgesetzes, sondern in der Unvollkommenheit menschlicher Richter, daß hier freilich oft ein Straffälliger ungestraft entkommt, seinen Schlupfwinkel in der vorgeblichen Dunkelheit des Gesetzes vor dem Spruche findend.

3) „Giebt es nicht Gesetze, wodurch irgend ein früheres aufgehoben wird? wenn es solche giebt: wo wäre seine Strafe?“ Ich antworte: Eine Erklärung der gesetzgebenden Behörde, die schlechthin keinen anderen Zweck hätte, als ein früheres Gesetz zu annulliren, verdient eigentlich nicht den Namen eines Gesetzes: seine zwingende Kraft beschränkt sich auf das Geschäft der Annullirung, die als reine Negation anzusehen ist. Würde dagegen das neue Gesetz eigentlich *verdrängen*, also etwas Positives an die Stelle des alten setzen; so dürfte ihm auch der weiter gehende Zwang nicht fehlen.

4) „Das Gesetz verordnet, daß z. B. nur so abgefaßte Testamente Gültigkeit haben sollen: wo ist die Strafe dessen, der es dagegen versieht?“ Ich antworte: Testamentifikationen u. d. g. act. volunt. jurisdict. mehr, sind gesetzliche Conzessionen, die nur alsdann den gesetzlichen Zwang gegen jeden Angriff auf ihrer Seite haben, wann dabei die Bedingungen erfüllt wurden, von welchen er sein

„
M „
W „
M „
W „
M „

Eintreten abhängig machte. Ein ungültiges, ist eigentlich gar kein Testament, und was man ein solches *annuliren* heisst, will eigentlich nicht sowol sagen, dass hier Etwas vernichtet worden, sondern, dass in Frage stehendes Etwas gar nicht vorhanden sey. Andere Gesetze treten mit ihrer Zwangskraft für die Vertheilung der Verlassenschaft ein. Es ist nicht die Schuld der Theorie, wenn man zur Auffindung des, einem *jeden* Gesetze nothwendigen, Strafcharakters, einen unrichtigen Standpunkt wählt.

5) „Giebt es nicht Gesetze; oder wären wenigstens dergleichen nicht häufig denkbar, welche ihre Beobachtung durch *Belohnungen* motivirten, die Nichtbeobachtung aber ungeahndet liessen?“ — Die Aufgabe des Gesetzes, das in der Koexistenz die Würde einer Nothwendigkeit erringen oder behaupten will, ist die, den Koexistenten zugleich in den Gesetzen der *Lust* zu erfassen (§. 73. n. 3.). Auf den ersten Blick bieten sich hier allerdings zwei Wege dar; auf den zweiten sieht man, warum nur der, welcher der Uebertretung unfehlbaren Schmerz zuführt, der allgemeine seyn kann. Gesetze in dem uns hier vorgehaltenen Charakter, werden daher immer nur *Ausnahme* machen können, und selbst diese Ausnahme reduziert sich auf eine blofs scheinbare. Denn die Gewissheit oder Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes, ist nur so groß, als die Voraussetzung gewiss ist, dass das als Belohnung ausgestellte Gut ein so sehr all-

gemein begehrtes sey, daß jeder, der sich in der Lage befand sich solche zu erwerben, die dennoch unterlassene Erwerbung desselben, als ein Uebel schmerzlich empfinden werde.

§. 82.

Bei der Erörterung der Strafe, war der Zweck für die Begründung der Einwohner-Ordnungslehre nur *negativ*: er ist *positiv* bei der Erörterung des Begriffs der *Züchtigung*. Indessen macht uns das bereits *ad vocem* „*Strafe*“ Gesagte, möglich, diese Aufgabe, ihrer vorzüglichen Wichtigkeit ohnerachtet, dennoch kürzer zu behandeln.

§. 83.

Bereits oben (§. 76.) wurde im Vorbeigehen folgender Gruppe der wichtigsten und der sich am nächsten berührenden Zwangsarten gedacht:

Rache

Strafe;

Prävention

Züchtigung.

Der *character indelebilis* der *Züchtigung* drückt sich vollkommen in dem Beiworte aus, das sie den *wohlwollenden* nennt. Ich fasse die Definition der *Züchtigung* in folgende Worte:

Der (wohlwollende) Zwang, in welchem ein dem Zufügenden, durch seine Gesinnung gegen den Dulden den selbst schmerzliches Uebel wirklich gemacht wird, um der auf einem Irrwege gefundenen Thätigkeit desselben, eine solche Richtung zu geben, wodurch ihm künftig grössere Uebel erspart werden.

In dieser *reinen* und vollkommenen Form, kommt die Züchtigung sehr oft vor: das natürliche Verhältniß zwischen Eltern und Kindern ist ihr ausgebreitetes Vaterland. Aber diese reine Form derselben ist nicht die, hinsichtlich welcher man sagen kann „*die Polizey züchtigt*“; sondern dazu muß man diejenige erforschen, welche ich die *gemischte* nennen will. Es ist die bisher vernachlässigte Erforschung der letzteren, die nicht verfehlen konnte, vorzüglich mitzuwirken, daß jener fundamentale Satz in einen höchst zweideutigen Hintergrund gedrängt wurde. Je tiefer man in die Natur der *reinen* eindringt, desto leichter wird man es mit dem Begriffe der *gemischten* zur Deutlichkeit bringen. Es wird daher zweckmässig seyn, zuerst jene mit den anderen Zwangsarten der Gruppe zu vergleichen, sodann die Schattirung der gemischten zu zeichnen.

§. 84.

Vergleichung im Allgemeinen geht aus auf das Auffinden des Dritten, in welchem die vergleichbaren Gegen-

stände übereinstimmen müssen, und dessen, in welchem sie unterschieden sind. — Die obgedachten Zwangsarten haben alle mit einander gemein: „dass hier entgegenstrebende Kräfte einer siegenden weichen; dass das Eingreifen der siegenden als ein Uebel empfunden wird; dass gerade die Empfindung des von dem Zufügenden hervorgerufenen Uebels, oder der *Schmerz*, mit dem Zwecke des Zufügenden in der engsten Verbindung steht.“ In der Vergleichung der einzelnen Zwangsarten mit der reinen Züchtigung dürfte Folgendes das Wichtigste seyn:

1) *Züchtigung* und *Rache* kündigen sich als die beiden Extreme an. Dort geht der Zwang aus überströmender *Liebe* hervor; hier reicht ihm der *Zorn* die Waffe dar. Beide wuchern zunächst im Kreise engerer Verhältnisse: die Züchtigung da, wo der Liebende sich mit dem geliebten Dulder fast *identificirt*; die Rache da, wo sich aus dem näheren Verhältniss ein kühner Feind gegen über stellt, welcher sich im *Gegensatz* zu behaupten droht. Da der Massstaab der Rache Sättigung eines *Instinkts* ist; so belegt sie der höhere Mensch mit dem Namen der *niedrigen*. Aus jener Rücksicht erklärt auch der Psycholog leicht, wie sie, mit der Abnahme des Widerstandes, in ihren Aeusserungen schwächer wird. Eine Liebe, wie wir sie der reinen Züchtigung als Wurzel setzen, fühlt selbst, ohne körperliche Rückwirkung, den Schlag, den sie austheilt. Hierdurch ist sie der Bestechlichkeit der, Reue vielleicht nur heuchelnden, Thrä-

ne ausgesetzt, und wird dadurch nicht selten betrogen, auf eben die Art, wie bisweilen Rache betrogen wird von dem tückischen Hinwegwerfen der Waffe. Stößt die so starke, den zugefügten Schmerz theilende, dadurch den Zunder des Zorns in ihrer Nähe führende Liebe auf Widerstand; so entzündet sich leicht dieser Zunder. Züchtigung geht sodann schnell in Rache über und bestätigt das Gesetz der sich berührenden Extreme. Daher sonst treffliche Eltern so oft die schlechtesten Erzieher ihrer eignen Kinder!

2) *Züchtigung* und *Prävention* verhängen beide den fremden Schmerz *ungerne*, rufen ihn nur aus der Besorgniß künftig grösserer Uebel zu Hülfe, und würden das Geschehene ungeahndet lassen, wenn sie sicher wären, daß es nie wiederholt würde. Hierdurch kündigen sie sich als leibliche Schwestern dieser Familie an. Aber während die *Prävention*, der selbstsüchtigen Rache näher, nur zunächst für den *Ausüber* des Zwangs besorgt ist, so besorgt die *Züchtigung* direkt nur für den *Züchtling*. In der *Prävention* sagt der Zufügende: Wie kann ich (oder wie können wir), gegen einen solchen Thäter bestehen? Die *Züchtigung* sagt: Wie will Züchtling auf solchem Wege fortkommen? Man gewinnt auf diesem Standpunkte einen tiefen Blick in die Natur jener *Züchtigung*, die ein besonders nahes Verhältniß zwischen dem Zufüger und Dulder dieses Zwangs zur Basis hat. Man sieht

sieht ferner, daß in der Qualität des Züchtlings Bedingungen vorhanden seyn müssen, welche seiner *in abstracto* so sehr gemißbilligten Thätigkeit, *in concreto* ein milderer Ansehen geben müssen. Mit unter wird ihr *blinde Liebe*, jene Hauptingredienz des Bastardegoismus (§. 27.), dieses Ansehen leihen; aber auch die *Reflexion* sichert es dem ganzen Verhältniß der *Unbürtigen*, und zwar genau nach den Graden ihrer Entfernung von dem Fallpunkte der menschlichen Existenz (§. 44.). Besonders die Unterbürtigen geben der Hofnung künftigen Besserung Raum.

3) *Züchtigung und Strafe*. Wenn auch die Züchtigung meistens nur nach der Verletzung eines ausdrücklichen Verbots zugefügt zu werden pflegt; so ist doch das Verbot noch kein *Gesetz*, und selbst das Vorausgehen eines ausdrücklichen Verbots, ist für die Anwendbarkeit der reinen Züchtigung nicht schlechthin erforderlich. Die Züchtigung, mit der Strafe verglichen, geht nicht *aus* dem Gesetz hervor und wird nicht *um* des Gesetzes willen zugefügt. Mag immer der Züchtiger ein Gesetz vor Augen haben, welchem durch die gemißbilligte Thätigkeit des Züchtlings zuwider geschehen sey: das Gesetz ist hier dennoch nicht verletzt worden, weil es in dem Thäter noch nicht *ausgedrückt* war, weil diesem noch jene Reflexion und jene Produktionsfähigkeit eines so *festen Willens* mangelte, welche die Verletzung

des Gesetzes bedingt. Indessen täuschen sich hier Viele über Gesetzverletzungen, wie man sich — nach der Ansicht des Verfassers — so lange über den Begriff des *vollkommenen Rechts* täuschte, indem man diesen *einseitig* auf dem Standpunkte der Foderung konstruirte. Das Kind, welches fremdes Eigenthum, selbst mit Gewalt an sich reißt, hat das *Gesetz* gegen den Diebstahl so wenig gebrochen, als der Wahnsinnige sogar in dem Angriff auf mein Leben ein vollkommenes Recht verletzt. — Da das Strafübel nie von Menschen, sondern von dem Gesetze kommt; so kennt es *kein Erbarmen*. Wer ihm diese Eigenschaft wünscht, demonstriert höchstens aus der Biagsamkeit des Goldes gegen die Härte des Eisens, d.h., er wünscht der Strafe eine Eigenschaft, welche sie, gerade um das bringen würde, was sie in dem hohen Grade für die gesetzliche Sphäre einzig brauchbar macht. Mit der Züchtigung ist es ganz anders. Diese erwägt immer, was Züchtling ertragen könne, ohne dadurch einen Schaden zu nehmen, der auch nur dem gleich komme, welchen Züchtling bei dem *ungehemmten* Laufe seiner irrigen Thätigkeit zu befürchten haben möchte. Von der Vernichtung eines Züchtlings ist nie die Rede. Strafe und Züchtigung haben also nie dasselbe *Maximum*: doch kann das einzelne Züchtigungsübel nicht selten sogar *viel grösser* seyn, als ein Strafübel. — Strafe und Züchtigung beziehen sich beide auf *Vergangenheit* und *Zukunft*. Aber die Vergangenheit und Zukunft, auf welche sich die Strafe bezieht, muß in dem *Leben des*

Gesetzes; die der Züchtigung in dem *Leben des Thäters* nachgewiesen werden. — Die Strafe muß, von der geringsten bis zur größten, *Oeffentlichkeit* haben, so zwar, daß alle absichtliche Verheimlichung ihrer, besonders vor den Augen derer, die das Gesetz brechen sahen, Verbrechen an dem Gesetz selbst ist. Die Züchtigung in ihrer reinen Form bedarf dieser Oeffentlichkeit nie. Wenn Nebenumstände sie räthlich machen sollten; so darf doch der wahrscheinliche Eindruck, den solche Oeffentlichkeit auf den zu *bessernden* Züchtling machen könnte, *nie* ausser Augen gelassen werden. — Uebrigens hat die Besserung, welche man sich von der Züchtigung vernünftiger Weise versprechen darf, gar keinen nothwendigen Zusammenhang mit *der Tugend*.

§. 85.

Der *reine* Charakter der Züchtigung kann sich von *zwei* Seiten trüben, und dadurch den der *gemischten* annehmen. Dies geschieht von der des *Züchtlings*, wenn dieser nemlich der eigentlichen Züchtigungsperiode entwachsen ist, oder überhaupt solche Eigenschaften hat, welche die Bedingungen der bei gemüßbilligter Thätigkeit fortdauernden Liebe zweifelhaft machen. Wir wollen einen solchen *Züchtling* einen *unvollkommenen* nennen. Es geschieht dieses zweitens von der des *Züchtigers*, wenn er, durch ein weniger enges Band an die

Person des Züchtlings gefesselt, mit getheilter Aufmerksamkeit auch schon stärker auf das Uebel reflektirt, welches die gemißbilligte Thätigkeit der Gesellschaft zufügt. Man könnte einen solchen *Züchtiger* gleichfalls einen *unvollkommenen* nennen. In jenem Verhältniß nimmt die gemischte Züchtigung mehr den Charakter der *Strafe* an und hat eine sich auf Gesetze beziehende Ermahnung zu ihrer gewöhnlichen und zweckmäßigen Gefährtinn; in diesem nähert sie sich mehr der *Prävention*. Beispiele zu beiden finden sich im gemeinen Leben häufig. Man erinnere sich des Verhältnisses, wo der Sohn von dem Kinde zum Knaben, von diesem zum Jüngling erwächst, endlich zum Manne reift. Die, Anfangs in so weitem Spielraume bestehende, Züchtigung, nimmt hier ab, und hört endlich ganz auf: denn es fehlt an einem wahren Züchtling. Der Gartenschütze züchtigt die kleinen Plünderer des Naschobstes, seine Züchtigung motivirend, durch das Uebel, welches er der *Gesellschaft* zu ersparen habe, die ihn beauftragte. — Nicht selten trübt sich der reine Charakter von den *beiden* Seiten *zugleich*, d. h., ein *lockerers Band* umfaßt (vielleicht neben vollkommenen, doch auch schon viele) *unvollkommene Züchtlinge*. Hier tritt sodann die Züchtigung fast mitten zwischen Prävention und Strafe, jede so nahe berührend, daß man vieler Präzision bedarf, um sie nicht mit beiden zu verwechseln. Von ihr läßt sich alsdann oft weiter nichts mehr sagen, als daß sie sey: „*Ein Uebel, zugefügt in der*

Erwartung, daß das Subjekt der gemißbilligten Thätigkeit sich dadurch werde warnen lassen.“ — Hier ist zwar noch nicht alles Interesse zwischen dem Züchtiger und Züchtling ausgetilgt: aber es ist doch auch nichts Besonderes für dessen Stärke gesetzt. Man hat noch nicht auf alle Hofnung der Besserung verzichtet: aber vielleicht beruht diese doch hauptsächlich darauf, daß man in ihm von einer Qualität, in welcher er allerdings gereift seyn sollte, *blos abstrahirte*. Man zählt bei ihrer Zufügung vielleicht mehr auf eine *Sinnesänderung*, als auf die seiner noch wartende bessere *Einsicht*. Man nimmt vielleicht endlich wenigstens eben so viele Rücksicht auf den Schaden, den ein solcher direkt, oder (etwa durch verführerisches Beispiel) indirekt, der *Gesellschaft* zufügen könnte, als auf das, was daraus bei künftiger Wiederholung *für ihn selbst* folgen werde. Daß hier der *Schadensersatz*, wenn seine sonstigen Bedingungen gegeben wären, nicht ausgeschlossen seyn dürfe, versteht sich von selbst.

§. 86.

Fortsetzung.

Es ist das altdeutsche und noch nicht ganz veraltete Wort „*Rüge*“, welches der Verfasser glaubt hervorrufen zu müssen, um ihm vorzugsweise den Be-

griff der *gemischten* oder *unvollkommenen* Züchtigung auszudrücken. Streite man immer über sonstige Bedeutungen dieses Worts: *in dem System der Einwohner-Ordnungslehre soll es nur diese haben.*

Wurde die *Rüge* bisher als unvollkommene Züchtigung charakterisirt; so folgt daraus keineswegs, daß ihr eine *schlechthin geringere* Vollkommenheit zukomme, als derjenigen, die wir, nur um ihrer Reinheit willen, die vollkommene nannten. Wer reines Silber sucht, kann und muß selbst die mit Gold versetzte Barre gemischt und für seinen, reines Silber fodernden Gebrauch, unvollkommen nennen. Abgesehen von der obigen bestimmten Relativität, hat die *Rüge* manchen wesentlichen Vorzug vor der, jetzt auf ihren engsten Sinn zurückgeführten, Züchtigung. Zwar kommt jener, im Zweifel, nicht die *innige* Liebe zu, welche bei der Züchtigung vorausgesetzt wird: dagegen ist die bei ihr noch immer vorausgesetzte Liebe auch *umfassender*, den Raum der Aufnahme in dieselbe nicht einengend für die Wenigen, welche ihn allein im heftigeren Instinkte finden können. (M. vergl. jedoch §. 41. dem hier nicht widersprochen wird.) — Gerade darin, daß in der Sphäre, wo *Rüge* Anwendbarkeit findet, die *instinktlige* Liebe, der *reflektirenden* weichend, wenigstens in den Hintergrund tritt, gewinnt die *Rüge* immer, oft dreifach, an *Besonnenheit*. Eben hierdurch ist die

Spielart der Züchtigung sicherer gegen die Bestechungen angeblicher Reue, und gegen den Uebertritt in den Charakter der Rache (§. 84. n. 1.). Blicke von diesen Seiten noch einige Gefahr; so könnte man diese doch durch zweckmäßige Organisation der rügenden Behörde fast ganz verscheuchen.

Die Rüge kann zwar sowol öffentlich als in der Stille zugefügt werden, doch wird Oeffentlichkeit, von allen Behörden deren Wirkungskreis sich selbst der Oeffentlichkeit nähern sollte, als Regel angenommen werden müssen. Die einzelnen Fälle müssen beurtheilt werden :

a) Nach dem wahrscheinlichen *Eindruck*, den die eine oder die andere Art der Zufügung auf die Besserung des *Rüglings* machen werde.

b) Nach der Grösse des *Drangs*, das gegebene böse Beispiel in seinem verführerischen Eindruck zu verwischen, verglichen mit dem, was man sich von der Oeffentlichkeit der Rüge dafür versprechen könne.

c) Nach der *Beeinträchtigung*, welche Rübling, durch die Oeffentlichkeit der Rüge, in Wirkungskreisen erleiden würde, deren man ihn doch um einen

solchen That willen nicht berauben kann. Das elterliche, das Lehrer - selbst das Meisterverhältniß u. a. d. g. m., fodern allerdings manche eigne schonende Berücksichtigung. — Man organisire Grade der Oeffentlichkeit. — Die Zufügung der Rüge in der Stille soll von einer jeden, ihre Macht kraft Auftrags ausübenden Behörde, doch immer so geschehen, daß sie sich über die Art und Grösse derselben gehörig ausweisen könne. Also kein *heimliches Gericht*!

In der *Straftheorie* fodere ich, daß das pfandweise gesetzte Strafübel in seiner *bestimmten Grösse* durch das Gesetz ausgedrückt sey. Was wirkliche Gesetzgebungen in dieser Rücksicht noch fehlen lassen möchten, und wie verzeihlich auch mit unter die Lücke seyn möge; so steht dennoch jene Foderung als allein dem Ideale der Gesetzgebung entsprechend da. Denn nur dadurch offenbart das Gesetz den Charakter einer solchen Nothwendigkeit, über welche — sey sie immer von Menschen gesetzt — forthin Menschen nichts mehr vermögen. Wir haben ein Gesetz, darum muß es sterben; darum kann er hier nur so viel von seinem Vermögen verlieren etc.! So fodert es ferner die Sicherung der Freiheit des *Bürgers* gegen das *arbitrium judicis*, während Freiheit in diesem Punkte dem Richter weit öfterer unangenehm als erwünscht seyn würde. Endlich

erlaubt auch dasjenige, dessen man sich zu dem *Bürger* versehen darf, eine solche Vorbestimmung. — Ganz anders verhält es sich mit der *Rüge*. Der Zweck von dieser, wenn auch bisweilen direkt auf Gesellschaftswohl mit berechnet, geht doch immer zunächst auf *Besserung* des Subjekts gemüthsbilliger Thätigkeit. Nun aber ist es psychologisch durchaus entschieden, daß die Wahl des Besserungsmittel, noch meistens ganz individuell persönlichen Rücksichten zu treffen sey, so zwar, daß Dieser durch eben das *verschlimmert* werden würde, was jenen Anderen *besserte*. Zweitens fällt der *Rüge* — wie es sich tiefer unten näher zeigen wird — ein höchst gemischstes, in allen seinen Verhältnissen weit mehr ungleichartiges, Publikum anheim, als das, welches die Bürger im Staate bilden. Ob *Sträfling*, von der Elastizität des Gesetzes ergriffen, nach ausgestandener Strafe noch wohl seyn, oder vielleicht auch gar nicht mehr seyn könne, dies kümmert die Aeusserung der gesetzlichen Nothwendigkeit so wenig, als es die Naturnothwendigkeit kümmert, was sie bei ihren, im Ganzen dennoch heilsamen, Evolution zertrümmere. *Sträfling* dem Vollbürtigkeit, mit ihr das Vermögen der festen Willensproduktion, eben so das des Kalkulirens seiner Kräfte gesetzt ist, darf vernünftigerweise hierüber nicht klagen. Aber *Rügling* muß die *Rüge* immer ertragen können: und

doch sind die Kräfte dazu so ungleich! Die *Vorbestimmung* der Grösse des Uebels, würde also meistens nur da stehen, um nachher kraft eines höheren Gesetzes nicht beachtet zu werden. Eben so wird der *Leichtsinn*, der in der Sphäre der Rüge *erwartet werden muß*, bald die Grösse des vorbestimmten Uebels nicht zu würdigen wissen, bald, eben dadurch, die Vergehung auf das Leichte nehmen. — Drittens hat es die Rüge mit *unvollkommenen* Rechten zu thun. Oft rührt diese Unvollkommenheit daher, daß die That sich schlechthin nicht gehörig *personificiren* läßt (§. 48. S. 50.). Zugegeben, daß manche Schwierigkeiten, welche die Gesetzgebung (die nie aus der *Allgemeinheit* treten darf) nicht überwinden kann, daß sie von der Verordnung eines näher stehenden Rügegerichts könne überwunden werden; so giebt es doch ganze Arten von Vergehungen, die dem schlechthin widerstreben, und die dennoch schlechthin nicht ungerügt bleiben können. Was das Gesetz und selbst die Verordnung nicht zu bezeichnen vermögen, erkennt das *Schiedsrichteramt* gleichwol noch sehr richtig, in dem es genau in alle Umstände eingeht, aus welchen das Vergehen resultirt, und nach welchen es sich allein würdigen läßt. Es folgt, daß jede *Vorbestimmung* des Rügeübels, in der Regel eine Erklärung des Verzichtens auf Angemessenheit seyn werde. Das Uebermaafs in dem Genuß geistiger Getränke (welches schon an sich als Rechtsverletzung anzusehen ist); so Vie-

les in der wechselseitigen Begegnung der Ehegatten; in dem Verhältniß zwischen Brodherrn und Dienstboten etc., kann als hierher gehörig angesehen werden.

Weit von der richtigen Ansicht entfernt, sind daher alle jene Polizey-Ordnungen, welche ihre Hauptstärke in die Vorbestimmung des von der Polizey-Behörde zu verhängenden Uebels setzen, vergessend, daß eben das, was in der einen Sphäre trefflich seyn mag, in einer anderen durchaus fehlerhaft seyn könne. Die meisten solcher Vorbestimmungen sind Preis-Kourantzetteln, um welche der leichtsinnige Rügling sich die Erlaubniß der Vergehung verschaffen kann. Es ist hier noch nicht der Ort, von den Ausnahmen zu reden und zu zeigen, was z. B. die Inschrift des Wegpfahls „bei fünf Gulden Strafe“ zu bedeuten haben müsse.

§. 86.

So alt der Satz ist, „*die Polizey züchtigt, das Gesetz straft*“; so wenig vermochte sie, in ihrer bisherigen Gestalt, den Ausspruch zu thun, daß sie *nur züchtige*, ob er gleich in dem Obigen dem Buchstaben nach liegt. Die anorganischen Auswüchse der Polizey, hier von ihr geraubt, und dorten ihr aufgedrungen, aus dem Gebiete wo man *nur straft*, konnten es nicht dahin kommen lassen, daß sie sich des Begriffs der Strafe entschlagen hätte. Gleich groß mußte die Verwirrung ihres

Eigenen mit dem seyn, was bald vor das Civil- bald vor das Criminalgericht gehört, bald bloß als Gegenstand des Kameral- und des Finanzwesens anzusehen ist. Der Gelehrte weiß, was ich sagen will: dem Anfänger glaube ich Einen Beleg von den vielen geben zu müssen, die sich hier so leicht geben lassen. Ich entlehne ihn aus der *Wied - Runkelischen Polizey - Rügerichts - Straftaxe*, als einer der doch wirklich besseren, wie ich solche in dem *v. Bergischen Polizeyrechte*, Thl. IV. S. 277, vor mir habe. Diese Polizey - Straftaxe hat 61 Nummern, davon:

N. 11) Wer die Strafe nicht kehrt — 10 Kr.

12) Von einem jeden Schweine, das in den Oertern herumläuft etc., nebst Ersetzung des Schadens — 20 Kr.

19) Wer ein Kind unter 16 Jahren auf die herrschaftliche Arbeit schickt — 60 Kr.

56) Wer einen Mark- oder Grenzstein *aus Vorsatz* ausackert — 10 rth.

59) Wer blutrünstig schläget, von 1 — 20 rth.

60) Für geringe (?) Realinjurien von 1 — 5 rth.

61) In der Stadt soll Niemand seinen Karm stehen lassen bei 2 rth.

Ein wahrlich treues Bild der Principlosigkeit der bisherigen Polizey, und eine vorläufig kleine Probe, wie man Züchtigung und Strafe durcheinander warf.

Wird die Polizey sich in der Folge als *Einwohner-Ordnung* erkennen; den Einwohner eben so von dem Bürger zu unterscheiden gelernt haben, wie man schon so lange her richtig zwischen dem *Bürger* und dem *Menschen*, zwischen dem *Bürger* und dem *Vater etc.* unterscheidet; wird sie wissen, daß alle, aus was immer für einem Grunde *unvollkommenen* Rechte, wenn sie das Einwohnerverhältniß *als solches* berühren, direkt vor ihr Forum gehören; ferner, daß die vollkommenen (in dem *deklarativen* Gesetz berathenen) in ihr die öffentliche Anklägerinn finden sollen, überall, wo die sonstigen Bedingungen der Privatklage fehlen etc.; so wird Harmonie in dieses chaotische Ganze treten. Das *Einwohnerverhältniß*, selbst den sogenannten Fremden nicht ausschliessend, wird jene gegenseitige Liebe zu erklären haben, von welchen die Tendenz der *Besserung* der Verirrten eine nothwendige Folge ist. Der Einwohner seiner Seits wird, dadurch, daß in seinem Begriff der Charakter der *Vollbürtigkeit* nicht ausdrücklich in Anspruch genommen ist, folglich davon abstrahirt werden kann, die unerlässliche Qualität des *Rüglings* haben. Was hier noch dunkel oder prekär scheinen sollte, wird das System selbst aufhellen und fester gründen.

— 33 —

Die *Einwohner-Ordnungslehre* wird jetzt weiter abgehandelt in dem *allgemeinen* und in dem *besonderen* Theile. Jener giebt zuerst nähere Notiz von der *alten Polizey*; stellt sodann den Begriff der *Einwohner-Ordnungslehre* auf und deduzirt ihn; zeigt das Verhältniß der Einwohner-Ordnung zum *Staate*, und das ihrer Wissenschaft zu dem Ganzen der Wissenschaften überhaupt, zu dem der Staatswissenschaften insbesondere; entwickelt die *Einwohner-Zwecke*, diese zwar zugleich durch nähere Bestimmung der verschiedenen in dem *Land*e hervortretenden *Einwohnerkreise*; lehrt die *Organisation* der *Einwohner-Behörde*. Der *besondere* Theil, giebt, mit möglichst strenger Rücksicht auf Vermeidung der *technischen* Grenzen, die bewährtesten *Mittel an*, durch deren weise Anwendung die gemeinschaftlichen Einwohnerzwecke unter solchen *Hindernissen* und *Vortheilen* erreicht werden.

Einwohner-Ordnungslehre

(vulg. Polizey)

Erster oder allgemeiner Theil.

Pinwonder's Onion + Garlic

Pinwonder's (Yong. Pinwonder)

Pinwonder's (Yong. Pinwonder)

Pinwonder's (Yong. Pinwonder)

Erstes Hauptstück.

Ursprung des Namens der zu abrogirenden Polizeywissenschaft; Definitionen; Eintheilung; Standpunkt unter den Wissenschaften; Literatur.

§. 88.

Der Name *Polizey* (m. vergl. die Parenthese des Titels) drängte sich mit römischer Gesetzgebung auch auf deutsches Gebiet, entsprechend dem lateinischen *politia* oder *politice* sc. *ars*. Die Römer ihrer Seits hatten ihn von den Griechen als ihren Lehrern, besonders in der Gesetzgebung, entlehnt. Will man also den wahren Ursprung desselben erforschen; so muß man die Griechen fragen.

e

§. 89.

Das griechische Wort *πολις* (*polis*) bezeichnet

- 1) Die städtische Oertlichkeit. *Stadt. Urbis.*
- 2) Die Einwohner der Stadt, bald mit bald ohne Rücksicht auf die öffentliche Würde der verschiedenen Klassen. Also: *Stadtleute, Burger* und *Burgerschaft* lat. *civitas*.
- 3) Den *Staat. Respublica.* — Bürger; Bürgerthum. Die griechische Geschichte, in welcher von der Erbauung *Athens*, bis zum letzten politisch kräftigen Verein der Griechen, also bis zur Erneuerung des *Achäischen Bundes* (J. d. W. 3704), alle grösseren *Städte* zugleich die Rolle einzelner *Staaten* spielten, erklärt hinlänglich, wie die sonst so reiche und feinschattirende Sprache dieser Nation, dem schon in seiner ersten zwiefachen Grundbedeutung fast überladenen Worte, noch den Ausdruck des eben genannten dritten Begriffs aufbürden konnte. Zu einer wie grossen Ausdehnung auch immer das spätere römische Reich gelangte, so waren dennoch auch hier der Staatsmänner nur wenige, die unter dem römischen *Staate* zunächst nicht hauptsächlich die stolze 7 *Hügelstadt* dachten. Auch hierüber giebt uns die römische Geschichte hinlänglich erklä-

rende Auskunft. — Das obgedachte griechische Stammwort vererbte seine Vieldeutlichkeit dem ganzen zahlreichen Geschlechte seiner Abkömmlinge, namentlich hieß *πολιτεία* (Politeia) die gute Einrichtung einer *Stadt*, dann eines *Staats*: bei den Römern aber verstand sich unter *jener* Stadt so sehr der Staat, daß *Politia* das Bürgerrecht zur Bezeichnung dessen erhielt, was wir *Politik*, oder, nach der Verbesserung des Sprachpurismus, von der praktischen Seite *Staatskunst*, von der theoretischen *Staatsweisheit* oder *Staatsklugheit* nennen.

§. 90.

Dem Gesagten zu Folge wären also *Polizey* und *Politik* etymologisch *dasselbe*. Man dürfte nur bemerken, daß jenes Wort mehr unmittelbar aus dem Deutschen (welches ohnehin in seinem Sprachbau dem Griechischen näher kommt), dieses dagegen unmittelbar aus jenem lateinischen Worte entlehnt worden sey, in welchem die Römer das griechische Wort wiedergaben. So sehr nun aber auch immer die Theorie der *Polizey* noch in ihrer Kindheit seyn, und diesen niedrigen Zustand durch den noch nicht entschiedenen Streit über ihren wahren Begriff beurkunden mag; so ist doch nur Eine Stimme darüber, daß *Polizey* und *Politik* zwei wesentlich verschiedene Wissenschaften seyn sollen. Es fehlt in-

dessen sehr viel, daß selbst die achtbarsten Schriftsteller dieser beiden Wissenschaften, jene von ihnen einstimmig begehrte Grenze auch nur irgendwo in gehöriger Schärfe gezogen, und es folglich vermieden hätten, daß nicht ihre Polizey grösseren Theils Politik; ihre Politik grösseren Theils Polizey sey. Belege der Wahrheit dieses ungesuchten Vorwurfs findet man überall. Wer in der Polizey spricht „von den Mitteln, wodurch man einen hohen Begriff von der Gesetzgebung zu erwecken habe (*Sonnenfels* p. 150. der 7te Auflage seiner Grundsätze); von der Vergütung, die der Staat dem Landesherrn schuldig sey (*Jung* §. 1377 u. f.); von den Regalien als solchen (*Bensen* Versuch 1te Aufl. 2te Abthl. §. 339); von der inneren Einrichtung der Universitäten als der Bildungsanstalten künftiger Staatsdiener (*Weber*, Handbuch 1ten B. 2te Abthl. Seit. 404 u. f.): Alle diese können, neben dem verdienten Lobe das ihnen in der Ausführung ihres speciellen Themas gebühren mag, nicht dem Tadel entgehen, daß sie etwas zu Gegenständen der Polizey machen, was sodann keine weitere Unterscheidung der Politik mehr zuläßt. *Rössig*, und viele Andere, übergehen diese und dergleichen Gegenstände mehr in tiefem Stillschweigen, ohne ihre dazu bestehende Befugniss in dem ihnen eigenen Ausdruck „*Ordnungswesen im Staate*“ nur irgendwo als nicht willkührlich zu rechtfertigen. — *Voss* Handbuch der Staatswissenschaft, widmet: unter den besondern Titel „*Politik*“ der *Polizeypraxis* einen eignen Abschnitt

(Th. IV. Seit. 211 u. f.) der *rein* polizeylich ist, d. h., in welchem nicht sowol von dem die Rede ist was von Staatswegen *für* die Polizey zu thun sey, als von dem, was *Funktionen* der Polizey selbst sind. Dieser Verfasser trägt also Polizey in der Politik vor. Nur dann, wenn man Polizey für Politik nimmt, kann man von ihr mit dem geistreichen *Wagner* (Grundriß der Staatswissenschaft und Politik Leipz. 1803. Seit. 67 u. f.) sagen „die Polizey ist unter allen Aemtern das *Höchste*, sie ist im eigentlichen Sinne *Regierung* (Landesdirektion?) und ihr Kollegium das höchste im Staate, welches von dem dirigirenden Minister selbst präsidiert werde.“ Dagegen irgendwo *Schlözer* „die Polizey ist etwas *Untergeordnetes*.“

§. 91,

Folgende Gründe sprachen schon lange gegen die fernere Beibehaltung des Wortes „*Polizey*.“

- 1) Uebersetzte man es „*gute Einrichtung einer Stadt*“; so ist seine Sphäre viel zu *eng*, besonders in unseren Zeiten, wo die in dem Grad gestiegene und mehr verbreitete Kultur, gute Einrichtung eben so laut für das so mächtig gehobene, und in fast überwiegender Wichtigkeit erkannte, *platte Land* fordert. Die Zeiten, wo nur Städte den Kern der Nation enthielten, das Land dagegen nur die Nebenrolle eines Akcessoriums spielte, sind glücklicherweise auf immer vorüber.

2) Uebersetzte man es „*gute Einrichtung eines Staats*“; so ist seine Sphäre viel zu *weit*, und Alle müssen wenigstens zugeben, daß es sodann die Verführung enthält, in der Polizey und Politik Scienzien zu verwechseln, welche man gleichwol geschieden wissen will. Die so eben befragte Etymologie hat uns diesen Fehler bei seiner Wurzel aufgedeckt, die angeführten Belege haben uns dargethan, wie wenig die Wissenschaft bisher dieser Verführung zu entgehen vermochte. Der Fehler ist in dem Grade gefährlicher, in welchem er feinere, darum nicht minder wichtige, Unterschiede antastet.

3) Wie wenig auch die sogenannte „*Polizey*“ es bisher verstand auf Unmittelbarkeit in der höheren Region des *Staats* zu verzichten, und sich, in bescheidene Beschränkung auf die *Nation*, ihres eigenthümlichen Lebens zu erfreuen; so sagte sie sich doch nie von ihrer Verpflichtung zur höchsten *Popularität* los. Sie ist also vor allen berufen in dem Munde des Volks zu seyn, und was soll dem Volke der ihm immerdar unverständliche Name?

Der Verfasser dieses theilt zwar ganz die eben angeführten Gründe, glaubend, daß schon sie hinreichend wären, das Verbannungs-Urtheil über den Namen Polizey auszusprechen. Dennoch sind sie nicht einmal die

hauptsächlichsten, geschweige die einzigen, die ihn zur Wahl eines anderen Namens für seine Wissenschaften bestimmten. Der Hauptgrund des Verfassers ist vielmehr in der Anklage enthalten, daß die bisherige, die sogenannte Polizey, *ihr wahres Princip verkannt habe*, und dadurch ein Gemisch von Staats- und Nationalrückichten geworden sey, welches innerer Haltung, wissenschaftlicher Einheit, folglich des wissenschaftlichen Lebens ermangelte. *Einwohner - Ordnungslehre* soll also, wissenschaftlich aufgefaßt, gar nicht dasselbe zu geben suchen, an dessen Gestaltung, als an einer Staatswissenschaft, die tiefdenkensten Gelehrten mehrerer Jahrhunderte das Unmögliche versuchten; sondern sie soll vielmehr an der Seite ihrer leiblichen Schwester der *Nationalökonomie*, und in ihrer Innerheit von dem Staate abstrahirend, ein Ganzes bilden, das, als eine *neue Wissenschaft*, in der bisher verkannten Eigenthümlichkeit des *Einwohner - Verhältnisses* seine Geschlossenheit finde. Wir geben demnach nichts Geringeres auf als den ganzen Plan von dem bisherigen wissenschaftlichen Gebäude, genannt Polizey. Der Wissenschaftliche, der in der Absteckung seiner Gebiete keine Präscription kennt (§. 9.), beurtheilt das neue Werk zunächst nach den Foderungen, die er an das *System* überhaupt macht. Er erkennt also entweder der Polizey oder der *Einwohner - Ordnungslehre* den Preis zu, je nachdem er diese Foderungen mehr dort oder hier erfüllt findet. Sein würdigender Blick ist hierbei jedoch

nicht ausschliessend auf schon bestehende Vollkommenheit, sondern eben sowol auf *Perfektibilität* gerichtet, in dem er wol weifs, dafs die *neue* immer viele Fehler an sich tragen wird, welche man der Hand des ersten Bearbeiters billigerweise zu gut halten mufs. Es versteht sich von selbst, dafs die neue Konstruktion von recht vielen Trümmern der alten Gebrauch machen darf, ohne dadurch den Charakter der wissenschaftlichen Neuheit zu verlihren. Denn hierüber entscheidet nicht sowol das *Materiale* gewisser Kenntnisse, als die Art und Weise, auf welche die Mannigfaltigkeit derselben unter jener einen Idee, die wir oben die *leitende* nannten (§. 5.), zur *systematischen Einheit* der Kenntnifs geordnet werde.

§. 92.

Soll aber gleich *Einwohner-Ordnungslehre* schlechthin nicht jene alte *Polizeywissenschaft* seyn, deren wissenschaftliche Gestaltung dem Verfasser dieses unmöglich zu seyn scheint; so haben dennoch die bisherigen Behebungsversuche derselben, auch für uns noch ein sehr mannigfaches Interesse. Wir erwähnen zuerst des *historischen* (§. 9.). Dieses wird für den Kandidaten des Staatsamtes unter andern auch dadurch erhöht, dafs er darauf gefafst seyn mufs, sich in seinen Prüfungen ganz in dem Geiste des alten Systems abgefasste Fragen vorgelegt zu sehen. Zu dem historischen Interesse kommt fer-

ner das, welches aus dem Umstande hervorgeht, daß unsere Polizey-Literatur, bei allem Tadel, welcher, nach des Verfassers Ansicht, die wissenschaftliche Oekonomie des Ganzen, und zwar selbst in sonstigen Meisterwerken, trifft, dennoch einzelne bereits bis zur letzten Feile vollendete Parthien in Menge hat. Diese werden nie aufhören bleibende Denkmäler des Scharfsinns, der Gelehrsamkeit oder doch des kritischen und also glücklichen Sammlerfleises zu seyn, und eben so werden sie, selbst entschiedenen Anhängern unseres Systems, ein steter Gegenstand ihres Fleises seyn.

Dem Gesagten zu Folge liegt uns hinsichtlich der bisherigen Polizeywissenschaft ob:

1) Wenigstens mehrere der hauptsächlichsten *Definitionen* derselben anzuführen. — Hierzu, als Anhang, etwas über die beliebtesten Arten der *Eintheilung* der Polizeywissenschaft;

2) Den *Platz*, welchen man ihr in der Reihe der Wissenschaft anwies zu *fixiren*;

3) Einige Hauptwerke ihrer *Literatur* namhaft zu machen.

§. 93.

Das Feststehen eines *vollkommenen Begriffs* ist die, bereits oben von uns anerkannte, erste Bedingung des Lebens einer Wissenschaft (§. 5.). Mögen immer hin Einige (z. B. *Moser*) Streitigkeiten über den Begriff der Polizey bloße Schulstreitigkeiten nennen; Andere (z. B. *v. Berg*) schlichten den Streit über den Werth oder Unwerth solcher Streitigkeiten in den wenigen Worten: „Sind wir nicht einig über das, was Polizey ist; wie wollen wir einig werden über das, was sie darf?“

Schon *Schreiber* und *De La Mare* führten die Klage, die ihnen *Hohenthal* nachschreibt, daß man ein eigenes Werkchen liefern müsse, wenn man alle die verschiedenen Definitionen der Polizey aufstellen wollte. Erwägt man hiernächst, daß seit ihnen dennoch kaum irgend ein bedeutender Schriftsteller dieses Fachs auftrat, der nicht wenigstens von *dieser* Seite etwas Neues versuchte; so erhellet, daß uns nichts weiter obliegen könne, als die Anführung *einiger* von denen in Deutschland bekannter gewordenen. Ihre Kritik bleibt dem mündlichen Vortrage überlassen, welche darin die Belege zu allen Arten der Verletzung des *Adäquaten* (§. 6.) finden wird.

- 1) „Ich verstehe unter dem Wort Polizey: diejenige landesherrliche Rechte und Pflichten, auch daraus

„fliessende Ansalten, welche die Absicht haben, der
„Unterthanen äusserliches Betragen im gemeinem Le-
„ben in Ordnung zu bringen und zu erhalten, wie
„auch ihre zeitliche Glückseligkeit zu befördern.“

v. Moser. Von der Landeshoheit in Pol. Sa-
chen. Frankf. und Leipz. 1773. Seit. 2.

2) „Polizey ist gleichsam das Leben und die Seele ei-
„nes Staats und befugt den Regenten (als obersten
„Vormund und Landesvater) in summa für alles zu
„sorgen, was er zur *Sicherheit*, *Bequemlichkeit*,
„guter Zucht, *Ordnung*, *Nahrung*, *Bevölkerung* und
„*Reichthum* des Staats nur immer für dienlich er-
„achtet!“ Taxation der Venalien; Einschränkung
des Luxus; Ausfuhr - Verbote; Beförderung der
nützlichen Künste und Wissenschaften durch hohe
und niedere Schulen, werden in specie hierher ge-
rechnet.

Kreittmayer: Grundriss des allgemeinen und
Bayerischen Staatsrechts. München 1769.

§. 17. Seit. 32 u. 33.

3) „Ea supremæ potestatis pars, qua exercetur cura aver-
„tendi mala futura in statu reipublicæ interno. — —
„Promovendæ salutis cura proprie non est politiæ,

„nisi quatenus ea mente agitur, ut tanto lautior sint
„status isti malo, quod metuebatur, directe op-
„positus.“

Pütteri: Instit. Jur. publ. german. Ed. VI.
Götting. 1802. cap. III. §. 331.

- 4) „Non displicet nobis ea definitio, qua politiam di-
„cunt congeriem mediorum (s. legum et instituto-
„rum), quae universae reipublicae splendori atque
„externae singulorum civium felicitati inserviunt;
„scientiam autem, quae docet modum, quo legibus
„et aliis sanctionibus atque institutis oeconomia, tum
„privatorum, tum publica, ad commune reipublicae
„scopum dirigenda sit, scientiam politicam (*Polizey-*
wissenschaft).

Hohenthal: Liber de Politia. Lips. 1776. §. II.
p. 10.

- 5) „Das Wort *Polizey* hat heute zu Tage einen *weit-*
läuftigen und einen *engen* Verstand. In jenem sind
Commerzien Wissenschaft, die Stadt- und Landöko-
nomie, die Verwaltung der Bergwerke, das Forst-
wesen u. d. g. m., insofern die Regierung ihrer Vor-
sorge darüber nach Maßgebung des allgemeinen Zu-
sammenhanges der Wohlfahrt des Staats einrichtet,
zu der *Polizey* zu rechnen. In engem Verstande be-

greift man darunter: alles dasjenige, was zur guten Verfassung des bürgerlichen Lebens erfordert wird und mithin vornämlich die Erhaltung guter *Zucht* und *Ordnung* unter den Unterthanen, und die *Maßregeln*, die *Bequemlichkeiten* des Lebens, und den *Wachsthum* des Nahrungsstandes zu befördern.“

v. Iusti: Grundsätze der Pol. W. Götting.
1756. §. 2 u. 3.

- 6) „Die Polizey besteht in der Aufsicht über die bürgerlichen Anstalten und niedern Staatseinrichtungen, „dafs sie der ursprünglichen Staatsverfassung gemäß „erhalten werden, und beschäftigt sich mit der Hin- „wegräumung und Vorbeugung aller Ereignisse, die „den Nat. Reichthum schwächen und die Untertha- „nen in Dürftigkeit bringen, ihre Gewerbe stören „und ihre Gesundheit oder überhaupt die innere Si- „cherheit in Gefahr setzen könnten.

Fischer: Lehrbegriff sämtl. Polizey- und Came-
ralrechte. Frankfurth a. d. O. 1785. Bd. I.
§. 4.

- 7) „Die Polizey sucht nicht allein jedem, der dem „Staate mit Pflichten verbunden ist, den Willen und „das Vermögen zu benehmen, dieselben zu übertre- „ten, sondern auch einen jeden so viel möglich (?)

„zur freiwilligen Beobachtung derselben geschickt
„und geneigt zu machen.“

Erb: Abhandl. über die Grenzen der Polizey
s. Vorlesungen der Churpf. ökon. Gesell-
schaft B. III. Seit. 210.

8) Die Wissenschaft, die innere Sicherheit des Staats
zu gründen und zu handhaben.

Sonnenfels: Grundsätze 7te Aufl. T. I. p. 49.

9) Das Ordnungswesen in einem Staate in Rücksicht
auf innere Sicherheit, Schönheit, Bequemlichkeit
Bevölkerung, Sittlichkeit und den Nahrungsstand.

Röhsig: Lehrbuch d. P. W. Jena 1786. Seit. 2.

10) „Der deutliche Begriff der Pol. W. ist: Sie
„lehrt die besten und zweckgemäsesten Mittel, wo-
„durch die regierende Gewalt, alle Wirkungskreise
„der bürgerlichen Gesellschaft, so leitet, einrichtet
„und ordnet, daß nicht nur jeder Bürger leicht und
„ungehindert, sondern auch so wirke und handle,
„daß dadurch nicht nur das Einzelne, sondern vor-
„züglich das allgemeine Beste (?) im höchsten Grade
„befördert werde.“

Jung:

Jung : Lehrb. d. P. W. Leipz. 1788. §. 9.
vergl. §. 8.

11) „Die Polizeywissenschaft ist: die Lehre von der
„Gründung und Erweiterung des Nat. Reichthums
„zur Beförderung und Erhöhung des physischen Ge-
„sellschaftswohls, mittelst der Gewerbpflege oder der
„öffentlichen Sorge für die Aufnahme des Nahrungs-
„standes.

Niemann : Grundsätze der Staatswirthschaft.
1ter Thl. Altona u. Leipz. 1790. §. 51.

12) „Unter dem Namen der Polizey begreift man: Alle
„Anordnungen und Einrichtungen, welche von Sei-
„ten der höchsten Gewalt getroffen werden müssen,
„um den Staatsbürgern (da, wo die Privatkräfte nicht
„mehr zureichen) *öffentliche Sicherheit im Innern*
„zu verschaffen, welche sie, gegen die aus wider-
„sprechenden Neigungen ihrer Mitbürger und aus
„den willenslosen Kräften der Natur wirklich enste-
„henden oder auch nur möglichen Störungen ihrer
„äusseren und inneren *Gemächlichkeit*, und zur Er-
„leichterung des Genusses ihrer Rechte sich selbst
„zu geben nicht im Stande sind.

Bensen : Staatslehre. Erl. 1798. IIte Abthl. p. 11.

13) „Polizey im weiten Sinne des Worts ist: derjenige
„Theil der *nicht* gerichtlichen executiven Staatsgewalt
„im Innern, welche *ausser* den Kirchlichen und Ka-
„meralgegenständen die anderweitigen Vorkehrungen
„für Menschenwohl begreift.

v. *Drais*: Wie fern läßt sich die Polizey defi-
niren? s. Blätter für Polizey und Kultur
Jahrg. 1803. Seit. 577 — 608.

Not. Die sehr interessante Abhandlung ist besonders gegen
die Pütterische, in der Folge von Hrn. v. Berg
in seinem Handbuch des teutsch. Pol. Rechts (Hanno-
ver 1802.) Thl. I. p. 12. zum Grunde gelegte, Defi-
nition gerichtet. Berg nahm jene Definition zurück
und suchte zu verbessern:

14) „Vielleicht könnte man sagen: die Polizey sey der-
„jenige Theil der Staatsgewalt, welcher nicht nur
„im Allgemeinen für die Verhütung und Abwendung
„gemeinschädlicher Uebel im Inneren des Staats Sorge
„trägt; sondern auch die Sicherheit und Wohlfarth
„der Staatsbürger in allen Fällen, wo die andern be-
„sondern Zweige der Staatsgewalt ihrer eigenthüm-
„lichen Bestimmung nach, nicht wirksam sind, zu
„befördern sucht.

v. *Berg*: lib. cit. Thl. IV. Seit. 19.

- 15) „Die Wissenschaft, welche die Grundsätze und Regeln lehrt das Staatsvermögen durch Verhütung oder „Abwendung aller für dasselbe im Inneren des Staats „zu befürchtenden, gemeinschädlichen Uebel zu erhalten, zu sichern und so das Beste desselben überhaupt zu befördern.

*Weber (F. B.): Handbuch der Staatswirthsch.
B. I. Abthl. I. Seit. 64.*

Not. Das in so vielem Einzelnen treffliche, übrigens auf dem Standpunkte der Politik des Inneren, wo der Verfasser keine Politik anerkennt (Seit. 84. n. 2.), abgefasste Werk, ist selbst die beste Widerlegung einer Definition die den Kreis der Polizey auf Uebel-Verhütung beschränkt.

- 16) Die Polizey besteht in der Sorgfalt der höchsten Gewalt künftig gemeinschädliche Uebel im Inneren des Staats zu verhüten, und allgemeine Mafsregeln zur Erhöhung der Staatskraft anzuwenden.

*Harl: Grundlinien einer Theorie des Staats etc.
Erlang. 1805. Seit. 51.*

- 17) „Polizeywissenschaft lehrt: nicht die Leitung des „Landbaus der Gewerbe etc.; dies ist die Sache der „Industrie Politik: sondern sie lehrt, wie die aus „dem Zusammenrücken und Trennen entstehende Un-

„bequemlichkeiten gehoben, und die nun erst mögliche Bequemlichkeiten verschafft werden können.“

•. *Schlözer*: (A. L.): Staatsgelahrtheit. Götting. 1793. Encyklopädie §. 7.

Not. 1) Schon aus dieser Definition, noch mehr aus verschiedenen tiefer unten anzuführenden, in dem eben citirten Werke befindlichen, Stellen erhellet, daß vor Allen dieser berühmte Lehrer unseres Zeitalters der Entwicklung der Eigenthümlichkeit des Einwohner-Verhältnisses und seiner Anerkennung als der eigenthümlichen Sphäre der Polizey nahe war. — Bemerkungen gegen diese Schlözerische Definition s. Vofs bekanntes Werk: Handbuch der Staatswissenschaft. Leip. 1796. Th. I. Seit. 72. Anmerk. 16.

Not. 2) Die meisten dieser Definitionen findet man schon bei v. Berg l. c. wenigsten nach ihrem wesentlichen Inhalte berührt. Der Verfasser dieses fügte noch n. 8. 11. 12. 13. 15. 16. 18. hinzu. Man findet bei jenem Verfasser noch ferner die Definitionen von Kant, Lamprecht, Schnaubert, Hertius, Heumann, v. Roth, Schmalz, Beckmann. Band IV. l. c. trägt die von Wedekind und Klein nach. Man vergl. hiermit Versuch p. 6. u. f.

18) So eben erhalte ich eine, meinem „Versuche“ gleichzeitige, folglich unserem Buchhandel ganz neue Schrift: „Lotz: Ueber den Begriff der Polizey und den Umfang der Staatspolizeigewalt. Hildburgh. 1807.“ Herr Kanzeleirath L. findet alles, was vor ihm über sein Thema gesagt worden, ist, unzurci-

chend, und liefert in mancher treffenden Kritik einen neuen Beleg des Alten, „dafs selbst ein solches Tadeln noch immer leichter ist als die Schöpfung eines eignen Besseren.“

„Soll nun aber — sagt er — die Staatspolizeigewalt einen *eigenen* von den übrigen Zweigen der Staatsgewalt abgeschiedenen Hauptzweig bilden, soll sie ein eigenes von den Gebieten der übrigen Staatsgewalten ganz abgeschiedenes Gebiet angewiesen erhalten; so kann unter *Polizei* unmöglich (?) etwas anderes verstanden werden, als:

„die direkte Selbstthätigkeit der Staatsregierung für die Erreichung des Staatszwecks (höchste Vervollkommnung des Bürgers oder des Bürgervereins) seinem ganzen Umfange nach, und die Staatsgewalt kann nichts anderes enthalten, als das Recht der Staatsregierung, in Absicht auf die Erreichung dieses Zwecks unmittelbar selbstthätig zu seyn.“

Der Staatszweck des Herrn Verfassers ist eben so unbestimmt, als der des *allgemeinen Wohls*. Kann man denn wirklich behaupten, dafs z. B. die Akte der *legislativen* Gewalt nicht Akte der *direkten Selbstthätigkeit* des Staats seyen? Was wäre auch wol eine *indirekte* Selbstthätigkeit? Täuscht mich nicht alles; so glaube ich darthun zu können, dafs

der rechtmäßige *Krieg* in seinen Evolutionen, nichts anderes als ein Akt *der direkten Selbstthätigkeit der Staatsregierung für die Erreichung des Staatszwecks in einem Theile seines ganzen Umfangs*, dafs er folglich, nach dieser Definition, eine *Polizeysache* sey! — Ueber Politik des Inneren scheint mir, nach vorläufig flüchtigem Blick zu urtheilen, der Verfasser manches Gute zu haben: aber das *eigne* Princip der Polizey, scheint mir eben so gänzlich von ihm verfehlt zu seyn.

§. 94.

So grofs aber auch immer die in dem vorigen §en nur zu deutlich vorliegende, fast an vollendete Verwirrung gränzende Disharmonie in der *Aufstellung des Begriffs* der sogenannten Polizeywissenschaft ist; so wird doch selbst diese noch von jener Uneinigkeit übertroffen, welche man über die *Eintheilung der angeblichen Wissenschaft in ihre Zweige*, unter den Bearbeitern der Polizey wahrnimmt. Mangel der Einheit des Princip der Wissenschaft, mufs zwar nothwendig diese Verschiedenheit in der Zergliederung zur Folge haben: aber bei weitem den Meisten geht selbst die Konsequenz nach dem ab, was *sie* selbst für das Princip ausgeben, und Viele lassen sich kaum von Ferne in die Angabe ihres *Theilungsgrundes* ein. Die Folge ist, dafs man uns unter dem Namen Polizey so viel oder so wenig geben kann,

als jedesmal dem Autor beliebt, ohne dafs man ihm den Fehler der *Ueberladung* oder der *Auslassung* in seinem, d. h. in dem eigentlich fehlenden, Plane nachweisen könne. — Es würde mehrere Bogen erfodern, demnach die Grenzen des Raums, welchen unser Kompendium diesem Gegenstande widmen kann bei weitem übersteigen, wenn wir auch nur von der Hälfte jener Autoren deren Definitionen gegeben wurden, die Schemata ihrer Zergliederung vorlegen wollten. Uns genüge folgende allgemeine Angabe:

Wir finden:

1) *Reichs - Kreis - Landes - Provinzial - Amts - Stadt - Polizey.*

2) Die *hohe* und die *niedere* Polizey. — Man giebt ihr gemeiniglich die Unterabtheilungen: *Sicherheits - Personen - und Güterpolizey.* So wol die zweite als dritte verzweigt sich sodann wieder in die *allgemeine* und *besondere.* Der niedern werden, wenigstens oft, mit der höheren dieselben Gegenstände angewiesen, wo sodann *Stadt - Dorf - Zunftpolizey etc.* ihre Stellen erhalten. Z. B. *Hufeland Institutionen des gesammten positiven Rechts.* Jena 1803. §. 1004 — 1013.

3) *Real - und Personalpolizey.* Bensen.

4) Folgende Eintheilung;

a) *Personalpol.* wirkt auf:

α) die *physischen* Kräfte, als: *medizinal - persönliche - Bevölkerungsp.*

β) Die *moralischen* Kräfte, als: *Erziehungsp.*
als *Aufklärungsp.*

b) Die *Freiheitspolizey*, wirkt auf die natürliche und bürgerliche Freiheit als *Polizey*:

α) der *bürgerlichen Handlungen*;

β) der *Gesetzgebung*;

γ) der *regierenden Gewalt*.

c) Die *Ehrenpolizey* wirkt durch die *Polizey*:

α) der *Standesehre*;

β) der *Geburtsehre*;

γ) der *Volksehre*.

d) Die *Eigenthumspolizey* wirkt:

A) Gegen die *Unsicherheit* des *Eigenthums* und zwar:

1) durch *Menschen* in der dreifachen Beziehung:
Eigenthümer; *Mitbürger*; *regierende Gewalt*.

2) Durch *Unglücksfälle* und zwar: *Feuers - und Wassersnoth*; *Hagel*; *Miswachs*; *Theuerung*.

B) Zur *Vermehrung* des Eigenthums, durch die *Gewerbpolizey* und zwar *Landwirthschaftsp.*; *Fabrikenpolizey*, *Handlungsp.* — Diese, mit vielem Fleiße entworfene *Eintheilung*, gehört Herrn *Jung* an, vid. l. c. p. 16.

5) *Polizey der Bevölkerung; der Sittlichkeit* (und zwar sehr oft in steter Verwechselung der Tugend und der Tugenden s. ob. §. 11.); der *Sicherheit*; der *Gewerbe*; des *Wohlstandes*, wohin auf der positiven Seite die *Schönheits-* auf der negativen die *Armen-Polizey* gerechnet zu werden pflegt.

Rössig, der dieser nur zu beliebten *Eintheilung* folgt, widmet der ersten 7, der zweiten 5, der dritten 4, der fünften 2 Kapitel. Die vierte Abtheilung hat ihm 3 Abschnitte; der dritte Abschnitt 3 Unterabtheilungen. Es verlohnt sich der Mühe auf deren weitem Verzweigung zu achten, um sich deutlich zu überzeugen, daß auf *diesem* Wege für die Wissenschaft schlechthin nichts zu erwarten ist. Dem gedachten Verfasser treten in der besagten Unterabtheilungen hervor;

Pol. der Woll- Leinen- Baumwollen- Seiden- Leder-
Papiermanufaktur; der Thon und Porzellanbereitung;
der Kalkbrennerey; der Salzbereitung; der Glasfabri-

katur; der Ziegelbrennerey; der Schmelzerey und Metallwerke! — Man nehme die erste beste Technologie zur Hand: und man wird erstaunen über die Unvollständigkeit unter dem Anscheine so vieler Vollständigkeit!

6) Wir finden *Medizinal* - ja *Criminalpolizey*! Die erstere verzweigt sich nicht selten nach der Menge der für epidemisch geachteten Krankheiten. Pest- und Gelbfieberpolizey etc.

7) Der in seinen Verdiensten um' das Praktische der Polizey in Deutschland rühmlichst bekannte Herausgeber der *Justiz* - und *Polizey-Fama*, nimmt in dem alphabetisch geordneten Sachregister der Polizeygegenstände an: Armenpolizey; Bergwerksp.; Bevölkerungsp.; Eigenthumsicherheitsp.; Erziehungs- und Unterrichtsp.; Feuerp.; Forstp.; Gesindep.; Gesundheits- und Medizinalp.; Gewerbep.; Handlungsp.; Kultur- d. h. Haus- Land- und Stadtp.; Oeffentliche-Sicherheitsp.; Persönliche Sicherheitsp.; Postp.; Religionsp.; Sittenp.; Theuerungsp.; Vormundschaftsp.; Wasserschadensp.

8) Andere schlagen vor die Polizey einzutheilen: in die *unfugssteuernde*, in die *wehrende*, in die *helfende*. *Placidus* Lit. der Staatslehre. Straßb. 1798. Seit. 38.

Bei den meisten dieser, leicht noch sehr zu vermehrenden Eintheilungen, nimmt man bald wahr- daßs das Wort *Polizey* allmählich noch die generelle Bedeutung einer *jeden* zu was immer nützlichen *Anordnung* übertragen bekommen hat. Die Möglichkeit einer solchen, durchaus alle Grenzen verrückenden Uebertragung, ist in der Princip - also Charakterlosigkeit der *ursprünglichen* *Polizey* gegeben. Was man Medizinischepolizey nennt, ist meistens ein Gemisch von Aertzlichem und Polizeylichem, wo das Aertzliche nicht Polizeylich, das Polizeyliche nicht Aertzlich ist. Doch sie hat noch Perfectibilität: aber o die *Staatsarzneykunde*! So gehört Forst- und Jagdpolizey zu 2f3 nur für das Forum des Forstmannes. Auf solche Art ist die ganze Scheidewand zwischen der *Polizey* einer Seits, und ander Seits zwischen der hundertfachen *Technik* aller Art niedergerissen; der polizeylichen Pfucherey der gleich breite und verderbliche Eingang eröffnet; der thätigsten, umsichtsvollsten und kräftigsten Behörde dieses Zweigs alle Möglichkeit benommen, sich je auch nur selbst sagen zu können, daßs sie *alles* erfüllt habe, was ihr obliege. — Die beliebte *Rössigische* Eintheilungsmethode kann füglich die *objektive* genannt werden. Wer sie wählt, begeht keinen geringeren Fehler, als der, welcher die Philosophie nach den *Gegenständen* benennen wollte, über welche philosophirt wird, oder philosophirt werden könnte. Selbst hiervon abgesehen; so trennt diese Methode in der Praxis nicht selten, was innigst verbunden seyn sollte

und verbindet dagegen, was schlechthin unter ein anderes Ressort gehört. So liegen hier Feuer- und Wasserpolizey, die vielfach untrennbaren, fast ganz auseinander; so kommt dagegen die polizeyliche Berathung durch Assekuranz (die wesentlich dieselbe ist, gleichviel welche willenlose Naturkraft den Schaden verursachte) hier nothwendig bei jeder derselben besonders vor.

Not. Diese Eintheilung erhält durch die Rheinische Bundesakte, welche den Mediatisirten die niedere Polizey beläßt, ein besonderes praktisches Interesse. Bis jetzt sind jedoch kaum zwei Schriftsteller über die hier als etwas Entschiedenes zum Grunde gelegte Grenze einig.

§. 95.

Ueber die nothwendige *Einheit* und *Geschlossenheit* eines jeden Inbegriffs einer Erkenntniß als System, haben wir uns gleich Anfangs gegenseitig verständigt (§. 1 — 4). Eben dort wurde von dem allgemeinem Bande, das alles Wissenschaftliche bindet, gesprochen, und wir kamen überein, daß in dem Reiche der Systeme Gruppierungen Statt fänden, die in ihrer Art eben das seyen, was die Gattungen, Arten und Familien im Reiche des Organismus sind. Dort wie hier, ist bei jedem erweiterten Blick das Ganze nur Theil, und dennoch behauptet sich dieser Theil, von einer anderen Seite, wieder als *Totalität*.

Wie nun der Naturforscher zur genauen Kenntniss des einzelnen Organismus die Kenntniss der Art, zu der der Art die der Gattung bedarf, und also in jeder weiteren Forschung eine höhere Aufgabe sieht: eben so ist die genaue und umfassende Kenntniss einer jeden einzelnen Wissenschaft, mächtig bedingt, durch die ihr wahres Wesen stets kommentirende Kenntniss derer Wissenschaften, welche sich dem System als Systeme anreihen. Ich übergehe, wie es eines der sichersten Zeichen wahrhaft wissenschaftlicher Einheit und Geschlossenheit ist, wenn das System (die Wissenschaft) in diesem Zusammenhang Grenzen findet, die zwar deutlich *scheiden* und dennoch nie das Band *zerreißen*, d. h., wenn sich in diesem Zusammenhange nur sanfte Uebergänge darbieten. Wir sind einig, dass die Umsicht auf die natürlichen Umgebungen durchaus zu den Vorbedingungen des nicht ganz gemeinen Studiums einer jeden einzelnen Wissenschaft gehöre.

Gelingt dem Verfasser die Konstruktion der *Einwohner-Ordnungslehre* als einer *eigenen* Wissenschaft; so wird diese forthin in der systematischen Gruppierung der Wissenschaften eine *ganz andere Stelle* erheischen, als die, welche man der Polizeywissenschaft anwies. Eben hinsichtlich dieser, in den Augen des Kenners höchst wesentlichen Abänderung, erfordert die Beachtung der *bisherigen Stelle* der Polizey noch die ganz besondere Aufmerksamkeit eines Jeden, der uns *selbstdenkend* erfassen will.

Fortsetzung.

Darüber ist nur *Eine* Stimme — aber es ist eben sie, welcher die *Einwohner-Ordnungslehre* entgegen zu sprechen wagt, oder, welcher sie sich vielmehr in eigenthümlichem Charakter entzieht — daß die Polizeywissenschaft in die Gruppe der *Staatswissenschaften* überhaupt in die der *Staats-Verwaltungswissenschaften* insbesondere gehöre.

Ihrer, welche mit denen dazu erforderlichen Talenten, den Entwurf eines *Stammbaums* der gesamten *Staatswissenschaften*, selbst bloß der *Staats-Verwaltungswissenschaften*, auch nur versucht hätten, sind verhältnißmäfsig zwar nur Wenige, dennoch sind ihrer bei weitem noch zu Viele, um sie hier Alle skizziren zu können. Der Verfasser leitet für seine Anführung, neben der Hinsicht auf Werth und Celebrität, noch jene nothwendige auf das, was er von solchen Schriften zur Hand hat.

An der Spitze steht die allbekannte *Generaltabelle Schlözers*. Er selbst kennt ihr, ausser einem Versuche von *Achenwal*, keinen Vorgänger, legt sie als das Produkt vieljährigen Nachdenkens vor, und lenkte damit den Geist der Prüfung hin auf einen Punkt, vor dessen

vollendeter Berichtigung das ganze staatswissenschaftliche Studium an Unordnung und Lückenhaftigkeit kränken muß. Nach *Schlözer* (Staatsgelahrtheit, Göttingen 1793) sind *Staatswissenschaften*:

- | | | |
|-----------------------------------|---|-------------------------------------|
| 1) <i>Statistik.</i> | } | <i>cursus politicus historicus.</i> |
| 2) <i>Staatsgeschichte.</i> | | |
| 3) <i>Metapolitik.</i> | } | <i>curs. pol. philosoph.</i> |
| 4) <i>Staatsrecht.</i> | | |
| 5) <i>Staatsverfassungslehre.</i> | | |
| 6) <i>Staatsverwaltungslehre.</i> | | |

Die letzte heißt auch *Staatskunst*, *Staatsklugheit*, *Regierungskunst*, *Politik* im engen Verstande, *scientia imperii administrandi*. Sie ist: geordnete Anzeige aller *Geschäfte*, welche die Regierung zu besorgen Recht, Pflicht, Macht hat; Angabe der *Mittel*, wodurch solche *Geschäfte* am zweckmäßigsten besorgt werden können.

Die unzählige Menge der *Geschäfte* selbst, theilt sich ab:

1) Nach dem *Zweck*

a) der *negative*. Sicherheit des *vierfachen Eigenthums*. (Person, Vermögen, Ehre, Religion) gegen *dreierlei* ein-

de. (*Mitbürger*; Rechtspflege: böse *Ausbürger*;
Militair-Einrichtung: böse *Natur*).

b) Die *positiven*.

Reich. Gewinnung, Veredlung, Vertauschung:
also Oekonomie-Manufaktur-Handelspolitik.

Zahlreich. Bevölkerungspolitik.

Aufgeklärt. Aufklärungspolitik. Institution. Hie-
her auch Religionspolitik, besser als: *Jus ecclesi-*
asticum, canonicum etc.

2) Nach den *Mitteln*:

a) Lehre von den *Beamten*;

b) Lehre von den *Staats-Einkünften* und Ausgaben.
Finanzwissenschaft, auch Kammeralwissenschaft,
Staatswirthschaft. Erweiterung der letzteren Na-
men, auch über Industrie-Politik, weil *Landes-*
und *Staatskapital* gleichen Schritt wenigstens hal-
ten sollen.

3) Nach den *Menschen*, mit denen der Staat zu thun
hat. Solche sind *Ausbürger*, *Bürger*. Letztere leben
entweder *sporadisch*, oder sie wohnen und handeln
in Massen und Volksklassen *zusammengerückt* (*synoi-*
ketisch?) Daher:

a) *Auswärtige Politik*;

b) *Polizeywissenschaft*. Definition.

Der, nach dem Schlözerischen Plane studierende Staats-Geschäftsmann, hat seine *polizcylichen* Kenntnisse von dem Kollegium der *Staats-Verwaltungswissenschaft* zu erwarten. Ganz bestimmt erklärt sich der Verfasser dahin, in seiner *Theorie der Statistik*. Götting. 1804 Seit. 129 ad vocem *Universitätspolitik*.

§. 94.

Weit über mein Lob erhaben, verräth diese, nach meinem Urtheil bis jetzt noch unübertroffene Skizze, die Meisterhand welche sie entwarf. Wenn indessen ihr Verfasser sich schon selbst sagt, daß er doch noch *einiges Gezwungene* darin finde (Vorred. Seit. VIII); so scheint es, daß er vorzüglich an der so schwer unterzubringenden *Polizey* Anstoß genommen habe. Einiges Mißtrauen in seine Definition derselben, verräth schon die jener Definition unmittelbar beige-fügte Anmerkung: „Nach diesem Begriff — und einen anderen, bestimmten, weifs ich mir noch zur Zeit von der *Polizey* nicht zu machen — gäbe es keine *Polizey*, keine Dorf- oder Stadtpolizey, wenn die Menschen noch *sporadisch* lebten.“ — *Polizey*, will *Schlözer* mit Recht nicht für die ganze innere Politik genommen wissen, und doch wird diese (m. s. den Schluß der Generaltabelle) der *auswärtigen* so zur Seite gestellt, als ob sie mit dieser den ganzen politischen Kreis theile. Irre ich nicht, so läßt diese Eintheilung eine Lücke, oder das Dividendum

geht durch diese beide Divisoren nicht ganz auf: eben sie, als Faktoren betrachtet, könnten nicht die ganze Politik als Produkt geben. Sollte ein Staat, dessen Bürger *sporadisch* lebten (kein Widerspruch in der Idee des Staats, selbst faktisch!) sollte er wirklich *alles* dessen entbehren können, was die Polizey zu leisten hat? Blicke nicht auch nicht hier z. B. die Möglichkeit von Vieh- und Menschenseuchen?

Hiernächst schwebt dem grossen, unter dem Anscheine der grössten Leichtigkeit so tief denkenden, Veteranen immer vor, *dass die Menschen, neben dem Staatsbunde, noch ein anderes weitgreiffendes, und gewissermassen öffentliches Band binde, dessen Eigenheit durchaus nicht mit dem Staatsbunde selbst zu verwechseln sey.* Spricht er dort von *Staats - Gesellschaft*; so setzt er dieser eine *bürgerliche* entgegen. Das Unpassende des letzteren, zum Ausdruck dieser Eigenthümlichkeit gewählten Worts, fühlt er selbst, huldigt aber dennoch, auch in späteren Schriften, fortdaurend der Lieblingsidee, die nur einem nicht entsprechenden Ausdruck anvertraut ist.

Klassisch für die *Einwohner - Ordnungslehre* sind folgende Stellen der Schlözerischen Feder:

„den wesentlichen Unterschied zwischen *bürgerlicher* und *Staatsgesellschaft* (*societas civilis* oder *civitas*; und *societas cum imperio* oder *imperium*) setze ich voraus

aus Staatsanzeigen Heft 67 Seit. 354.“ — „Vielleicht zeigt sich auch hier ein neuer Grund *bürgerliche* Gesellschaft und *Staat* von einander zu unterscheiden. Nur ist der deutsche Ausdruck (*bürgerliche* Gesellschaft) schleppend: dürfte man dafür das Wort *Gemeinde* vorschlagen, und nach dieser neuen Terminologie

Menschen - Recht Menschen - Pflicht;

Gemeinde - Recht *Gemeinde* - Pflicht;

Staats - Recht Staats - Pflicht;

bestimmter auseinandersetzen? l. c. S. 4 und 78. vergl. dessen *Theorie der Statistik*. S. 27 und 28. (*häusliche, bürgerliche* Staatsgesellschaft). — Eben diesen Ausdruck „*bürgerlich*“ nimmt, fast in gleichem Sinne, auf *Niemann*: *Abriss der Statistik*, Altona 1807 S. 119 u. fl.

Uebrigens sey es hier ein für allemal gesagt, daß die Schriften von *Aristoteles* und *Schlözer* den entschiedensten Antheil daran hatten, in dem Verfasser dieses die Idee der *Einwohner - Ordnungslehre* zu wecken und zu entwickeln.

§. 98

Schmalz. An *Schlözern* reiht sich Hr. *Schmalz* an, jedoch schon deswegen in grösserer Entfernung, weil es nicht in seinem Plane lag, einen Stammbaum der gesamm

ten Staatswissenschaften zu liefern; sondern blos auf *Politik* Rücksicht zu nehmen.

Schmalz (*Annalen der Rechte des Menschen etc.* Königsberg 1794 S. 74 u. f.) nimmt an:

Die Operationen der Staats betreffen:

- | | | |
|--------------------------|----------------|-------------------|
| 1) Den Staat überhaupt. | <i>Höhere</i> | } <i>Politik.</i> |
| 2) Einzelne Gegenstände. | <i>Niedere</i> | |

Diese Gegenstände beziehen sich alle auf des Staats *einzigsten* Zweck: *Sicherheit!* Diese ist:

a) *Aeusserer*. Diplomatische Angelegenheiten; Militär-Einrichtung; Kriminaljustitz.

b) *Innere*. Bestimmung der Rechte und Pflichten des Bürgers, dem Zweck des Staats gemäß: *Civiljustitz*; Beiträge aus dem Vermögen: *Finanz*; Handlungen der Bürger zum Zweck des Staats: *Polizey*.

Der Verfasser sagt unter andern: „Die *Polizey* benutzt als Mittel, so gut wie die *Civiljustitz* und *Finanz* (?), *Strafen*. Sie ist die höhere; die *niedere*. Die letztere beschäftigt sich nicht eigentlich mit dem Zweck des Staats, sondern mit den besonderen Zwecken, wozu sich im Staate einzelne Gemeinden vereinigen, Z. B. Städte, Dörfer, Gilden. Sie mache Bettleyanstalten, aber lege kei-

ne Steuer für Bettler auf(?). Sie ordne Reinigkeit der Strassen und Verschönerung, aber nehme Niemanden sein Recht(?). — Ob wirklich eine Behörde die Pflicht haben könne, für die Armen unter *allen* Umständen zu sorgen, wenn man ihr das Recht abspricht nöthigenfalls Beyträge zu *gebieten*? Haben wahre Arme kein *Recht* auf Lebensunterhalt? Kann ihnen der *ferne* Staat helfen, wenn es die näher Stehenden nicht können? — Die Polizey soll verschönern. Dem gemäß befiehlt sie (was auch noch andere Ursachen haben kann) forthin ohne *Erker*, nur und auch *zwar* in solcher Höhe zu bauen; eben so legt sie für das Erschwingen der Beleuchtungskosten eine Abendsperre an. Ich frage: verlieren die Hausbesitzer nicht dadurch das früher besessene *Recht*, nach einer gewissen Phantasie, und rein individuellem Geschmack zu bauen? Ich frage: verlieren die Einwohner von nun an nicht das früher gehabte *Recht* der freien Wandlung? — Die einseitige, blos auf dem Standpunkte der Foderung entworfenene, Konstruktion des Rechtsbegriffs, muß unsere Theorien zu Foderungen verleiten, denen die hier von dunkeltem Gefühle richtiger geleitete Praxis sich nie fügen kann, wenn sie es nicht geschehen lassen will, daß Vieles schlechthin erbärmlich gehe, und daß des Großen so Manches an dem Bastart-egoismus scheitere.

Der Plan der Schmalzischen Encyklopädie der *Cameralwissenschaften* (Königsberg 1797) ist:

Iter Theil. Gewerbskunde.

- 1) Unmittelbare Erwerbung: Landwirthschaft;
Forstwirthschaft; Bergbau.
- 2) Mittelbare Erwerbung: Technologie; Handel.

Iter Theil. Staatswirthschaft.

- 1) *Gewerbpolizey*: Oekonomie - Industrie - Cam-
meralpolizey. Volksmenge und Bildung.
- 2) Finanzwissenschaft: Ausgabe; Einnahme;
ausserordentliche Bedürfnisse.

Die Kameralwissenschaften sollen Staatswissenschaften seyn: kann man die *Landwirthschaft* eine Staatswissenschaft nennen? Das System enthüllt einen Riss, in welchen auch die *Polizey* treten wird.

§. 99.

Voss (E. D.): Handbuch der Staatswissenschaften Leipzig 1796, ein trotz seiner Weitschweifigkeit und Aengstlichkeit in Abtheilungen immer sehr verdienstlich gelehrtes Werk; stellt die eben angeführten Tabellen zusammen, fügt ihnen Anmerkungen von ungleicher Schärfe bei, versucht sodann eine eigne Anordnung;

I. Philosophische Urgeschichte des Staats;

II. Allgemeines Staatsrecht;

III. *Staatsklugheit* oder Politik;

IV. Allgemeine positive Staatskunde.

Hiervon ist III der uns hier zunächst interessirende Theil. Dieser beschäftigt sich mit Verfassung und Verwaltung. Es treten in ihm, nach der Verschiedenheit der *Gegenstände* (? vergl. Gönner Handbuch des Processes Thl. II. Seit. I u. f.) auf und für welche die höchste Gewalt angewandt wird, hervor: Justitz- *Polizey*- *Cameral*- *Kriegs*- und *Verhandlungsdepartement*. — Zur genaueren Einsicht des Details s. m. l. c. B. I. Seit. 89. u. f.

Von den *Vossischen* Bemerkungen interessiren uns zunächst zwei, deren eine gegen *Schlözern*, die andern gegen *Schmalz* gerichtet ist.

Gegen den Schlözerischen Ausdruck „*Ausbürger*“ findet sich (Seit. 63) Folgendes: „der einzelne Ausbürger hält sich entweder in dem Staate auf wozu er eigentlich nicht gehört; so tritt er — *auch dann wenn er nur mit Extrapost durchreist!* — so lange in das Verhältniß des Bürgers“ Das enthüllte *Einwohnerverhältniß* wird uns zeigen, was den Verfasser zu einer Behauptung vermochte, die, so wie sie hier steht, Sprachgebrauch, Observanz, und ruhige Prüfung in gleichem Grade gegen sich hat. Sind wol die jetzt so zahlreichen, zum Theil schon so lange in Frankreich und England lebenden Kriegsgefangenen, Französische und Englische

Bürger? würden sie dieses, wenn sich ihr dortiger Aufenthalt auch noch Jahre verlängerte? Uebrigens vergleiche man was unten über die Umwandlung des Charakters der *Personalgesetze* in den der *Landesgesetze* gesagt werden wird.

Wie *Schlözer* neben der Staatsgesellschaft an eine bürgerliche festhält, so hält *Schmalz* fest daran, „daß die niedere Polizey, oder die der einzelnen Gesellschaften und Kommunen, von der Staatsgesellschaft im Zweck verschieden sey.

Voss hält diese *Schmalzische* Ansicht (Seit. 87.) für gefährlich der Staatseinheit. Der scheinbar Widerlegte nimmt davon, ohne jedoch seinem gelehrten Gegner zu nennen, späterhin *Notitz* (*Schmalz*: Encyklop. Seit. 29) und beruft sich — nach unserem Urtheile völlig überzeugend — auf das für ihn sprechende Beispiel der Ehe. „Bis jetzt — sagt er — ist es nicht gefährlich gewesen, daß z. B. die Ehe (diese Basis der kraftvollen Fortdauer des Staats!) einem anderen Zweck hat als der Staat selbst! Man vergl. mit diesem uns so fundamentalen Satz oben §. 42. Seit. 43. — Indessen hat der verdiente Verfasser eben in dieser Wahrheit den Staab gebrochen über die Einheit der sogenannten Staatspolizey und einer anderen, die man so lange schon, systematisch vergeblich, in jene als ein Homogenes einzuzwängen sucht. Ich sehe mit Hrn. *Voss* keine Gefahr; aber ich frage Hrn. *Schmalz*: Und was

für ein Theil der Staatspolizey wäre dann als Theil dieses Ganzen möglich, der den Staat nicht zum Zweck hätte? oder wo wäre doch das *Politische* der *nichtpolitischen* Polizey? Giebt es aber eine *nichtpolitische* Polizey; so erforsche man ihr eigenthümliches Princip, sondern sie als ein *eignes Ganze* (wenigstens wissenschaftlich) aus, vermeide die, hier nothwendig verwirrende, gleiche Benennung des Ungleichartigen: und es wird wenigstens sogleich die Bahn zu einer sonst vergeblich gesuchten Ordnung gebrochen seyn.

§. 100.

Placidus (der pseudonyme) stellt in seiner, leider unvollendeten, *Literatur der Staatslehre*, (Strasburg 1798 Seit. 37 u. 38) folgende Klassifikation auf:

I. Allgemeine reine Staatswissenschaft.

II. Allgemein angewandte, oder Staatskunst.

1) Staatsverfassungslehre;

2) Staatsverwaltungslehre;

a) Gesetzgebung,

b) bürgerliche und peinliche Rechtspflege,

c) Verhandlungs- und Vertragswissenschaft,

d) Kriegs- oder vielmehr Vertheidigungskunst,

e) *Polizey- und Ordnungspflege* (Unfug steuernde, wehrende, helfende m. s. oben Seit. 160 n. 8)

f) *Staatswirthschaft* (als Kameral- und Finanzkunde.)

III. Angewandte besondere Staatswissenschaft.

Ich frage: Kann wol irgend etwas mehr, als eben so manche Parthie der Polizey, den Charakter des *Angewandten Besonderen* an sich tragen?

§. 101.

Weber (F. B. der oben schon gerühmte Seit. 153 N. 15) wirft in seiner: „*Einleitung in das Studium der Cameralwissenschaften; nebst dem Entwurf eines Systems derselben.* Berlin 1803“ zu erst einen Blick auf jenes gröfsere Ganze, oder auf die *Hauptgruppe*, in welcher die Cameralwissenschaften auf eben die Weise ein Ganzes ausmachen, auf welche, in fernerer Zergliederung, jede besondere Cameralwissenschaft von verschiedener Seite als Ganzes und als Theil auftritt. Das grosse Ganze nennt er *Staatswirthschaft*. Diese — synonym mit Staatskunst, Staatsregierungskunst, Staatslehre, allgemeine Politik, Staatsgelahrtheit — wird definirt als: „die Wissenschaft, welche lehrt wie das gesammte Staatswesen so zu leiten und zu dirigiren sey, dafs der Staat seinen Zweck erreiche.“

Staatswissenschaft ist:

I. Allgemeine Staatsregierungskunst.

Die Aufgabe von dieser ist: Lehre der im Allgemeinen für die Erreichung des Staatszwecks anzuwendenden Mittel, d. h., der Gesetze. Sie hat drei Theile: Lehre von dem Geben der Gesetze; von der Exekution der Gesetze; von der — die Güte der beiden vorhergehenden bedingenden — Oberaufsicht.

II. Besondere Staatsregierungskunst.

Die Aufgabe von dieser ist: Lehre von der Anwendung jener allgemeinen Mittel und zwar nach dem zweifachen Verhältniss:

1) *Im Inneren.* Hierauf bezieht sich die innere Regierungspolitik, oder es beziehen sich darauf die *ökonomischen* und *Cameralwissenschaften*.

2) *Im Aeusseren.* Politik oder Staatskunst im engeren Sinn.

Hierauf hebt der Verfasser n. 1. besonders aus. Das neue weiter zu entfaltende Ganze ist jetzt die

Cameralwissenschaft.

I. Die ökonomischen Wissenschaften, auch Gewerbkunde und Privatökonomie genannt.

Diese ist:

1) Die Pro - und Education. Landwirthschaft, (Forstwirthschaft als Theil derselben); Technologie; Bergbaukunde.

2) Die Handelsgewerbkunde.

II. *Staatswirthschaft* (eigentlich Staatswirthschaftswissenschaft) synonym mit „innere Regierungspolitik, Staatsökonomie, politische Oekonomie, auch *Staatspolizeywissenschaft*.“

Sie hat zwei Theile:

1) *Polizeywissenschaft* im eigentl. Sinn. Definition s. oben Seit. 153.

2) Finanzwissenschaft.

Was der Verfasser bei diesem Entwurfe *fühlte*, legte er in einer besonderen Note (Seit 14) nieder, die sich um die Klage dreht „*dass die Cameralwissenschaften zu sehr zusammengesetzt seyen, als dass sie nicht an verschiedene Orte gleich gut hinpasten.*“ „So können — sagt er — die Gewerbswissenschaften, die einen Haupttheil derselben ausmachen, insofern sie als eine Lehre von der Betreibung der Gewerbe selbst behandelt werden, eigentlich gar nicht zur Staatsregierungskunst gezogen werden. Da sie aber doch gleichwol wesentlich zum Studium eines Cameralisten und Staatswirths gehören; so lassen sie

sich doch wol auch nicht mit Unrecht in ein Ganzes so zusammenfassen, wie wir gethan haben.“ — Es macht dem Verfasser Ehre die Inkonvenienz nicht unberührt gelassen zu haben, in welcher man befangen ist, wenn man zu *Staatswissenschaften* erheben will, was *zunächst* ein tauglicher Komptoirist, ein denkender Gutsbesitzer und Pächter wissen muß. Aber in den Grund, aus welchem der Verfasser den Grundfehler des *gleich guten Passens* an mehrere Stellen rechtfertigen will, kann ich, als dem Begriff von Wissenschaftlichkeit geradezu widersprechend, schlechthin nicht einstimmen. Würde man nicht, bestochen durch die Wahrnehmung des grossen *Nutzens* den sie dem Staatsbeamten in gewissen Fällen (als *Hilfswissenschaften*) leisten, also mit eben dem Rechte, die Rechenkunst, Mathematik, bei Seehandelnden Nationen Astronomie, zu den Staatswissenschaften zählen können und müssen? — Ich bemerke vorläufig, daß von allen Wissenschaften, welche *Weber* unter dem gemeinsamen Namen der *Cameralwissenschaften* in die Reihe der Staatswissenschaften hinaufdrängt, in unserem Systeme nur die einzige *Finanzwissenschaft* diesen Platz behaupten kann. Die Polizey insbesondere gebe den vornehmen Titel hin, um desto achtbarer da zu werden, wo sie hingehört!

§. 102.

Das mit so vieler Planmäßigkeit entworfene; *Allgemeine Repertorium der Literatur*. Jena 1793 setzt:

Fach VIII Staatswissenschaft.

I. Allgemeine Politik,

II. Einzelne Theile:

1) Politik der Staatsverfassung;

2) Politik der Staatsverwaltung;

A) Ueberhaupt,

B) Insbesondere.

1) Wirkungen im Innern des Staats,

a) Staatspolizeywissenschaft etc.

In dem weiteren Verfolg findet man die Ausdrücke Polizey und Politik als völlig *gleichbedeutend* gebraucht. So zerfällt z. B. die Sorge für einzelne Klassen der Gewerbe in: ökonomische Polizey; technologische; Handlungspolitik.

Kurz überall, bis auf die neuesten Zeiten, bis in die größte Tiefe und Verzweigung alles dessen was uns das wirkliche Seyn in ideellem Schauen darstellen soll, noch die unverkennbare Spur jener Besonderheit, wo, in so kleinen Staaten als die ersten griechischen waren, das *Politische* und das *Polizeyliche* ihren Gegensatz eben so wenig ausbilden konnten, als dieses z. B. in unseren meisten neulich untergegangenen Reichsstädten möglich gewesen wäre!

§. 103.

Der Denkende und Urtheilsfähige bemafs, so gewifs als ihm diese Prädikate zukommen, das bisher treulich Angeführte, nach strengeren Foderungen der Wissenschaftlichkeit. Er entdeckte in den *Definitionen* solche Abweichungen und Widersprüche; in den *Eintheilungen* hier solche Verwirrung, dort aber, bald das willkührliche Uebergreifen in fremde Sphären, bald das Nichterschöpfende für die gewählte eigene; in den Versuchen der einzelnen Wissenschaft jenen *Platz* zu bestimmen, den sie als eine *besondere* in der Hauptgruppe verwandter Wissenschaften finden mufs, ein solches Schwanken! Ihm steht als erstes Resultat fest:

Diese Polizeywissenschaft schmachtet noch heute in tiefer Kindheit!

Er sieht weiter auf die Menge von Versuchen die sogar von *solchen* Männern, und dann schon seit mehr als einem Jahrhundert, für ihre Ausbildung gemacht wurden. Hiernächst ist es ihm nicht entgangen, dafs mehrere der vorzüglichsten Gelehrten wenigstens schon die Ahnung von einem anderen Princip haben, als dem, welches bisher für das schöpferische der Polizey galt. Dadurch wird er geneigt zu glauben:

Diese Polizeywissenschaft ermangelt der wissenschaftlichen Perfektibilität!

Je weiter der denkende in das Detail geht, desto deutlicher wird ihm diese Ueberzeugung werden. Denn bekanntlich offenbaren sich die Fehler im Princip immer auffallender nach den vermehrten Graden der Entfernung dessen was daraus abgeleitet werden soll, vorausgesetzt, dafs man es nie unterlasse, nach dem Zusammenhang zu fragen, den ja auch der Entfernteste, wenn es nur ein Hiehergehöriges seyn soll, mit dem Princip haben mufs. Die Immaterialität der Wissenschaften verbietet uns nicht dem Ausdruck zu gebrauchen, dafs ihre *Grenzen* die entferntesten Punkte ihres Seyns ausmachen, und es folgt, dafs man vorzüglich diese beachten müsse, um über das Daseyn eines Principis, oder über den Werth eines angeblichen zu urtheilen. Einer besonderen Aufmerksamkeit empfehlen wir daher noch folgende drey Punkte:

- 1) Eine gute Polizey ist in ihrer Möglichkeit schlechthin bedingt dadurch, dafs ihr in dem ganzen physischen Kreise ihrer Responsabilität Jeder, und zwar mit Allem was die Realisirung ihrer Aufgabe zu bedrohen vermag, bis auf den Punkt unterworfen sey, wo diese Gefahr aufhöre. Selbst der auswärtige Gesandte kann hier keine durchgängige Ausnahme machen, weil es am Ende doch wahrlich einerlei wäre, ob z. B. die Pest durch Effekten des Gesandten

oder durch Kaufmannsgüter hereindringt. Indessen ist man mit Recht einig, daß der auswärtige Gesandte den *bürgerlichen* Gesetzen desjenigen Staats, bei welchem er den seinigen vertritt, nicht unterworfen seyn könne. In dieser Hinsicht gesteht man ihm (die unschicklich genug so benannte) *Exterritorialität* zu, welche in jener ein Unding ist, und unsere *Staatspolizeywissenschaft* kann den Knoten nur zerhauen, nicht lösen. In ihrem Geiste muß man es, dünkt mir, so gar für eine Inkonvenienz halten, daß der Landgeistliche, der Landedelmann, der Geheimerath auf seinem Gute, selbst dem Dorfschulzen unterworfen ist, welchem hier die Polizey anvertraut wurde.

2) Und wie steht es um jene so verrufene Grenze der Polizey gegen die *Justiz*, in der gedoppelten Verzweigung dieser als Civil- und als Criminaljustiz? Alles, was Scharfsinn und Gelehrsamkeit im Bunde vermochten, hat sich an dieser so überaus wichtigen Begrenzung zu bethätigen gesucht. Dennoch ist man noch heute nicht ganz Meister des *Hommelischen* „*usque dum clare elucescat eam causam ad politiam pertinere*“: ja das in Polizeysachen so oft unverkennbare „*periculum in mora*“ tastet, als Basis des Satzes „*in Polizeysachen findet keine Appellation statt!*“ noch häufig die Freiheit des Bürgers, in

ihr das höchste bürgerliche Privatgut an, und bedroht sie auf eine immer barbarische Weise. Der in diese Streitsache Eingeweihte sagt sich, daß auch hier eine scharfe Grenze nur möglich sey durch die Bezeichnung der Marksteine von ihren *zwei* Seiten, und findet, besonders nach der hier einschlagenden (m. s. unten) klassischen Abhandlung der berühmten *Gönnerischen* Feder, hauptsächlich die charakterlose Polizey im Rückstand. (Vergl. *Vers.* Seit. 17 u. f.)

3) Unser *Polizeyrecht* kann wenigstens *die* Inkonvenienz nicht verleugnen, daß es grösseren Theils Sätze vorträgt, welche nicht so wol das Forum der Polizey - als das der Justizbehörde begründen. Daher ihm der Vorwurf, daß es meistens nur wiederhole — im akademischen Unterrichte oft zum 4ten und 5ten male wiederhole! — was bereits in den Institutionen, Pandekten, in dem Staats - dem Criminal - Privat- und Landrechte vorkam. Kein Denkender und Unbefangener wird leugnen mögen, daß ein Polizeyrecht welches, leicht nachweislich, die Polizeybehörden grösseren Theils nur *negativ* — ich will sagen, sie von dem Geschäfte der Dezzision entfernend — anspreche, noch durchaus nicht gehörig epurirt sey. Eben so muß man jedoch zugestehen, daß die so geeignete Gestaltung dieses Polizeyrechts, eine wahre Konsequenz in jener Inkonsequenz sey, die den Staats- und den Polizeyzweck nicht so wol

zu vereinbaren sucht, als sie beide von Anbeginn für Einen und denselben ansieht. Aus dieser, uns irrigen Voraussetzung, folgt nothwendig die Nichtanerkennung eines Unterschiedes zwischen dem, was als unmittelbare Ausfluß der Polizeyhoheit, unter ächt *gesetzlichem* Stempel, und zunächst nach dem Staatszweck bemessen, für die Polizeybehörden gültig ist, dann ferner dem, was von diesen Behörden bemessen, nicht sowol als wahres Gesetz wie als Verordnung, nicht eigentlich durch Strafe, sondern durch Rüge (vergl. §. 86.) gehandhabt, ausgeht.

Not. Ueber das Statthafte und Zweckmäßige einer eignen schriftstellerischen Bearbeitung des Polizeyrechts, selbst wenn der eben angedeutete Unterschied dabei nicht beachtet wird. — Ueber das Unstatthafte eines eignen akademischen Zwangskollegiums unter der Firma Polizeyrecht. (Konsorten sind: das Kameral- Handlungs- Wechsel- und Finanzrecht, alle beruhend auf einem Theilungsgrunde, der uns eben so ein besonderes Ehe- Adels- Bauernrecht etc. geben und die ganze positive Rechtswissenschaft lebendigen Leibes auf die Anatomie liefernwürde). Wahrscheinlich zunächst so, löst sich der neulich zwischen zwei berühmten Gelehrten entstandene Streit über Daseyn und Werth eines eignen Polizeyrechts. Man vergl. Gönner Teutsches Staatsrecht §. 328. mit v. Berg: Teutsches Polizeyrecht B. IV. Seit. 1 — 7.

§. 104.

Literatur (m. s. §. 92. n. 3.)

Der Zweck der nachfolgenden, der Literatur der Pol. Wissenschaften gewidmeten §en, beschränkt sich darauf, dem *Anfänger* einige Hauptwerke über ihr Ganzes und über einige besonders schwierige Seiten derselben namhaft zu machen. Seltner dürfte eine Schrift mehr wegen ihres häufigeren Vorkommens, als wegen ihrer eigenthümlichen Wichtigkeit genannt werden. — Gewonnen für den Versuch einer *Einwohner - Ordnungslehre* oder nicht, bleibt dem dermal Studierenden dennoch wenigstens ein kurzes Privatstudium der bisherigen Polizeywissenschaft unerlässlich. Denn, auch abgesehen von dem, was darüber bereits §. 9. vergl. mit §. 92. gesagt wurde, so ist ja in jedem Fall die lebendige Ueberzeugung von der Meinung, zu welcher man sich als der angeeigneten bekennt, mächtig bedingt, durch die tiefere Kenntniss der abweichenden. Hierzu kommt, dass bei aller zwischen Einwohner-Ordnungslehre und Polizeywissenschaft in Prinzip und Umfang bestehenden Verschiedenheit, beide jedoch immer noch sehr Vieles mit einander gemein haben. Von diesem Vielen kann sich so fort in einem Kompendium (besonders in einem solchen das sich so sehr zwischen dem unerlässlichen Niederreißen und Aufbauen theilen *muss*!) Manches kaum angedeutet werden, worüber die weitere Belehrung in vorhandenen Polizeyschriften zu suchen ist. Ohnehin versteht es sich von selbst, dass die Umschaffung des Systems, also der *wissenschaftlichen* Seite, ihre Hauptveränderungen in dem *allgemeinen* Theile hervorbringen, dagegen

in dem *besonderen* schon weit mehr mit dem längst Erprobten übereinstimmen, und endlich gar nichts innerhalb der *technischen* Grenzen verändern wird. Diese Grenzen betreffend; so tendirt ja das System geradezu solche strenger auszuscheiden und innerhalb ihrer dem *artis peritus* die entscheidende Stimme zu sichern, wol wissend, daß dieses das Hauptmittel sey, der heillosen Pfucherey aller Art mit Erfolg zu begegnen.

Es wird füglich seyn der namentlichen Angabe von einigen Titeln nachzuschlagender Bücher, einige *allgemeine Winke* über die Literatur der Pol. W. voraus zu schicken.

§. 105.

Es ist nicht Zufall, sondern nothwendige Folge theils der *Vielseitigkeit*, theils der *Charakterlosigkeit* der Polizey, daß man des Polizeylichen sehr viel in Werken findet, deren Titel dessen nur wenig, mit unter gar nichts erwarten lassen. Oft ist aus eben diesen Gründen der Fall umgekehrt, so daß der Schriftsteller, der uns etwas Polizeyliches verspricht, an irgend einem rein politischen, staatsrechtlichen, finanziellen, statistischen Gegenstande etc. hängen bleibt, und sodann immer, selbst mit dem an sich vielleicht Vortreflichen, täuscht. Schriften, die sich als geflissentlich auf die *Begründung* einer Wissenschaft ausgehend ankündigen, trifft dieser Vorwurf

jedoch nur dann, wann sie auf einem von jenen fremden Gebieten weilen, die bereits hinlänglich geschieden sind. — Würde es auch der *Einwohner-Ordnungslehre* gelingen Charakter zu behaupten, und eine an Formlosigkeit grenzende Vielseitigkeit zu verscheuchen; so wird doch auch sie noch immer sehr vielseitig bleiben: denn das Einwohner-Verhältniß selbst ist vielseitig.

Die oben erforschte Etymologie des Wortes Polizey, sodann die Darlegung mehrerer, sich auf das Ganze der Staatswissenschaften beziehenden, architektonischen Versuche, hat uns die Verschlungenheit aufgehellet, in welcher sich *Polizey* und *Politik* befinden. Die uns hier interessirende Folge dieser Verschlungenheit ist, daß fast jedes Werk, welches sich als das Ganze der Politik umfassend ankündigt, zugleich genöthigt ist auf das Ganze der Polizey nach seiner Weise einzugehen. So gar jene Wenigen, welche das Wort Politik auf die Sphäre der *außwärtigen* Angelegenheiten beschränken, haben jedoch die Polizey zur Basis, und pflegen hinsichtlich ihrer bald Verwirrendes, bald Belehrendes einfließen zu lassen.

Hiernächst sind ferner Politik und *Staatsrecht* so sehr verschlungen, daß fast alle staatsrechtlichen Schriftsteller, dadurch, daß sie es mit jener zu thun haben, nicht umhin können, das Gebiet der angeblich in jener enthaltenen Polizey zu betreten. Aber gesetzt die wissen-

schaftliche Scheidung gelänge auch ganz nach Wunsch, in welcher man forthin die Politik des Inneren, die sich im Staatsrechte zu konsolidiren sucht, von der Einwohner-Ordnung in der Verschiedenheit ihres Principis erkennen würde, und zwar selbst auf jenen Punkten, wo sich beide mit einerlei Gegenständen beschäftigen; so würde dennoch, nach wie vor, dem staatsrechtlichen Schriftsteller — und zwar dem philosophischen wie dem positiven — die Erörterung jenes *Hoheitsrechts* obliegen, dessen die Einwohner-Ordnung, zu ihrem Zusammenhang mit dem Staate, nicht minder bedarf, als seiner die bisherige Polizey bedurfte. — Demnach führt die Literatur des Staats- und des Naturrechts zu Votanten über mehrere der interessantesten Seiten der Polizey. Dafs ihr Werth auch auf diesem Punkte eben so verschieden seyn wird, wie das Ganze dieser Werke es ist, versteht sich von selbst. Es fehlt nicht an Hülfsmitteln, sich hier verhältnißmäfsig leicht und bald in die Kunde des Besseren zu setzen.

Ein gleiches gilt von den allgemeinen *staatswirthschaftlichen* Schriften, mögen sie sich unter diesem Titel, oder unter dem der *Kameralwissenschaften* ankündigen.

Trefliche Winke, oft tiefer gehende *Raisonnements* über den Begriff und die besondere Thätigkeit der Polizey, erwartet man endlich nicht vergeblich, von jenen

allgemeinen Werken, welche sich die Entwicklung des Geistes der Gesetze zur Aufgabe machen. Man schlage also Werke nach, wie z. B.

Montesquieu: De l'esprit des loix. Teutsch von Hauswald, Görlitz 1804.* — *Mably*: De la legislation. Teutsch, Nürnberg 1779. — Gaetano *Filangieri*: Scienza della legislazione. Teutsch, Anspach 1784 — 1791. Ein immer trefliches, aber ein Meisterwerk, wenn der Verfasser denselben Reichthum des Inhalts mit halb so vielen Worten zu geben gewußt hätte! — *Schloßser*: Briefe über die Gesetzgebung. 2 Bände. Frankfurth 1789. — *Ward*: Inquiry into the foundation and history of the law of Nations in Europa. II. Vol. Lond. 1795. Die wenigen hier als Beispiele angeführten Schriften, werden mehrere andere in Erinnerung bringen, welche in anderen Vorlesungen über diesen Gegenstand angeführt zu werden pflegen.

Von gleichfalls besonderer Wichtigkeit für das Studium der Polizey sind alle besseren Werke über die vorzugsweise sogenannte *Strafrechtswissenschaft*. — Ebenso wird Jeder, der nur immer eine Anordnung des Ganzen der *Pandekten*, des *Privatrechts*, oder eines vollständiger ausgebildeten *Landrechts* liefert, mehrere wesentliche Sätze der Polizeywissenschaft schlechthin nicht umgehen können.

Das Gesagte wird hinreichen, den Anfänger unserer Wissenschaften zu überzeugen, daß ein wahrhaft gelehrtes Studium derselben, d. h. ein solches, welches alles zu erfassen strebt, was das Zeitalter darüber Gedachtes aufzuweisen hat, sich schlechthin nicht begnügen könne, bloß solche Werke aufzuschlagen, die den Namen „*Polizey*“ im Titel führen. Der Kenner weiß, wie die meisten anderen Wissenschaften sich in dieser Hinsicht nur in einem ähnlichen, keineswegs in völlig gleichem Fall befinden.

* Montesquieu's Ansicht der *Polizey* drückt sich am klarsten in folgender, von Hrn. Hauswald keineswegs treu übersetzten, Stelle aus. — „Il y a des criminels que le magistrat punit, il y en a d'autres qui corrigent. — Dans l'exercice de la police, c'est plutôt le magistrat qui punit que la loi; dans les jugemens des crimes, c'est plutôt la loi qui punit que le magistrat. — Elle s'occupe perpétuellement de details (?). Elle a plutôt des reglemens que des loix. Les gens (?) qui relevent d'elles sont sans cesse sous les yeux du magistrat; c'est donc la faute du magistrat, s'ils tombent dans des excès.“ Liv. XXVI. Chap. XXIV.

Der Verfasser dieses sieht die *Einwohner-Ordnungslehre* als einen wahren Kommentar (vielleicht besser als eine Deduktion) dieser Stelle an, denn dort gewinnt das System der *Rüge*, im Gegensatz des Systems der *Strafe*, völlige Konsequenz, und gerade das ist der Punkt, auf welchen es hier ankommt. Montesquieu macht offenbar

in dieser Stelle nicht sowol den Philosophen, der uns aufhelle, warum die Polizey in dieser Weise verfahren dürfe und *solle*, als den Erzähler und Darsteller der Weise, welche bisher von den Polizeybehörden befolgt wurde. War es also ein dunkles Gefühl, das jene Behörde hierbei leitete; so konnte diese Stelle ihnen keineswegs zu der wissenschaftlichen Einsicht verhelfen, wol aber bleibt ihr das Verdienst die Weise charakterisirt zu haben, deren Legitimation zur Aufgabe besteht. — Ueber die Punkte, auf welchen die Ansicht des Verfassers dieses abweicht, sodann über mehrere, der eben angeführten sich nähernde Stellen ähnlicher Schriftsteller, hier einiges mündlich, und seiner Zeit ausführlicher in dem 2ten Thl. des Versuchs.

§. 106.

Ein der Polizey ausschliessend gewidmetes, mit *Vollständigkeit*, oder auch nur mit Annäherung zu ihr, Kritik verbindendes Werk, über ihre *Literatur* fehlt. Es gehören jedoch in diese Rubrik:

Die Bibliotheken von *Charriotte* 1718; *Zinke* 1751; *I. I. Moser* 1758; *Bergius* 1762. — An die letzte schliesst sich ausdrücklich an: *Röfsig*: Neuere Literatur der Polizey und der Cameralistik (1762 — 1802). Chemnitz 1782. 2 rth. 20 gr. Der Mangel des Besseren ist die Hauptempfehlung dieser, in Beziehung auf Gegenstände

alphabetisch zusammengetragenen, *Kompilation*. — Das jetzt glücklicherweise fortgesetzte *Allgemeine Repertorium* der Literatur, wird in seinem „Fach VIII.“ bald das 3te Quinquennium (1790 — 1795) liefern, und von keinem Freunde unserer Literatur übersehen werden. — Neben denen der allgemeinen *Literatur - Zeitungen*, finden sich stehende Rubriken für polizeylich literarische Anzeigen in *Hartleben*: Justiz - und Polizey - Fama, und in *Harl*: Kameral - Korrespondent. Hr. Prof. *Seeger* lieferte, in dem ersten Stück seines Magazins für Kameralisten, eine Abhandlung (es ist die VIte Seit. 105 — 144), überschrieben „vollständige Uebersicht der kameralischen Literatur des neunzehnten Jahrhunderts.“ Was in dieser Rücksicht *Assel* und *Oemler*: Blätter für Jurisprudenz, *Polizey* und *Kultur*“ leisteten, ist mir unbekannt.

Unter denen oben bei der Anführung mehrerer Definitionen bereits namhaft gemachten, folglich hier nicht zu wiederholenden Schriften, zeichnen sich die von *Rössig*, *Bensen*, *Niemann*, *Weber* und *v. Berg* durch den Reichthum der von ihnen angeführten Literatur aus. Besonders *Bensen* und *Niemann* begleiten ihre literarische Angabe doch schon häufiger mit einer kurzen Kritik. Daß *Weber* von dieser Seite noch etwas mehr hätte leisten können, als er leistet, beweist dessen Handbuch der ökonomischen Literatur, ein Werk, in welchem den polizeylichen Schriften selbst eine eigne Rubrik (Seit. 34 — 40. N. 43 — 86.) angewiesen ist.

Die Darstellung des *Nutzens* und der *Nothwendigkeit* des Studiums der Polizey, ihre *Geschichte*, *Methodologie*, ihre *Grenzen* gegen andere Wissenschaften und ihr *Zusammenhang* mit solchen in der Trennung, beschäftigen, mehr oder weniger, alle Schriftsteller, die uns Hand- oder Lehrbücher derselben liefern. Seltener sind Schriften, welche alle diese oder einige dieser Aufgaben ausschliessend und in der einzigen Beziehung auf Polizey, häufiger sind solche, welche sie *gelegentlich* mit bearbeiten, da nämlich, wo ihre Verfasser so gleich das ganze Kameralfach von allen oder doch von einigen jener Seiten auffassen. Nachtheilig genug für eine Wissenschaft die in unermessenem *Umfang* irrend, nichts für ihre *Tiefe* zu thun vermöchte, stehen also ziemlich isolirt, *Tafinger*: Von der Lehre der Pol. W. auf deutschen Universitäten. 1767. — *Hohenthal*: De ambitu politiae. 1774. — Dagegen hatte viele Nachfolger v. *Justi*: Gutachten von dem vernünftigen Zusammenhang *aller* ökonomischen und Cameralwissenschaften. 1754. — Ferner dessen: Grundriss aller ökonomischen und Cameralwissenschaften 1759. Unter diesen Nachfolgern zeichnen sich aus: J. E. F. *Springer*: Die Grenzen der Cameralw. etc. 1767. — *Rüdiger*: Ueber die systematische Theorie der C. W. 1777. — *Niemann*: Ueber das Studium der sogenannten Cameralwissenschaften und der Mittel dasselbe zu befördern 1782. — Dessen: Abriss des sogenannten Cameralstudiums und ihres Zwecks. 1792. — *Dori*: Materialien zur Aufstellung einer vernünftigen Theorie der Staatswirthschaft. 1799.*

Unter der Ueberschrift „*Geschichte der Polizey*“ findet sich in vielen Lehr- und Handbüchern viel Abgeschmacktes. Das Bessere stünde nur dann zu erwarten, wann wir recht viele *einzelne Abhandlungen* hätten, geschrieben mit der kritischen Sorgfalt, durch welche sich z. B. auszeichnet *Kraut*: Von der Polizey der deutschen Städte im 13ten — 16ten Jahrhundert. — Trefliche Bruchstücke zu einer künftigen Geschichte der Ausbildung des Einwohner-Verhältnisses und der sich darauf beziehenden Ordnung enthält *Anton*: Geschichte der deutschen Landwirthschaft“ das in seiner Art klassische Werk. — *Rössig*: Geschichte der C. W. blieb in dem für uns speciell wichtigen Theile unvollendet. — *Dessen*: Encyklopädie etc.“ reichte nicht einmal an ihre Vorgänger.

Von Systemen Hand- und Lehrbüchern merke man noch folgende:

v. *Justi*: Grundsätze der Pol. W. in der vermehrten und verbesserten Aufgabe v. *Beckmann*, Göttingen 1782. **

v. *Pfeifer*: Natürliche, aus dem Endzweck der Gesellschaft entstehende Polizeywissenschaft. 2 Thl. Frankfurt 1779.

E. G. Schwarz: System einer unvernünftigen Polizey. Basel 1779.

J. L. Lau: Entwurf einer wohleingerichteten Polizey.
Frankfurth 1777.

Zu dem obgedachten *Sonnenfelsischen*, seiner Zeit
Epoche machenden Werk, kann man rechnen:

Ign. de Luca: Leitfaden in die Pol. W. des Herrn
v. S. Wien 1776. — *Jos. Butscheck*: Abhandlung
von der Pol. überhaupt. Prag. 1778. — *L. Bj. Mt.*
Schmid: Ausführliche Tabellen nach Sonnenfels. Man.
heim 1785. — *F. X. Moshammer* (jetzt v. Moshamm):
Sonnenfels Grundsätze, abgekürzt und in Tabellen ge-
bracht. 1te Aufl. München 1787. 2te Aufl. 1804. —
Kopetz: Leitfaden zu dem Sonnenfelsischen Lehrbuche.
Prag und Leipzig 1787. Eine schmäbliche Verstüm-
melung!

Ernst v. Ernsthausen: Abriss von einem Polizey-
und Finanzsystem. Berl. 1788.

Zu bedauern ist es, daß sich *Rüdiger* („Anfangs-
gründe der allgemeinen Staatslehre“ Halle 1795.) blos
über die sogenannte ökonomische Polizey verbreitet. Auch
er ist besonders reich an Literatur.

* *Sternschütz*; v. *Lahner*; *F. L. M. Schmid*,
Rösig; *Jung*, *Semer*, *Gaward*, *L. W. Medicus*;
Bensen, *Jaegerschmidt*, *Fulda* schrieben ähnli-

che kleine Abhandlungen, deren Titel unter andern die Weberische Encyklopädie p. 2 — 5. anführt. Die meisten sind schon wegen ihrer Kürze nicht bedeutend. Die zwei ersten und die 3 letzten, welche der Verfasser nachsehen konnte, sind für die Polizey besonders unbedeutend. Mehr noch als diese enthält G. A. Lamprecht: Encyklopädie und Methodologie. 1785.

** Hier von Beckmanns eignen Verdiensten um die Pol. Wiss. Z. B. als Herausgeber der Oek. Bibl. und der Beiträge zur Oek. Pol.

§. 107.

F o r t s e t z u n g.

Für den Juristen von erhöhtem Interesse sind:

Hommel: Dissertatio de utili et necessario rerum oeconomico — politico cameralium cum studio juris in academia conjunctione. Erfordti 1750. — *Stockhausen*: De conjunctione jurisprudentiae atque oeconomicas politic. et scientiae cameralis in specie. Lips. 1768. — *Bischoff*: De politicae rerumque cameralium studiis juris cultoribus maxime necessariis. Helmstadii 1794. *

Ueber den so wichtigen Unterschied der *Justiz* - und *Polizeysachen* empfehlen sich besonders:

Schreiber: (eigentlich Rheinhard): *De causarum politiae et earum, quae justitiae dicuntur, conflictu et differentia*. Goetting. 1739. — *Rechenberg*: *De politiae et jurisdictionis terminis accuratius designandis*. Lipsiae 1731. 1761. — *Flörken*: *Erörterung der Frage „ob und wie ferne Polizeysachen vor die justitz Kollegia gehören“?* Halle 1760. — *Hommel*: *De differentia causarum politiae et justitiae*. Lips. 1770. — *De Neurath*: *De cognitione et potestate judiciaria in causis quae politiae nomine veniunt*. Erlang. 1780. — *F. C. Gaward*: *Abhandlung über die politischen Fragen: „Welches sind Justizsachen? welche Gegenstände gehören zur Polizey?“* Nürnberg 1795. — *Haus*: *Dissertatio de potestatis politiae et criminalis nexu et differentia, praecipue in causis criminalibus plena criminis probatione deficiente, seu poena legali ad securitatem reipublicae haud sufficiente*. Würzb. 1799.

Von dem, was über diesen Unterschied in grösseren, oder in blos juridischen Werken (z. B. bei Leyser, Stryk, Struben, Pütter etc.) vorkommt, genüge es hier anzuführen:

v. *Berg*: *Pol. Recht, Thl. I, Seit. 131 — 187; vergl. Thl. IV, Seit. 223 — 241 und Seit. 369 — 387. — Gönner* Berichtigung des Begriffs der Justizsachen, als Beantwortung der Frage „welche Gegenstände zu den Justiz- oder

oder *Polizeysachen zu rechnen seyen?* m s. dessen: Hand-
buch des gem. Prozesses 2te Aufl. 1804. B. II. Seit. 1 —
90. "

- Der Geist der Zeit (welcher die Bedürfnisse des Staats mehr erhellt; in den gegebenen der kultivirteren Nationen vollendetere Gestaltungen erschaffen; das Studium des positiven Rechts, theils durch eigne Gesetzbücher, theils durch lichtvollere Bearbeitung des römischen Rechts in dem Grade erleichtert hat,) reichte heute zugleich die Bedingungen dar, unter welchen sich die erhöhte Foderung realisiren läßt, „dafs sich die akademische Vorbereitung zum künftigen Staatsdienste weder auf blose Juristik, noch auf blose Kameralistik beschränken dürfe.“ Ich verstehe unter jener die Kunde dessen, was in gegebenen Staaten Rechtens sey, und wie man das Gut, genannt das Recht, zu verwalten, wie man seiner zu pflegen habe. Der Name Jurisprudenz ist dieser Technik nicht angemessen! Ich verstehe unter Kameralistik die Technik der Verwaltung des Vermögens. Beide erhalten erst ihre höhere Bedeutung durch die Staatswissenschaften, die über beiden schweben, und die nicht auf die Bildung von Advokaten und Richtern, Rentmeistern, Berg- Hüttenverwaltern etc. ausgehen, sondern die auf die Selbstbeschauung des Staats auf Regierung und Legislation tendiren. Der Jurist, dem es um Jurisprudenz, der Kameralist, dem es um Kameralwissenschaft zu thun ist, muß seine Technik (die unentbehrliche, die wenigstens Brod gebende!) in den Staatswis-

senschaften begreifen, und nur dies ist der Weg, auf welchem er sodann in jedem auch noch so subalternen Posten, ein nicht blos brauchbares Subjekt, sondern ein würdiger Staatsdiener werden wird. — Es fehlt viel, daß die Einrichtung unserer meisten Universitäten der Lösung jener Aufgabe ganz entspräche, und ein zweiter C. G. Hoffmann würde zu einer zweiten Dissertation: „De fatis studii politici (1715)“ noch heute Klagestoff genug finden. Schon das ist ein Fehler, daß man zu denen Scienzen hinsichtlich welcher sich der studiosus cameralium mit dem studiosus juris im Gegensatz sieht und in solchen angesehen wird, mehrere von denen rechnet, welche den eigentlichen Staatsdienst überhaupt bedingen. Der Jurist, der sie bei dem Kameralisten hört, glaubt doch nur zu leicht, daß er sich bei ihrem Studium ausser seinem Fache befinde, anders nicht, als ob sein Fach Juristik heiße! Staatslehre, Statistik, Nationalökonomie, Polizey leiden gewöhnlich unter dieser Ansicht.

“ Das mehrgedachte Bergische Werk ist gleichfalls reich an Literatur, vertritt allein die Stelle einer Bibliothek über das Polizeyrecht, und macht namentlich die ähnlichen Werke eines Heumann, Hoffer, Moser, Fischer entbehrlich. Die von dem 5ten, und respektive iten Bande an, folgende Sammlung deutscher Polizeygesetze, wird sowol denen die zu ähnlichen Entwürfen Beruf haben, als jedem Polizeybeamten willkommen seyn. Oft sieht sich letzterer in der Lage wo er, von einheimischer Gesetzgebung und Observanz verlassen, für den gleichwol dringend zu beratenden Fall, wenigstens etwas Suppletorisches vor sich zu haben wünschen muß. Strenge Auswahl des Besseren; Vollständigkeit, nicht nach Staaten,

sondern nach gesetzlich und verordnend zu berathenden Zwecken; Kritik — allerdings bescheidene, aber doch offene — des Fehlerhaften; und ein billiger Preis, wie er bei solchen Sammlungen besonders möglich ist, werden über die Grade des ferneren Werthes entscheiden. Sollten hier nicht auch treu ausgezogene und gut übersetzte Verordnungen kultivirter Nachbarn, besonders jetzt, an ihrem Platz seyn?

Hinsichtlich der Gönnerischen Abhandlung, kann ich den Wunsch nicht bergen, daß sie bei einer neuen Auflage des Handbuchs, für das Polizey-Publikum auch besonders abgedruckt werden möge. Wenn gleich der Herr Verfasser hier mehr als Rechtsgelehrter im engeren Sinn spricht; so erwirbt er sich doch um unsere Wissenschaft gelegentlich das wahre Verdienst, evident zu zeigen „daß eine und dieselbe Sache, von zwei verschiedenen Seiten, die Justiz- und Polizeybehörde zugleich berühren könne.“ Die Anerkennung dieser Wahrheit ist Grundbedingung aller soliden Schlichtung dieses Streits. Vielleicht gefällt es dem Herrn Verfasser seiner Abhandlung eine noch grössere Vollständigkeit zu geben, und zwar

a) Durch eben so strenge Nachforschung über den polizeylichen, wie über den juridischen Charakter;

b) Durch Ausdehnung über den Konflikt mit den Criminalsachen.

§. 107.

B e s c h l u s s.

Zur Kenntniß der Polizey sind weiter zu empfehlen:

Polizey Codices. Bereits viele europäische Staaten haben sich dergleichen zu erfreuen, liefern aber gerade in ihnen den Beweis, wie wenig noch die Polizey ihre eigenthümliche Grenze kennt. (M. vergl. §. 108.) Oft bedient man sich mit Nutzen zweckmäßiger Auszüge, dergleichen z. B. *Fischer* (Breslau 1798. 1 rth. 8 gl.) von denen in den preussischen Staaten geltenden Polizeyverordnungen lieferte. — Zu den größten Erwartungen berechtigt die, von der neubelebten Kaiserl. *Russischen Gesetzgebungscommission* (in der 2ten Abtheilung des 4ten Theils) zu erwartende Polizey-Ordnung. *

Hiernächst verdienen noch eine besondere, aber freilich limitirte Empfehlung, jene *Wörterbücher*, welche sich theils *bestimmt für Polizey* ankündigen, theils solche, die unter dem alles aufnehmenden Titel: „*Allgemeiner Realwörterbücher*“ und „*Allgemeiner Encyklopädieen*“ bestehen. — Von ihnen allen gilt folgende Erinnerung: Für das ächt Wissenschaftliche der Polizey,

also für die Seite ihrer welche in den akademischen oder hodegetischen Unterrichte derselben die überwiegend wichtige ist, darf, selbst von den gelungensten Werke dieser Art, kaum etwas mehr als nichts erwartet werden. Desto wichtiger, ja fast unentbehrlich, sind sie dem Manne, der als *Polizeybeamte* angestellt, sich fast täglich in dem Fall sieht, daß die *artis periti*, an welcher ihn die Wissenschaft für das Technische des Fachs verweist, ihm hier fehlen, und ihn dort, wegen des in ihre Berathung verflochtenen eigenen Interesse, wol gar geflissentlich zu hintergehen suchen. Jetzt schlägt er den in Frage stehenden Artikel, z. B. in einen *Krünitz*, nach, ist in dem ersteren Fall (von welchem die Wissenschaft keine Notiz nehmen kann!) doch nicht ganz unberathen, kommt im anderen der Unwissenheit oder dem Betrüge auf die Spur, für welche so fort Rath zu schaffen ist. Wie weit wird alsdann das in den jedesmaligen neueren und vollständigeren Werken dieser Art Zusammengetragene, alles dasjenige hinter sich zurückgelassen, was man darüber in seinem akademischen Hefte findet, selbst wenn der Lehrer der allgemeinen Polizeywissenschaft, seine wahre Bestimmung verkennend, die Erörterungen jenseits ihrer wissenschaftlichen und innerhalb ihrer technischen Grenzen, für sein eigentliches Gebiet gehalten hätte. — Zu der Anführung besonderer Titel allgemeiner Encyklopädieen, ist natürlich hier der Ort nicht. Gerade ihrer grösseren Kostspieligkeit wegen,

pflegen sie einen besonderen Rang unter den Bibliothekswerken zu behaupten, wo sie der Rathsbefürftige seltner als manche schätzbare kleine Schrift vergeblich sucht. — Unter den bestimmt polizeylichen Wörterbüchern zeichnet sich, als bei weitem nicht bloß für Frankreich wichtig, das (übrigens meines Wissens noch immer nicht vollendete) Werk aus:

Des Esarts: Dictionnaire universel de la Police, contenant l'origine et le progrès de cette partie importante de l'administration civil en France, des loix, reglements et arrêts, qui y ont rapport, les droits, privilèges et fonctions des Magistrats; enfin un tableau historique de la maniere, dont elle se fait chez les principales nations de l'Europe. VIII. Tom. a Paris 1787 — 1790. gr. 4. Tom. VIII. schließt mit dem Worte „Police.“

Peuchet: Dictionnaire de Police 1789 — 1791 in 4to, wird besonders verkauft, und findet sich auch in der Encyclopedie methodique „wo es den 9ten und 10ten Theil in der Abtheilung „Jurisprudence“ ausmacht.

Guichard: Repertoire general de Pol., so wie dessen: Dictionnaire de la Pol. „datiren aus dem Jahre 1798. — Wenigstens grossen Theils polizeylich, übrigens in öf-

rer Weitschweifigkeit dennoch unvollständig, ist G. G. *Strehlin*: Staatswörterbuch für Kameralisten und Oekonomen. Nördlingen 1783. 8 Theil. gr. 8vo. — Wenn Werke, wie *De Luca*: Politischer Codex der österreichischen Staaten“ mit guten Registern versehen sind; so vertreten sie nicht selten die Stelle eines solchen alphabetisch geordneten Wörterbuchs.

Der Freund der gelehrten Polizey hegt noch das besondere Interesse, den Zustand derselben und die Mittel ihrer Wirksamkeit, selbst bei solchen Nationen zu erforschen, die, bald dem Raume bald der Zeit nach, bald durch beide Verhältnisse, weit von seinem jetzigen und hierörtlichen Standpunkte entfernt sind. Je weniger er in diesen Forschungen nach unmittelbarer Ausbeute für die Verbesserung der Polizeypraxis seiner nächsten Umgebung hascht, je weniger er hier alles bloß durch die Brille eines vorgefaßten Systems sieht, gerade desto öfterer dürften ihn hierbei seinem Zeitalter neue und nützliche Ansichten lohnen. Die *Einwohner-Ordnungslehre* appellirt besonders an solche Forscher, daß sie bezeugen und belegen helfen, wie von jeher der Stempel der *Oertlichkeit* als der vorherrschende in allem ausgedrückt ist, was man auch in jenen Fernen als wahrhaft polizeylich auffindet. — Hinsichtlich der Nationen des strömenden Zeitalters, muß die Befriedigung dieser höheren Wissbegierde von den Schriftstellern des weiten

Fachs der Länder und Völkerkunde, also von den *Geographen* und *Statisten*, erwartet werden. Die letzteren gewähren in der Regel um so viel mehr, je weniger sie die Statistik von der Geographie zu unterscheiden wissen. Ein Werk wie „*Meusels* Literatur der Statistik“ erleichtert unendlich die jedesmal passende Wahl dessen, was man nach individuellen Zwecken sucht.

Führt einen solchen Gelehrten seine Neigung zu den Nationen des poëtischen und des klassischen Alterthums; so muß er selbst der Grundsprachen mächtig seyn, in welchen wir ihre wissenschaftlichen Denkmäler überkamen. Die reichere Ausbeute wird er sich von ihren *politischen* und *historischen* Schriften zu versprechen haben: aber selbst Schriften von einer vorherrschend *religiösen* Tendenz, enthalten Vieles was sich auf *Polizey* bezieht, und was man, nach dem Titel und dem gemeinen Rufe ihres Inhaltes zu urtheilen, nur hier nicht erwarten sollte. Unmittelbar an den Willen der Götter knüpfte nemlich das weise Alterthum den Schutz jener Rechte, die (in schlechthin nicht geringerer *Heiligkeit*, wol aber in minderer *Erzwingbarkeit*) von uns *unvollkommene* genannt, unter den Menschen gelten müssen, wenn sie über die Nachtheile ihres Zusammenrückens siegen und sich aller Vortheile desselben, so manchem feindlichen Andrange zum Trotz, zu erfreuen haben wollen. Jupiter *Zenios*; Jehovah, der sein

Volk in der *Fremde* geleitet hatte, wallten über den, folglich heilig zu achtenden, *Fremdling!* Unserem verständigen Satz, „dass man den Fremden nie zu voreilig nach seinem Aeusseren beurtheilen dürfe“ liehen etwas Höheres, jene Menge von Mythen, nach welchen Götter und Halbgötter, des guten und des bösen Princip, nicht selten in Gestalten auftraten, die, auf den ersten Blick zwar nichts weniger als ihr wahres Wesen verathen konnten. Hierzu kam, dass sich in dem Alterthume fast durchgehends der Arzt des Leibes und der Seele in dem *Priester* einigte. Gesundheitspflege, folglich auch die öffentliche sich darauf beziehende Ordnung, war Sache der Priester und konnte, leicht begreiflich, als solche nicht mehr verfehlen Sachen der Götter zu werden. Wem das hier Berührte unverständlich oder doch gesucht scheinen sollte, der schlage nach — *Michaelis*: Mosaisches Licht und Recht“ das von Polizeyschriftstellern häufig citirte, seltner nach Verdienst studierte Werk.

Zur Erlangung der Kenntniss von denen hier einschlagenden Werken der Griechen und Römer, empfehlen sonst unsere Polizeykompendien Schriften, wie z. B. *Rinkius*: De civili philosophia ejusque optimis ac praecipuis scriptoribus. 1683. — *Jochius*: Prodromus bibliothecae politicae 1705. Jetzt kennt der für diesen

Weg Reife, die hier einschlagenden Literaturwerke eines *Harles*, die, aufser recht baldiger Vollendung, kaum noch etwas zu wünschen übrig lassen. **

- Allbekannt ist die sich darauf beziehende Instruktion der grossen Katharina, welche Montesquieus merkwürdige Worte führt „das Gesetz straft, die Polizey züchtigt! — Ueber die neusten Fortschritte dieser Kommission s. m. „Unterlegung des Iustiz-Ministerii in Betreff der Organisation, der Gesetzkommision nebst 3 Tabellen.“ Deutscher Text 948 Seiten. — Hiermit verdient in jedem Fall verglichen, in Ermangelung der seltneren Staatsschrift allein nachgesehen zu werden: Jen. Lit. Zeit. Jahrg. 1805. St. 146 u. f. Die von dem hier sprechenden Rezensenten gelieferte Darlegung bewährt selbst einen grossen Meister der Kunst. Dafs für das Reich von einem solchen unermessenen Länderumfang, von einer solchen Verschiedenheit der Klimate, der Lebensweisen, der Kulturstufen etc., gerade die Polizeyordnung eine der schwierigsten Aufgaben sey, scheint von der das grosse Geschäfte leitenden Behörde ausdrücklich anerkannt zu seyn: eben durch die Grösse der Aufgabe wird das Interesse des Beobachters erhöht.

- ** Binder, eben so Heubach: *De polititia veteris urbis Romae*“ beide Götting. 1791. — B. L. F. Arnold: *De leg. Rom. quae Politiam spectant, usu hodierno*. Ibid. 1800. sind mir nur aus fremden Citaten bekannt. Jene z. B. aus Rüdiger: l. c. p. 18; dieses z. B. aus Thibaut: *Pandekten Recht* B. I. §. 342. — (Blick auf die schon sehr unsichtsvolle Beschränkung des Pol. Rechts dieses letztgenannten Gelehrten).

§. 108.

A n h a n g.

Schlüßlich hänge ich noch, als für den künftigen **Baierischen Staatsdiener** besonders interessant, an, daß uns Herr *Krüll* das vaterländische Polizeyrecht, als den 3ten Band seines so eben unter der Presse befindlichen *Handbuchs des K. B. G. Landrechts* zu liefern verspricht. Durch diese nützliche Arbeit wird sich Jeder unter andern des doch immer mühsameren Nachschlagens, theils in mehreren älteren Schriften, theils in unserem *Regierungsblatt* und in anderen bisher unter öffentlicher **Autorität** herausgegebenen *Provinzialblättern* überhoben sehen. Daß sich hiernächst jeder unserer künftigen Staatsdiener das fortlaufende *Regierungsblatt* frühzeitig und ununterbrochen bekannt zu machen habe, bedarf keiner besonderen Erinnerung.

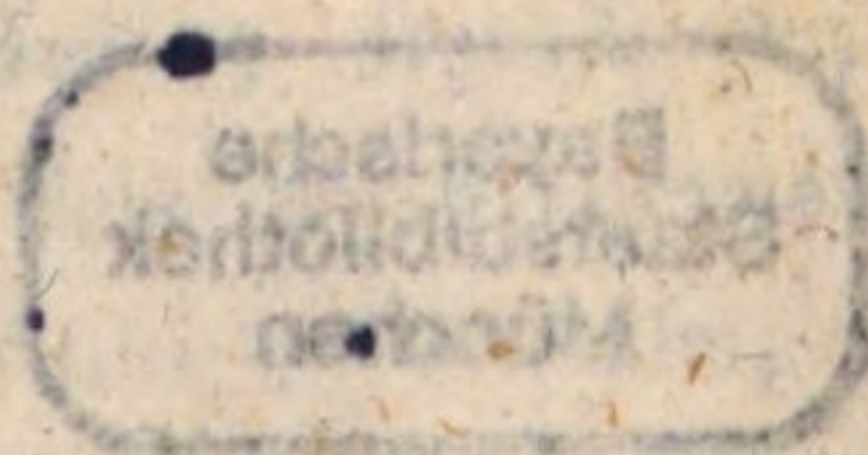
Uebrigens scheint dem Verfasser ein *neuer Polizey-codex* ein für das Vaterland durch seinen mehrfachen und so vielartigen statistischen Zuwachs dringend gewordenes Bedürfnis zu seyn. Irrt er nicht in dieser Ansicht; so haben wir ihn auch ohnfehlbar von dem so geeigneten Geiste unserer Regierung in sorglich weilender Bälde zu erwarten. Möge er sodann das *erste Ma-*

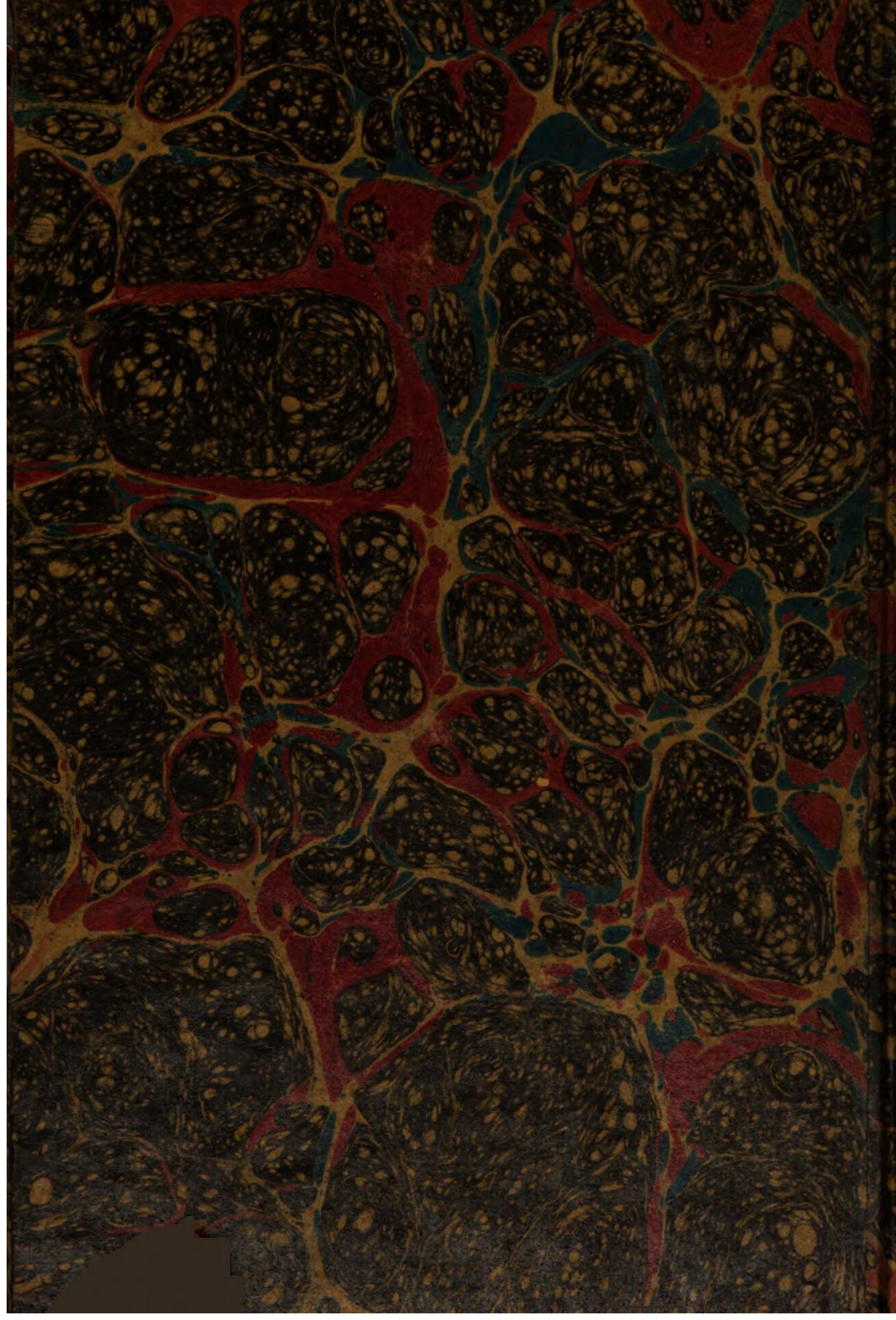
ster einer genauen Unterscheidung zwischen Polizey-gesetzen und Polizeyverordnungen liefern. Dort herrsche *Einheit* wie sie der Staat, hier walte *Manigfaltigkeit*, wie sie die Verschiedenheit der *Länder* gebietet. In den Gesetzen gehe man auf den Charakter jener *Unwandelbarkeit* aus, die allem Gesetzlichen ziemt; in Verordnungen sey jene *Geschmeidigkeit* einheimisch, die sich den wechselnden Stufen der Kultur und des Wohlstandes mit Leichtigkeit anschmiegt, und die einer jeden streng geprüften neuen Entdeckung den Zutritt erleichtert; dort werde *Strafe* diktirt, hier bewähre sich der Charakter der gemischten Züchtigung, von uns *Rüge* benannt. Der einsichtsvollen und wohlwollenden, dem Könige und dem Volke gleich ergebenden Behörde, auf welche in dieser Sphäre — man nenne sie die polizeyliche oder die einwohnerliche — schlechthin gerechnet werden muß, bleibe recht viel freie Hand, um in ihren Bemühungen das Volk zu heben, *hier Orts* stets das thun zu können, was *hier Orts* das Mittel zum Zweck ist. Unsere Polizey sey schlechthin Jeder: aber er sey ihr nur bis auf einen Punkt unterworfen zu dessen näherer Bestimmung das in deutliche Begriffe übersetzte *Einwohner-Verhältniß* vielleicht einiges beitragen dürfte. Die Blitzeschnelle und Energie der so organisirten Polizey, offenbare sich zunächst in dem Zuvorkommen, dann in den Gebieten des oft so wichtigen Einhalts, in dem sicheren Hinführen zu dem Richterstuhle und in dem Ueberfüh-

ren, da, wo sie als öffentliche Anklägerinn auftritt. Was forthin von dem bürgerlichen, dem wohlthätig bedächtlicheren, und durch mehrere Instanzen gegen Menschlichkeiten aller Art gesicherten Gerichtshofe geschieht, werde keineswegs mit den Funktionen der Polizey verwechselt.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Zwei-





Butte, Wilhelm,

Leitfaden der Einwohner-Ordnungs-Lehre, vulgo Polizey

Landshut 1807

Bibl.Mont. 4912

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10726175-1